

VEREINTE KRAFT

SPD

STETS

GROSSES SCHAFFT.

150 JAHRE

Sozialdemokratie in Osterode am Harz

1868

2018

Festschrift

anlässlich 150 Jahre Sozialdemokratie in Osterode am Harz

Herausgeber:

SPD-Ortsverein Osterode am Harz

Berliner Straße 3

37520 Osterode am Harz

Mai 2018

Auflage: 400 Stück

Satz und Layout: Jörg Hüddersen

Lektorat: Peter Ambrosius, Jens Augat, Sebastian Hahn, Jörg Hüddersen,
Karen Lotze, Reiner Lotze, Rolf Lotze, Thorsten Preuß

Umschlag: Traditionsfahne der Osteroder SPD, aufbewahrt im Museum Osterode. Foto: Angelika Pätzold

150 JAHRE SOZIALDEMOKRATIE IN OSTERODE



Der Vorstand des SPD-Ortsvereins Osterode am Harz im Mai 2018, Namensliste siehe Anhang

Alexander Saade

Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Osterode am Harz



Foto: Dietrich Kühne

150 JAHRE SOZIALDEMOKRATIE FÜR DIE MENSCHEN IN OSTERODE AM HARZ.

Liebe Leserinnen und Leser,

mit der vorliegenden Festschrift wollen wir an die vielen Frauen und Männer erinnern, die sich hier vor Ort mit Leib und Seele den Werten der Sozialdemokratie verschrieben haben.

1868 war Osterode bereits von der voranschreitenden Industrialisierung geprägt. Eine florierende Textilindustrie, zahlreiche Metall verarbeitende Betriebe, zugleich aber auch eine

große lohnabhängige Arbeiterschaft. Die Industrialisierung führt zu dieser Zeit in ganz Deutschland zu Ausbeutung der Arbeiterschaft.

Erst mit der Bildung von Gewerkschaften und sozialdemokratischen Vereinigungen entsteht ein Gegengewicht gegen die Macht des Kapitals.

Unter diesen Gesichtspunkten ist es nicht verwunderlich, dass die SPD Osterode zu den ältesten in ganz Deutschland gehört. Mit der Gründungsveranstaltung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in der Ratswaage begann am 5. April 1868 der solidarische Einsatz der Sozialdemokraten für die Menschen unserer Stadt.

150 Jahre über Verbote, Verfolgungen und Diktaturen hinweg für Freiheit, Gleichheit und Solidarität! Die Geschichte einer Vielzahl beeindruckender Persönlichkeiten, Menschen, die unsere Gesellschaft durch ihren Einsatz, ihren Mut und ihren Tatendrang zum Besseren verändert haben.

Als Vorsitzender des Ortsvereins erlebe ich die SPD in Osterode seit einigen Jahren aus nächster Nähe. Ich spüre die große Solidarität, ich erlebe die gegenseitige Unterstützung und die lebendigen Diskussionen. Wir sind dankbar und stolz auf unsere politischen Vorfahren und fühlen uns verpflichtet, ihre Ideale auch in die Zukunft zu tragen!

Auch wenn wir mit Stolz auf das Vergangene blicken können, gemessen werden wir an den Dingen, die wir jetzt tun, und nicht daran, was unsere Vorfahren getan haben. Für die nächsten 150 Jahre wünsche ich mir eine SPD, die den Mut zur Erneuerung hat. Eine SPD, die sich ihrer stolzen Tradition besinnt und für

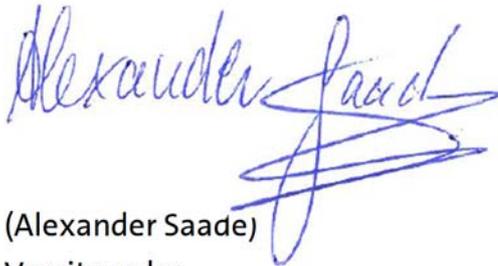
die Menschen da ist. Ich wünsche uns
Persönlichkeiten, die sich ebenso für
sozialdemokratische Ideale einsetzen
und leidenschaftlich dafür streiten,

wie das ihre Vorgänger getan haben.
Nicht für Konzerne, Banken oder
Märkte, sondern einfach nur für die
Menschen.

FREIHEIT, GERECHTIGKEIT und SOLIDARITÄT

Ich wünsche viel Freude beim Lesen dieser Festschrift!

Herzliche Grüße,



(Alexander Saade)
Vorsitzender

INHALT

Grußworte

Thomas Oppermann.....	11
Bernhard Reuter.....	13
Klaus Becker	15

Chronik

<i>Ekkehard Eder</i> : Osterode am Harz im Jahr 1868.....	21
<i>Thorsten Preuß</i> : Zur Lage der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert	39
<i>Thorsten Preuß</i> : Die SPD im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts	49
<i>Jens Augat</i> : Die SPD im Nationalsozialismus - Widerstand und Verfolgung ..	59
<i>Reiner Lotze</i> : Die Rettung der Osteroder SPD-Traditionsfahne während der Nazi-Verfolgung.....	69
<i>Sebastian Hahn</i> : Die SPD in der Nachkriegszeit (1945-1969).....	73
<i>Jens Augat, Sebastian Hahn, Karen Lotze, Rolf Lotze, Thorsten Preuß</i> : Die SPD gestaltet die Bundesrepublik Deutschland (1969 – 2018).....	87
<i>Christian Dolle</i> : „Es waren immer Personen, die insbesondere die Kommunalpolitik, aber auch die große Politik für mich geprägt haben“ Interview mit Wolfgang Dervedde	105

Anhang

SPD-Ratsmitglieder 1945/1946.....	117
SPD-Bürgermeister in Osterode am Harz nach dem 2. Weltkrieg	118
Wahlergebnisse der SPD.....	119
Ortsvereinsvorstand 2018.....	120
Historische Presse	121
Verwendete Literatur	127

GRUßWORTE

Thomas Oppermann, MdB

Vizepräsident des Deutschen Bundestages



Foto: Susie Knoll

Als vor 150 Jahren in Osterode eine Abteilung des „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“ gegründet wurde, war dies ein mutiger Schritt.

Im wilhelminischen Preußen herrschte damals ein militaristischer und autoritärer Geist. Der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ war Bismarck von Beginn an ein Dorn im Auge: Der ADAV trat für die Ideale „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ der Französischen Revolution von 1789 und der März-Revolution von 1848 ein, kämpfte für die Rechte der Arbeiter und wollte den Obrigkeitsstaat überwinden. Aus ihm ging 1875 die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands hervor, die sich 1890 zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) umbenannte.

Trotz aller Schikanen des Sozialistengesetzes, das von 1878 bis 1890 in Kraft war, erkämpften August Bebel und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter, dass die Sozialdemokratie zu einem wichtigen Faktor in der deutschen Parteigeschichte wurde. Offensichtlich war die Anziehungskraft ihrer Ideen von Freiheit und Gleichheit so stark, dass sie mit repressiven Maßnahmen nicht dauerhaft unterdrückt werden konnten. Diese Grundwerte bildeten erstmals ab der Gründung der Weimarer Republik 1918/19 das Fundament einer deutschen Verfassung.

Schon kurz danach folgten erneut schwere Zeiten für die Sozialdemokratie. Nur Otto Wels und seine SPD-Fraktion

stimmten gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz, das den Weg für die totalitäre Gewaltherrschaft der Nazis ebnete. Trotz massiver Einschüchterungsversuche durch SA und SS und obwohl bereits zahlreiche Abgeordnete der Sozialdemokraten und Kommunisten in „Schutzhaft“ genommen worden waren, stimmten alle 94 anwesenden sozialdemokratischen Abgeordnete gegen die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörten die Juristin Elisabeth Selbert, die im Parlamentarischen Rat für die Gleichberechtigung der Geschlechter stritt, und der Staatsrechtler Carlo Schmid zu den Müttern und Vätern unseres Grundgesetzes. Sie legten den Grundstein für eine stabile Demokratie, die Willy Brandt, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder als sozialdemokratische Bundeskanzler entscheidend prägten.

Mit nur 20,5 % der Zweitstimmen hat die SPD im vergangenen Jahr das schlechteste Ergebnis bei einer Bundestagswahl seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland erzielt. Zugleich zog nach Jahrzehnten erstmals wieder eine Fraktion in den Reichstag ein, die nationalistisch ausgerichtet ist und völkische Positionen vertritt.

Die SPD muss sich dieser Herausforderung stellen und ihr eigenes, unverwechselbares Profil schärfen: als Arbeitnehmerpartei, in der die Mitglieder etwas zu sagen haben. Wir verteidigen die liberale Demokratie gegen Hass und Populismus. Wir stehen für eine starke Wirtschaft, anständige Löhne, gerechte Verteilung, gute Bildung und – international – für Frieden und Abrüstung. Kurz: Wir stehen für den Zusammenhalt der Menschen.

Bernhard Reuter

Landrat des Landkreises Göttingen



*Liebe Genossinnen und Genossen,
sehr geehrte Gäste,*

der Ortsverein Osterode am Harz gehört zu den ältesten in Deutschland – und zu den erfolgreichsten. Seit 150 Jahren wird in Osterode sozialdemokratische Politik gemacht. Auch aus den jüngsten Kommunalwahlen ist die SPD als stärkste Kraft hervorgegangen. So lässt sich die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahrzehnte in und für Osterode am Harz fortsetzen.

Geschichte ist Teil der Identität. Nur wenn man weiß, wo man herkommt und was die Menschen bewegt, kann man erfolgreich Zukunft gestalten. Osterode am Harz steht in der Tradition einer selbstbewussten Arbeiterstadt,

immer schon waren hier Partei und Gewerkschaften eng verbunden. Das ist ein bedeutendes Erbe, das Kraft für die Zukunft gibt. Das Jubiläum ist ein guter Anlass, sich mit der wechselvollen Geschichte der SPD zu befassen und auf dieser Grundlage Visionen für Osterode und seine Menschen zu entwickeln.

Der Ortsverein Osterode am Harz ist der mitgliederstärkste im großen Unterbezirk Göttingen. Ich bin dem Ortsverein seit 1999 aufs engste verbunden und von ihm stets gut unterstützt worden. Dafür bin ich dankbar und werde meinerseits die Sozialdemokratie in Osterode weiter unterstützen.

Die SPD ist eine diskussionsfreudige Partei. In diesem Sinne wünsche ich uns allen anregende politische Diskussionen. Dem Vorsitzenden Alexander

Saade und dem Vorstand danke ich für die Organisation des Festaktes und des großen Sommerfestes im Kurpark.

Euer/Ihr

Bernhard Reuter

Landrat Landkreis Göttingen

Klaus Becker

Bürgermeister der Stadt Osterode am Harz



Foto: Jörg Hüddersen

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder des SPD-Ortsvereins Osterode am Harz,*

150 Jahre Ortsverein Osterode am Harz der SPD – zu diesem Jubiläum gratuliere ich sehr herzlich. Nur knapp fünf Jahre, nachdem in Leipzig der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ gegründet wurde, entstand am 5. April 1868 ein Ortsverein in Osterode – und damit deutlich früher als in vielen anderen, auch größeren Städten Deutschlands – heute würde ich sagen, die Osteroderinnen und Osteroder waren auch in dem Punkt der politischen Organisation der Arbeiterschaft „um Berge voraus“.

Schon früh haben sich also Menschen aus unserer Stadt zusammenschlossen, um sich für die Interessen derjenigen einzusetzen, die allein kein Gehör gefunden hatten – seinerzeit überwiegend die Arbeiterschaft. Auch wenn es mir fern liegt, Ehrenamtliche politisch zu vereinnahmen: Noch heute, wo andernorts Menschen gegen Geflüchtete demonstrieren und sie in ihrer Stadt ablehnen, haben Osteroderinnen und Osteroder gezeigt, dass sie das genaue Gegenteil von Ausgrenzung anstreben. Sie haben sich,

insbesondere zum Höhepunkt der sogenannten Flüchtlingskrise, in herausragender Weise für diese entwurzelten und unterstützungsbedürftigen Menschen engagiert und tun es heute noch. Insoweit sehe ich in Osterode durchaus eine Tradition zum Einsatz für sozial Schwache.

Dabei haben es Sozialdemokraten, das darf dabei nicht verschwiegen werden, auch hier vor Ort nicht immer einfach gehabt; ich denke da insbesondere an die Zeit bereits vor und vor allem nach dem Verbot der SPD am 22. Juni 1933 und die schreckliche Zeit nationalsozialistischer Herrschaft. Osterode am Harz war kein weißer Fleck auf der nationalsozialistischen Landkarte. Auch in Osterode wurden Sozialdemokraten verfolgt, eingesperrt und misshandelt.

Die Osteroder SPD hat in den vergangenen Jahrzehnten ganz entscheidend zur Entwicklung unserer Stadt beigetragen. Dabei sind politische Entscheidungsträger nie den Weg des geringsten Widerstands gegangen. Vielmehr haben sie, oft nach sehr kontrovers, stets offen ausgetragenen Diskussionen, das mitgetragen, was die Stadt voranbringen soll. Entscheidungen, die schmerzten, die zu Protest geführt haben, aber notwendig waren. Während meiner Amtszeit waren dies, um nur ein Beispiel zu nennen, so unpopuläre Entscheidungen wie die Schließung von Grundschulen – letztlich weitsichtige Entscheidungen, die durch die gleichzeitige Umwandlung der bestehenden in Ganztagschulen das Angebot für unsere Kinder im Ergebnis aber nicht geschwächt, sondern durch

qualitative Aufwertung der fortbestehenden Bildungsstätten gestärkt haben.

150 Jahre Ortsverein SPD in Osterode am Harz – das sind 150 Jahre Einsatz für sozial Schwache, Einsatz für das Gemeinwesen, für unsere schöne Stadt. Anlass,

dies in einem Festakt und mit Mitgliedern und Freunden zu würdigen. Ich wünsche allen Mitgliedern und allen Gästen einen guten Verlauf der Feierlichkeiten. Und ich wünsche mir auch für die Zukunft aktiven Einsatz zum Wohle von Osterode am Harz und danke als Bürgermeister für die stets sehr gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.



(Klaus Becker)

Bürgermeister

CHRONIK

Ekkehard Eder

Archivar der Stadt Osterode am Harz

OSTERODE AM HARZ IM JAHR 1868



Ansicht von Osterode. Grape 1855, das Original hängt im Harzkornmagazin im Ratssaal. Foto: Reiner Lotze

„Vergleicht man das jetzige Osterode mit der damaligen Zeit [gemeint sind die Jahre um 1830], so ergibt sich auf den

ersten Blick, daß die Stadt gegen damals im Wohlstande bedeutende Fortschritte gemacht haben muß. Die Stadt besitzt

jetzt Straßenbeleuchtung, Wasserleitung und schönes Straßenpflaster mit Asphalt-Trottoirs. Die alten, theilweise sehr unansehnlichen Haustritte sind verschwunden. Die Verkaufsstellen werden jetzt durch moderne Schaufenster bezeichnet und die Häuser in den Hauptstraßen sind durch Anstrich verschönert.

Vor den Thoren sieht man hier und da geschmackvolle Häuser entstehen. Die Bürgerschaft wetteifert mit der Behörde, die Stadt zu verschönern. Aus der alten, düsteren, altmodischen Stadt ist ein angenehmer Wohnort geworden. Wer Osterode längere Zeit nicht gesehen hat,



Ansicht des Osteroder Kornmarkts um 1870. Foto: Stadtarchiv Osterode 10-01-113-073

erkennt es fast nicht wieder.“ Diese Osteroder „Innenansicht“ aus den Jahren um 1870 stammt aus der Feder des Stadt-syndikus Peinemann.

Die Bevölkerung der Stadt wuchs in jenen Jahren rasch an: Während man 1861 noch 4.537 Einwohner zählte, lebten zehn Jahre später (1871) bereits 5.549 Menschen in Osterode. Zum Ende des 19. Jahrhunderts wurde schließlich die Marke von 7.000 Einwohnern überschritten. Als Folge der Industrialisierung hatte sich auch die soziale Zusammensetzung der Osteroder Bevölkerung seit dem Ende des 18. Jahrhunderts erheblich verändert. Die Arbeiterschaft wurde zur größten Gruppe innerhalb der Einwohnerschaft, ihr konnte man im Jahr 1861 etwa 60 % der Bevölkerung zu-rechnen. Die Zugehörigkeit zu einer Klasse der Bevölkerung – in bürgerlichen Kreisen sprach man von Stand anstelle von Klasse – wirkte sich in immer stärkerem Maße prägend auf das Bewusstsein, das Selbstverständnis und die Weltanschauung aus.

Das Bevölkerungswachstum forderte auch die Schaffung zusätzlichen Wohn-raums. Während es zu Beginn des 19. Jahrhunderts nur wenige Wohnge-bäude außerhalb der Stadtmauer und der Vorstädte gab, setzte insbesondere ab 1850 eine intensive Bebauung entlang der alten Ausfallstraßen ein. Und es war „schick“, in den neuen Wohngebieten zu leben und somit der Enge der Altstadt-gassen zu entfliehen. Die neuen Häuser wiesen nicht mehr die häufig geringen Geschosshöhen der alten Fachwerk-häuser auf, auch war ihre Wohnfläche meist größer als in den Häusern der Alt-stadt.

In Osterode gab es zahlreiche Einrichtungen, auf die die Bürger stolz waren: Die Stadt verfügte seit 1849 über ein Krankenhaus. Eine Kinderbewahr-anstalt, also ein Kindergarten, hatte man 1854 gegründet. Eine schnelle Verbin-dung zur Übermittlung von Informa-tionen war für die Industriestadt von großer Bedeutung. So freuten sich die Osteroder, dass ihre Stadt 1859 an das –

damals hochmoderne – Telegrafennetz angeschlossen wurde. 51 Öllaternen illuminierten abends die – größtenteils schon gepflasterten – Straßen der Stadt. Bereits 1865 hatte der Magistrat den Bau einer neuen Wasserleitung aus gusseisernen Röhren beschlossen, um damit die alten Anlagen aus offenen Gräben und Holzrohren zu ersetzen. Doch sollte sich die Umsetzung dieser Planungen noch bis 1870 hinziehen. Man konnte über die Stadtverwaltung, die einen Eiskeller betrieb, auch in der wärmeren Jahreszeit Eis beziehen. Es gab mit dem Apenkebad von Fr. Gärtner bereits ein Freibad in Osterode. Außerdem bot E. Carl im sogenannten „Bad Lindenberg“ Wannen- und Duschbäder an.

Und die Osteroder organisierten sich, ihren Interessen und Neigungen folgend in verschiedenen Vereinen. So entstanden in der Stadt im Lauf des 19. Jahrhunderts zahlreiche Vereine, die sich mit Kulturpflege und Bildung, mit sozialen Aufgaben, mit der Vertretung wirtschaftlicher Interessen, mit Politik,

mit Sport oder aber mit der Pflege der Geselligkeit beschäftigten.

So bildete sich in Osterode 1868 eine Art „Bürgerinitiative“, die die Verlegung einer Garnison in die Stadt erreichen wollte. Obwohl auch Stimmen gegen dieses Vorhaben laut wurden, gelang es den Befürwortern, binnen kurzer Zeit über 400 Unterschriften zu sammeln. Die Osteroder Petition an König Wilhelm I. verfehlte jedoch ihre Wirkung. Das Kriegs-Departement, Armee-Abteilung, teilte mit „...daß dem Antrage überhaupt nur in dem Falle würde näher getreten werden dürfe, wenn die Stadt sich bereit erklärte, die für eine Garnison benötigten Einrichtungen auf eigene Kosten zu erstellen. ...Da die Stadt indessen nicht willens ist, derartige Leistungen zu übernehmen, so betrachtet die Abteilung die beregte Angelegenheit hierdurch als erledigt.“

Im Bereich Kultur und Bildung gab es zahlreiche Gruppierungen wie z. B. den naturwissenschaftlichen Verein oder

mehrere Gesangvereine. Der Osteroder „Concordia-Verein“ bot zahlreiche Theater- und Konzertveranstaltungen an. An den Wochenmarkttagen wurde – finanziert aus dem Stadtsäckel – Blasmusik vom St. Aegidienturm geboten. Daneben spielte die Stadtkapelle auch in verschiedenen Gasthäusern der Stadt auf. Und an freien Tagen zogen die Osteroder gerne in die nähere Umgebung – so zum Rotenhaus, nach Lerbach, zum Breitenbusch oder nach Petershütte – um dort Geselligkeit, Musik, Tanz, Essen und Trinken zu genießen.

Sozialer Aufgaben widmete sich beispielweise der Frauenverein und ein „Localverein zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger“. Auch gewerblich ausgerichtete Vereine ent-

standen in der Stadt, wie z. B. ein Vorschussverein zur Vergabe von Krediten. Und verschiedene Geselligkeitsvereine dienten als Forum für Kommunikation, Unterhaltung und Freizeitgestaltung.

Im einem speziellen Bereich des Sports war schon seit Jahrhunderten die Osteroder Schützenbrüderschaft tätig, die eine Sonderstellung einnimmt, da sie aus der Verpflichtung der Bürger zur Verteidigung der Stadt entstanden und somit ursprünglich kein Verein mit freiwilliger Mitgliedschaft war. 1858 gründeten engagierte Osteroder mit dem Männer-Turn-Verein eine Organisation, die sich der Pflege des Sports annehmen sollte. Aus Mitgliedern dieses Vereins bildete sich 1862 die Freiwillige Feuerwehr Osterode.

VERFASSUNG, WAHLEN UND VERWALTUNG

„Wir sind preußisch geworden und müssen uns fügen“ mit diesen Worten umschrieb der Osteroder Stadtsyndikus

Peinemann die Gefühlslage vieler Einwohner des ehemaligen Königreichs

Hannover. Nach der Niederlage Österreichs und seiner Verbündeten im Krieg von 1866 hatte Preußen das Königreich Hannover annektiert. Der preußische König Wilhelm I., der 1871 aus der Hand der Fürsten die deutsche Kaiserkrone entgegennehmen sollte, war nun auch der Landesherr der Einwohner des ehemaligen hannoverschen Staates geworden. Als Ministerpräsident leitete fortan Otto von Bismarck die Staatsgeschäfte.

Doch gingen die Preußen relativ geschickt bei der Integration des neuen Landesteiles vor und respektierten die dortigen Verhältnisse. So blieben zahlreiche Regelungen aus dem Königreich Hannover in der preußischen Provinz Hannover weiterhin in Kraft. Die allermeisten Beamten behielten ihre Posten und wurden auf den neuen Landesherrn vereidigt. So hatten auch die Mitglieder des Osteroder Magistrats und der Stadtverwaltung weiterhin ihre Ämter inne.

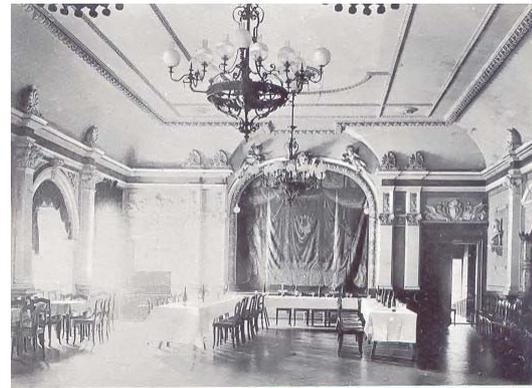
An der Spitze der Osteroder Stadtverwaltung stand 1868 Bürgermeister Georg Eduard Brehl. Ihm zur Seite standen die drei Senatoren Stadtsyndikus Carl Otto Eduard Peinemann, Kaufmann Ernst Vietmeyer und Büttenmeister Heinrich Fahlbusch, die gemeinsam mit dem Bürgermeister den sogenannten Magistrat bildeten. Alle Magistratsmitglieder sollten ihr Amt auf Lebenszeit (!) ausüben.

Neben dem Magistrat gab es als Vertretung der Bürger das sogenannte Bürgervorsteherkollegium, dessen neun Mitglieder von den stimmberechtigten Einwohnern gewählt wurden. Die revidierte hannoversche Städteordnung von 1858, die mit wenigen Anpassungen noch in Kraft war, regelte u. a. das Gemeindewahlrecht. Zur Wahl der Bürgervorsteher waren alle Osteroder berechtigt, die das Bürgerrecht besaßen, in Osterode ihren Wohnsitz hatten und hier entweder über Hauseigentum verfügten oder mindestens zwei Taler und 16 Groschen jährlich an direkten

Landessteuern zahlten. Die Wähler mussten das 25. Lebensjahr vollendet haben und durften weder unter Vormundschaft stehen noch Armenunterstützung erhalten. Frauen enthielt man das Wahlrecht noch vor. Schließlich sah der Gesetzgeber auch vor, dass Männer, die „in Kost und Lohn eines Anderen stehen“ nicht wählen durften. Das bedeutete, dass die meisten Arbeiter überhaupt kein kommunales Wahlrecht ausüben konnten. Die Städteordnung und das darauf fußende Osteroder Ortsstatut von 1858 gewährten den besitzenden Bürgern also erheblich mehr Einfluss auf die Geschicke des Gemeinwohls, während die ärmeren Bevölkerungsklassen eindeutig unterrepräsentiert waren. Dementsprechend setzte sich das Gremium auch aus relativ wohlhabenden Personen zusammen, während kein einziger Arbeiter hier Sitz und Stimme hatte. Dem Bürgervorsteherkollegium gehörten 1868 folgende Mitglieder an: Der Gastwirt und Ökonom Louis Meine,

Bäckermeister Bernhard Schrader, Topfhändler Christian Bode, Goldschmied Friedrich Nebel, Dr. med. Döring, Eimermachermeister A. Homann, Kaufmann Küster, Färbermeister Mügge und Rechtsanwalt Dr. jur. König.

Es bestanden 1868 schon mehrere Vereine, die sich mit politischen Fragen beschäftigten. So diskutierte der Bürgerverein beispielsweise über die städtischen Schulen, die geplante Verkopplung (Flurbereinigung) und natürlich, welche Kandidaten bei den



Im Saal der Ratswaage fand am 5. April 1868 die Gründungsversammlung des Osteroder Arbeitervereins statt.

Foto: Stadtarchiv Osterode 10-01-193-076

Wahlen zum Bürgervorsteherkollegium unterstützt werden sollten. Doch gab es neben diesem Bürgerverein weitere politische Gruppierungen in der Stadt, die durchaus andere Meinungen vertraten und auch andere Kandidaten unterstützten. Aus diesen politischen Vereinen sollten sich schließlich die entsprechenden Ortsvereine der verschiedenen Parteien entwickeln.

Neben den politischen Gruppierungen des Bürgertums begann sich auch die Arbeiterschaft zu organisieren. So hatte

Sonntag, den 5. April, Nachmittags 3 Uhr, findet im Saale der Stadtwage die

Generalversammlung des Arbeiter-Vereins

statt.

Tagesordnung: 1. Antrag der Commission auf Bestimmung der Statuten.

2. Wahl des Vorstandes und des Lehrercollegiums.

Es ist jedem unbescholtenen Mann der freie Zutritt gestattet.

Der provisorische Vorstand.

Ankündigung der Gründungsversammlung des Arbeiter-Vereins im Allgemeinen Anzeiger vom 4. April 1868

sich schon Mitte des 19. Jahrhunderts (1848) in Osterode ein Arbeiterbildungsverein gegründet, der jedoch nur wenige Jahre bestand. 1868 wurde mit dem Arbeiterverein in Osterode eine Organisation geschaffen, aus der schließlich die örtliche SPD hervorging. Am 22. März 1868 hatte bereits ein Vorbereitungstreffen für die Gründung des Osteroder Arbeitervereins stattgefunden zu der Wilhelm Himmler, Carl Sprenger, Fritz Müller, H. Müller, F. Sauer, Carl Burgdorf, Ernst Heise, Wilhelm Hoppe und August Fahlbusch eingeladen hatten. Am 5. April 1868 erfolgte dann die Gründung des Arbeitervereins, mit einem Beschluss über die Statuten und der Wahl eines Vorstandes.

Schon im Gründungsjahr debattierte man über die Schaffung eines Konsumvereins sowie über die Bildung einer „Krankenunterstützungs- und Sterbekasse“. Neben der politischen Tätigkeit fand die neue Organisation auch im Bereich der Weiterbildung ein

Aufgabenfeld. So wurde ein „Lehrerkollegium“ gewählt, das Unterricht in Gesang, Rechnen, Schreiben und Zeichnen erteilte.

Dankbar vermeldete der neue Verein, dass man eine große Anzahl Bücher „als Geschenk von unsern hannoverschen Brüdern“ erhalten habe. Mit

Arbeiter-Verein.

Nächsten Montag, Abends 8 Uhr, findet der erste Vereinsabend in der Stadtwage statt. Man wird vorläufig mit Übungen im Gesange, Rechnen, Schreiben und Zeichnen beginnen. Unbescholtene Männer werden ersucht, dem Vereine beizutreten.

Der Vorstand.

Ankündigung des ersten Vereinsabends im Allgemeinen Anzeiger vom 18. April 1868

Zeitungsanzeigen warb man um neue Mitglieder („unbescholtene Männer werden ersucht, dem Vereine beizutreten“) und lud auch zum „Kränzchen“, wobei „die Pausen nach den jedesmaligen beendigten Tänzen durch Gesang und Declamationen ausgefüllt“ wurden.

Nicht nur auf kommunaler Ebene waren die Besitzenden bei Wahlen besser gestellt. Auch bei den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus waren die ärmeren Bevölkerungsschichten erheblich benachteiligt, galt doch hier das Dreiklassenwahlrecht. Die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus, die am 30. Oktober 1867 stattfanden, waren also wenig geeignet, ein repräsentatives Bild des politischen Willens der Einwohner zu zeichnen. Zumal sich auch viele Wahlberechtigte, die die Annexion von 1866 ablehnten, nicht an dieser Wahl beteiligten. Sie lehnten eine Stimmabgabe ab, weil sie hier als Preußen wählen sollten – und Preußen wollten sie als hannoversche Patrioten ja nicht sein. Eine Teilnahme an der Wahl zum preußischen Abgeordnetenhaus hätte in ihren Augen eine indirekte Anerkennung der Annexion bedeutet.

Nach dem deutschen Bruderkrieg von 1866 wurde unter preußischer Führung der Norddeutsche Bund gegründet, dem neben Preußen auch noch 22 selbständig

gebliebene Klein- und Mittelstaaten sowie die Hansestädte angehörten. Das ehemalige Königreich Hannover war seit der Annexion im Herbst 1866 Teil Preußens und gehörte somit - nunmehr als preußische Provinz – auch zum Gebiet des Norddeutschen Bundes. Um dem Norddeutschen Bund eine Verfassung zu geben, wurde am 12. Februar 1867 ein Reichstag gewählt. Fast alle Männer ab 25 Jahren, die in den neu gebildeten Wahlkreisen ihren Wohnsitz hatten, konnten ihre Stimme in freier, gleicher und geheimer Wahl abgeben. Frauen blieb das Wahlrecht jedoch noch bis 1919 vorenthalten. Ferner durften Personen nicht wählen, die unter Vormundschaft standen, über die ein Konkursverfahren eröffnet war oder die Armenunterstützung erhielten. Gewählt wurde pro Wahlkreis ein Abgeordneter. Falls im ersten Wahlgang kein Kandidat die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreichen konnte, so kam es zu einer Stichwahl zwischen den beiden Bewerbern mit der höchsten Stimmenzahl. Die Stadt

Osterode wurde dem 11. hannoverschen Wahlkreis zugeordnet. In der entsprechenden Wahlakte findet sich eine Zählliste, die wohl der Reichstagswahl am 12. Februar 1867 zuzuordnen ist. Demnach erhielten in der Stadt Osterode der nationalliberale Politiker Adolf Ellissen 218 Stimmen, während für den Osteroder Amtmann Gustav Friedrich von Hinüber und Georg Herbert Graf zu Münster von Derneburg jeweils nur eine einzige Stimme abgegeben wurde.

Die Verfassung des Norddeutschen Bundes trat am 1. Juli 1867 in Kraft. Bei den Reichstagswahlen am 31. August 1867 trat mit dem Zigarrenmacher Fritzsche aus Leipzig auch erstmals ein sozialdemokratischer Kandidat im 11. hannoverschen Wahlkreis an. Er blieb jedoch, da die regionale Parteiorganisation erst im Entstehen war, ohne Chance gegen den national-liberalen Stadtsyndikus Siegfried Wilhelm Albrecht aus Hannover, der das Abgeordnetenmandat gewinnen konnte.

WIRTSCHAFT

Osterode hatte seit dem Ende des 18. Jahrhunderts eine Vorreiterrolle bei der Industrialisierung des hannoverschen Staates innegehabt. Auch wenn im Laufe der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Stadt diesen Entwicklungsvorsprung gegenüber anderen Gewerbestandorten eingebüßt hatte, so bestimmten doch weiterhin erfolgreiche Industrieunternehmen die Osteroder Wirtschaft. Die mit Abstand bedeutendste Branche der Stadt stellten die zahlreichen Textilfabriken dar. In diesem Gewerbebereich waren in den 1860er Jahren Unternehmerfamilien wie Greve, Uhl, Blum, Dieckhoff, Lyding, Piderit, Reinhard, Richter und Struve tätig.

Ferner gab es zahlreiche Metallverarbeitende Betriebe im Bereich der Stadt, wie z. B. den Kupferhammer Jorns, die Blankschmiede von Giesecke oder mehrere Maschinenbauwerkstätten. Mit der Bleiweißfabrik Schachtrupp befand

sich jedoch das größte Metallverarbeitende Unternehmen im Stadtbereich 1868 bereits in erheblichen finanziellen Schwierigkeiten.



Das damals noch vollständig erhaltene Schloss bei der St. Jakobikirche beherbergte 1868 das Amt Osterode und das Osteroder Amtsgericht. Links vorne sind die Wirtschaftsgebäude der Domäne zu erkennen. Foto: Stadtarchiv Osterode 10-01-025-002

Einige Lederfabriken lagen am Mühlengraben unterhalb der Stadt. Auch der Holzreichtum des Harzes wurde in Osterode weiterverarbeitet. So produzierten Böttcher in Osterode Fässer, Eimer usw. Den hier in Brüchen gewonnenen

Gips verarbeitete man in Mühlen und Öfen vor allem zu Baustoffen weiter.

Die Produktion von Nahrungsmitteln stellte einen wichtigen Gewerbebezweig



*Blick in den Abschnitt der Aegidienstraße der 1868 noch die Bezeichnung Jöddenstraße trug.
Foto: Stadtarchiv Osterode 10-01-004-015*

dar. In der Stadt waren noch zahlreiche Ackerbürger ansässig, deren Höfe sich innerhalb des Stadtmauer ringes befanden, während ihre Felder und Wiesen in der Gemarkung lagen. Viele Osteroder hielten in jenen Jahren noch Schweine, Kühe und Schafe. Die Stadt beschäftigte insgesamt vier Kuhhirten und zwei Schweinehirten, die die Tiere morgens in den Ackerbürgerhäusern „einsammelten“ und dann auf die Weiden trieben.

Auch wurde eine Art „Almwirtschaft“ betrieben, wozu die Stadt mehrere Rinderställe im Harz unterhielt. Wie wichtig die Viehzucht war, zeigt sich auch daran, dass die Stadtverwaltung die Haltung mehrerer Zuchtstiere finanzierte. Auch in Osterode hatte die Mechanisierung der Landwirtschaft längst eingesetzt. So nutzten beispielsweise die örtlichen Landwirte bereits Dampfdreschmaschinen.

Das Osteroder Brauwesen hatte 1868 nicht mehr die Bedeutung vergangener Jahrhunderte, da die Kartoffel das Bier als Grundnahrungsmittel weitgehend verdrängt hatte und mit Branntwein, Kaffee, Tee und Schokolade auch neue Modegetränke aufgekommen waren, die den Bierabsatz weiter zurückgehen ließen. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts befand sich das Osteroder Braugewerbe in einer existenzbedrohenden Krise. Doch hatte sich die Brauerschaft 1840 eine neue Organisationsform gegeben. Eine Verbesserung der Bierqualität und eine

Rationalisierung des Produktionsprozesses steigerten die Wirtschaftlichkeit und die führten die Stadtbierbrauerei wieder zu einer neuen Blüte. So konnte man den „Brauinteressenten“, also den Anteilseignern der Stadtbierbrauerei, auch 1868 wieder eine Dividende zahlen.

Auch blieb Osterode als Tor zum Harz ein wichtiger Marktort für die Region und insbesondere für die Versorgung der Bergstädte im Oberharz. So war hier 1868 auch noch das Harzkornmagazin, das der staatlichen Bergbauverwaltung unterstand, in Betrieb. Und neben den Fuhrleuten bewältigten auch immer noch Eseltreiber und Kiepenfrauen zahlreiche Transportaufgaben im Raum Osterode. Sofern man nicht auf „Schusters Rappen“ oder mit einem Reitpferd unterwegs war, dienten Postkutschen dem Personenverkehr. Deren Fahrzeiten konnte man im „Hannoverschen Post- und Eisenbahn-Cours-Buch“ nachschlagen. Doch strebte man gerade im Bereich des Verkehrswesens eine Modernisierung an. Mitte

des 19. Jahrhunderts hatte das „Eisenbahnfieber“ auch den Südwestharz ergriffen. Die Industriestadt Osterode hatte ein vitales Interesse an einem Anschluss an das neue Verkehrsmittel. Man wollte doch weiterhin im Wettbewerb mit anderen Standorten bestehen können und die Osteroder wussten, wie wichtig eine moderne Verkehrsinfrastruktur für die örtlichen Unternehmen war. Es wurden Gutachten erstellt, Denkschriften und Petitionen verfasst und Delegationen entsandt, um den Osteroder Wünschen Gehör zu verschaffen. Doch sollte es noch bis 1870 dauern, bis Osterode endlich die ersehnte Eisenbahnverbindung erhielt.

Osterode war 1866 Sitz einer der neu geschaffenen Handelskammern geworden. Doch sollte diese relativ kleine Kammer, obgleich ihr doch zahlreiche Betriebe angehörten, schon bald darauf ihre Selbstständigkeit verlieren. Bereits nach fünf Jahren (1871) wurde der Osteroder Bezirk der Handelskammer Göttingen zugeordnet.

MAßE, GEWICHTE UND WÄHRUNG

Die deutsche Kleinstaaterei hatte dazu geführt, dass gleichnamige Maße und Gewichte in den deutschen Einzelstaaten unterschiedliche Werte hatten. So bedurfte es vor der Einführung des metrischen Systems mühseliger Kalkulationen, wenn z. B. Waren, deren Länge in preußischen Ruten (3,766 m) angegeben wurde, in Braunschweiger Ruten (4,565798 m) umgerechnet werden mussten. Mit der Maß- und Gewichtsordnung für den Norddeutschen Bund vom 17. August 1868 wurde in den Mitgliedstaaten das metrische System eingeführt. Danach galten auch in Osterode der Meter als Längenmaß, der Quadratmeter als Flächenmaß, der Kubikmeter als Raummaß und das Kilogramm als Gewichtsmaß. Doch war man sich bewusst, dass ein derartiger Eingriff in die bisherige, über Jahrhunderte ge-

übte Praxis eine längere Übergangsfrist benötigte. So sollte die neue Maß- und Gewichtsordnung erst zum 1. Januar 1872 in Kraft treten, wobei die Anwendung bereits ab 1870 gestattet war, „insofern die Beteiligten hierüber einig sind.“ Mit der Einführung des metrischen Systems wurde das komplizierte Durcheinander von alten Maßen und Gewichten endlich bereinigt.

Auch im Bereich der Währungen hatte man schon einige Fortschritte in Richtung einer Vereinheitlichung innerhalb Deutschlands gemacht und einen gemeinsamen Münzfuß durchgesetzt. So besaßen die preußischen Taler und die hannoverschen Taler im Jahr der Annexion 1866 bereits den gleichen Wert. Die hannoverschen Münzen konnten auch noch nach 1866 für eine

Übergangszeit weiter als Zahlungsmittel verwendet werden. Doch wies man die staatlichen Kassen schließlich an, das eingekommene hannoversche Geld nicht wieder in den Verkehr zu bringen. Erst

nach der Gründung des Deutschen Reichs 1871 folgte dann – in mehreren Schritten – die Einführung der Mark in ganz Deutschland.

SCHULEN

Bereits seit 1851 gab es in Osterode eine Bürgerknabenschule und eine Bürgermädchenschule, die die alten Parochialschulen in den Kirchengemeinden ersetzt hatten. Als Schulgebäude für die Jungen diente 1868 der Heistermannsche Hof auf dem Alten Schulhof. Die Mädchen unterrichtete man im Gebäude Aegidienstraße 4. Auch damals gab es aus Sorge um die Unterrichtsqualität einen „Kampf um kleinere Klassen“ – so forderten 1868 Bürger die Verkleinerung der 5. Klassen von 130-140 auf maximal 70-80 Schüler (!). Lehrlinge, die bei ihren Meistern ein Handwerk lernten, konnten neben ihrer praktischen Ausbildung auch die Osteroder Gewerbeschule besuchen.

Eine Frage, die die Osteroder im Jahr 1868 umtrieb, war die Umwandlung des Progymnasiums in eine Realschule 1. Ordnung. Die altehrwürdige Anstalt, die sich bereits seit dem Mittelalter als Lateinschule in städtischer Trägerschaft befand, residierte seit 1867 in der Schachtrup-Villa. Durch die Aufwertung zu einer „Höheren Bürgerschule“ erfolgte 1868 ein wichtiger Schritt, der zwei Jahre später die Bildungseinrichtung zu einer „Vollanstalt“ werden ließ. Den Schülern war es seither wieder möglich, hier die Hochschulreife für (fast) alle Studiengänge zu erwerben. Doch durften nicht alle Kinder, die über eine entsprechende Begabung verfügten, diese



Die Ratswaage.

Foto: Stadtarchiv Osterode 10-01-193-008

Schule besuchen. Ein jährliches Schulgeld, das je nach Klassenstufe 20 – 28 Taler betrug, konnten viele Eltern aus den ärmeren Schichten nicht aufbringen. (Ein

Volksschullehrer bezog 1868 ein Jahresgehalt von ca. 350 Talern, während ein Ratsdiener 200 Taler pro Jahr erhielt.) Neben der Höheren Bürgerschule gab es noch eine private Höhere Töchterschule, die von 1832-1875 in der Scheffelstraße 2 ihre Unterrichtsräume hatte. In der Regel blieb auch diese Schule aufgrund der Schulgeldforderungen den Kindern der wohlhabenden Einwohner vorbehalten.

Osterode im Jahr 1868: Zahlreiche Neuerungen hielten Einzug in die Stadt, moderne Techniken beschleunigten die Abläufe, vieles war im Entstehen. Aber immer noch gab es alte Ordnungen, Gewohnheiten und Zwänge, die sich dem Wandel in eine moderne Gesellschaft entgegenstellten. Viele Dinge, die uns heute selbstverständlich erscheinen, mussten erst mühselig erstritten werden: Politische Teilhabe aller Bevölkerungsschichten, Frauenwahlrecht, soziale Absicherung, Arbeitnehmerrechte oder Bildungsgerechtigkeit waren vor 150 Jahren eben noch keine

Selbstverständlichkeiten. So war 1868
auch in Osterode die Stunde für eine
Bewegung gekommen, die voller

Überzeugung bekennen konnte „...mit
uns zieht die neue Zeit!“



*Der heutige Martin-Luther-Platz trug noch die Bezeichnung Gemüsemarkt. Im Hintergrund ist auf dem Alten Schulhof das Gebäude des 1887 abgebrannten Heistermannschen Hofes zu erkennen.
Foto: Stadtarchiv Osterode 10-01-134-027*

ZUR LAGE DER ARBEITERSCHAFT IM 19. JAHRHUNDERT

DEUTSCHLAND UND EUROPA

Es sind wohl die zwei bedeutenden Revolutionen des 18. Jahrhunderts, die den Verlauf der beiden folgenden Jahrhunderte entscheidend beeinflussten. Die Amerikanische Revolution verhiess, dass alle Menschen gleich an Rechten geboren werden und sie garantierte jedem das Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Glück. Die Französische Revolution forderte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit – und zwar für alle! Diese Schlagworte brachten die überkommene Welt des Adels mit all ihren Privilegien gehörig ins Wanken. Die unveräußerlichen, individuellen Rechte des Bürgers standen auf einmal im Mittelpunkt. Der Mensch erschien nicht mehr nur als Mitglied einer Gruppe,

sondern er wurde etwas Unteilbares, ein Individuum eben. Die Idee von den universellen Menschenrechten war geboren. Das Bürgertum griff nach der politischen Macht und forderte nun lediglich das ein, was ihm seiner Meinung nach schon lange zugestanden hatte. Dass der Adel das kampflos akzeptieren würde, war sicherlich nicht anzunehmen. Es wundert daher nicht, dass im Gefolge dieser Revolutionen schwere Konflikte und Kriege ausbrachen, die über viele Jahrzehnte andauern sollten. Und oft sah es danach aus, als ob die Gegenrevolution die Oberhand behalten sollte.

Eines ist aber klar. Beide Revolutionen stellten nicht nur die bisherigen Gesellschaftsordnungen in Frage, sie waren

zugleich auch Antrieb für neue, bahnbrechende Entwicklungen in Wirtschaft, Naturwissenschaft und Technik, was gemeinhin als industrielle Revolution bezeichnet wird. Und welche Folgen hatte die für den Einzelnen?

Man kann zu Recht behaupten, dass Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr immer stärker die Landwirtschaft als wichtigsten Wirtschaftszweig verdrängten, ja die alte, feudale Organisationsstruktur vieler ländlicher Gebiete Deutschlands wurde zunehmend aufgelöst. Nur dem so genannten ostelbischen Junkertum gelang es erstaunlicherweise, seine quasi-feudale Machtposition langfristiger zu sichern. Doch für diejenigen, für die im Dorf kein Platz mehr war, weil sie dort keine Arbeit und kein Auskommen mehr fanden, brachte die neue industrielle Zeit erst einmal ungeheures Leid und Elend. Diese recht- und besitzlosen Menschen waren gezwungen, ihr Glück in den Städten, in den Fabriken zu suchen – Männer, Frauen und selbstverständlich auch Kinder! Sie

erhielten einen Hungerlohn, für den sie 14 oder gar 16 Stunden am Tag schufteten mussten. Sozial abgesichert waren sie in keiner Weise. Arbeiter wohnten in völlig überfüllten Siedlungen, auf engstem Raum zusammengepfercht. Krankheiten verbreiteten sich unter diesen Umständen schnell, auch die besonders gefürchtete Tuberkulose. Auch von Alkoholismus wird in zeitgenössischen Quellen oft berichtet.

Hier entsteht nun der entscheidende gesellschaftliche Widerspruch des 19. Jahrhunderts. Auf der einen Seite steht das besitzende Bürgertum. Sein industrieller Kapitalismus führt zweifellos zu gesellschaftlichem Wandel und Wirtschaftswachstum. Der Wirtschaftsprozess ist aber ausschließlich von seinen Interessen geprägt. Auf der anderen Seite steht die lohnabhängige Arbeiterschaft, das Proletariat. Diese oftmals entwurzelten Menschen haben nichts als ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Sie leben und arbeiten unter katastrophalen Bedingungen. Im Wirtschaftsprozess sind



Adolph von Menzel: Eisenwalzwerk (1875).
Von pgFVPI1J1YGXZA at Google Cultural Institute,
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=13318281>

ihre Interessen ohne Bedeutung. Im Ergebnis sehen wir eine Klassengesellschaft mit stark ausgeprägten Klassengegensätzen. Bürgertum und Arbeiterschaft lebten im 19. Jahrhundert streng voneinander getrennt, eine soziale

Mobilität zwischen den Klassen fand nicht statt.

Dieser Widerspruch wird häufig auch als „soziale Frage“ bezeichnet. Allein dass die Frage nach Missständen durch die Industrialisierung gestellt wurde, zeigt

aber auch, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter zunehmend als Individuen wahrgenommen wurden, und zwar auch von Menschen, die nicht der Arbeiterklasse angehörten. Die geschichtliche Wirksamkeit der revolutionären Thesen von individueller Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wird hier deutlich.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gelang es der Arbeiterschaft noch nicht, ihre Interessen politisch zu organisieren. Zwar gab es regionale Aufstände – der schlesische Weberaufstand von 1844, den Gerhard Hauptmann in seinem berühmten Drama „Die Weber“ verarbeitete, ist wohl das bekannteste deutsche Beispiel - doch kann man hier noch nicht von einer politisch-organisierten Arbeiterschaft sprechen. Erst nach der Mitte des Jahrhunderts begann der politisch-organisatorische Aufstieg der Industriearbeiterschaft.

Eine wichtige Rolle in diesem Prozess spielten die Handwerksmeister und -gesellen, die sich schon früh für Politik interessierten. Diese Gruppe bemerkte, dass der politische Liberalismus zwar von der Freiheit des Einzelnen sprach, aber in Wirklichkeit die Interessen des neuen Großbürgertums, der so genannten Bourgeoisie, vertrat. So bildeten Handwerker nach der gescheiterten Revolution von 1848 Arbeiterbildungsvereine und auch erste Gewerkschaften. Am 23. Mai 1863, auf den Tag genau 86 Jahre vor der Verkündung unseres Grundgesetzes, gründete sich in Leipzig der **Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV)** mit Ferdinand Lassalle als Präsidenten. Die deutsche Sozialdemokratie war geboren!

Lassalle selbst beschrieb die Mission der Sozialdemokratie bereits 1862 so:

„Wenn die Revolution von 1789 die Revolution (...) des dritten Standes war, so ist es diesmal der vierte Stand, [Anmerkung: d.i. der Arbeiterstand], welcher jetzt sein Prinzip zum herrschenden Prinzip der Gesellschaft erheben und alle ihre Einrichtungen mit demselben durchdringen will.

(...) Arbeiter sind wir alle, insofern wir nur eben den Willen haben, uns in irgendeiner Weise der menschlichen Gesellschaft nützlich zu machen. Dieser vierte Stand (...) ist eben deshalb gleichbedeutend mit dem ganzen Menschengeschlecht. Seine Sache ist daher in Wahrheit die Sache der gesamten Menschheit, seine Freiheit ist die Freiheit der Menschheit selbst, seine Herrschaft ist die Herrschaft aller.“

Und wieder stoßen wir auf die Französische Revolution! Lassalle entwickelt



Johann Peter Hasenclever: Arbeiter vor dem Stadtrat (1848)

ihre Ideen aber weiter. Natürlich geht es ihm um die Interessenvertretung der Arbeiter. Wie sollte es auch anders sein, bei der sozialen Lage und den herrschenden Machtverhältnissen? Aber das ist nicht alles! Es geht Lassalle vielmehr auch um ein universelles Prinzip, das die Interessen der anderen anerkennt, weil das große Ganze nicht aus dem Blick gerät. Das unterscheidet Lassalle von den damaligen Liberalen, die eher die besonderen Interessen des Besitzbürgertums vertraten. Die Sache des vierten Standes, also die Sache des Arbeiterstandes, sei

die Sache der gesamten Menschheit, seine Freiheit sei die Freiheit aller, seine Herrschaft die Herrschaft aller. Lassalle formuliert hier die Vision eines Weltbürgertums, die an Friedrich von Schillers „Ode an die Freude“ erinnert, in der es heißt: „**Alle Menschen werden Brüder...**“. In einer Zeit, in der Hautfarbe, Herkunft und Religionszugehörigkeit bedauerlicherweise wieder eine immer wichtigere Rolle im täglichen Leben zu bekommen scheinen, bleiben Ferdinand Lassalles Gedanken brandaktuell!

1869 gründet sich im August nun die erste Partei, die das Wort „sozialdemokratisch“ im Namen trägt: die **Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP)**. August Bebel, der sich später als Gegenspieler Otto von Bismarcks den Ehrentitel „Arbeiterkaiser“ hart erkämpft, lädt zur Gründungsveranstaltung zusammen mit Wilhelm Liebknecht nach Eisenach ein. Die Gründung ist nicht unumstritten. Viele Delegierte fragen sich, warum es neben dem ADAV eine zweite Organisation geben solle. Ein Grund mag darin

liegen, dass Lassalle, die unumstrittene Führungspersönlichkeit im ADAV, bereits 1864 verstarb. Das hierdurch entstandene Vakuum wurde durch die Gründung der SDAP zum Teil auch dadurch gefüllt, dass diese sich bewusst anders, weniger zentralistisch, organisierte. Die Partei gab sich eine Doppelspitze. Bebel führte die Partei als sichtbares Zeichen innerparteilicher Demokratie bis zu seinem Lebensende nie allein.

Im Jahr 1875, wiederum am 23. Mai, vereinigen sich endlich beide Organisationen in Gotha zur **Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAP)**. Die deutsche Sozialdemokratie war vereint. Reichskanzler Otto von Bismarck erblickte in ihr eine Gefahr für sein preußisch-autoritäres Regime. Die Angst vor einem revolutionären Umsturz war im deutschen Bürgertum und im Adel weit verbreitet. So nutzte Bismarck 1878 zwei Attentatsversuche auf Kaiser Wilhelm I., diese der SAP in die Schuhe zu schieben, wenngleich er stichhaltige Be-

weise für seine Anschuldigungen schuldig blieb. Die Reichstagsmehrheit aus Konservativen und Nationalliberalen beschloss am 19. Oktober 1878 das berüchtigte Gesetz „**gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie**“. Dieses so genannte **Sozialistengesetz** erlaubte es den Behörden, sozialistische Parteien, Organisationen, Presseerzeugnisse und Versammlungen zu verbieten. Davon machte die Regierung auch bis 1890 regen Gebrauch – den Aufstieg der Sozialdemokratie im Deutschen Reich konnte das aber nicht verhindern. Interessanterweise behielten nämlich die Abgeordneten der SAP ihre Mandate, obwohl die Partei verboten wurde. Ihre Fraktion blieb bestehen, da das damalige Wahlrecht eine reine Persönlichkeitswahl vorsah, so dass gewählte Abgeordnete ihr Mandat behalten und ausüben konnten. In den 70er und 80er Jahren gelang es den Sozialdemokraten so, trotz polizeistaatlicher Unterdrückungsmaßnahmen, ihren

Stimmenanteil von 6,1 % im Jahr 1881 auf 19,7 % im Jahr 1890 mehr als zu verdreifachen. Damit war sie zur wählerstärksten politischen Kraft im Deutschen Reich geworden.

Bismarcks Absicht, den politischen und gesellschaftlichen Einfluss der Sozialdemokratie auszuschalten, schlug also fehl. Die Unterdrückungsmaßnahmen des preußisch-deutschen Polizeistaats gegen sozialdemokratische Organisationen, Gewerkschaften, Parteien und einzelne Menschen, die in Haft genommen oder auch zur Emigration gezwungen worden waren, verkehrten sich in ihr Gegenteil. Was dazu gedacht war, Sozialdemokraten aus Politik und Gesellschaft auszuschließen, stärkte in Wirklichkeit das Klassenbewusstsein der Arbeiterschaft und ihre Opposition zum konservativen Staat - und damit auch die Partei der Arbeiter, die sich seit 1890 **Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)** nannte.

OSTERODE AM HARZ

Der erste Arbeiterbildungsverein wurde in Osterode bereits im Revolutionsjahr 1848 vom Tischlergesellen August Wolf gegründet. Allerdings verschwand dieser Verein bereits nach wenigen Jahren. Die Organisatoren hatten aber erkannt, was damals wie heute gilt: Bildung ist der Schlüssel zu besseren Lebensbedingungen. Wer die Lage der Arbeiterschaft verbessern will, kann das nur durch verbesserte Bildungschancen erreichen. Und die Lage der Arbeiter war auch in Osterode bedrückend! Osterode war eine Industriestadt und gehörte zu den wichtigsten industriellen Standorten im damaligen Königreich und ab 1866 in der preußischen Provinz Hannover. Neben zahlreichen Textilfabriken hatte auch die Bleiweißfabrik der Familie Schachtrupp eine überregionale Bedeutung. Hier in der Scheerenberger Straße wurde Bleiweiß hergestellt, das zum Bei-

spiel als Farbanstrich für Schiffe verwendet wurde. Allerdings ist der Umgang mit diesem Mittel stark gesundheitsgefährdend.

In den 60er und 70er Jahren hingen 60 % der Osteroder Bevölkerung von der Industrie ab. Doch schon 1873 wurde die wirtschaftliche Lage, nach Jahren eines Booms, schwierig. Die Spekulationsblase nach der Reichsgründung 1871 platzte. Man spricht vom „Gründerkrach“. Es folgte eine Zeit der wirtschaftlichen Depression.

Zuvor hatte sich in der Osteroder Arbeiterschaft aber Entscheidendes getan. Am 5. April 1868 gründet sich der **Arbeiter-Verein**. Für drei Uhr nachmittags lud man in den Saal der Stadtwaage (d.i. die Ratswaage) ein und die Gründung wurde vollzogen. Vor nunmehr 150 Jahren begann Osterodes Arbeiterschaft, sich zu organisieren. Und der

Zur Gründung eines
Arbeiter-Bildungs- u. Sparvereins
findet Sonntag Nachmittag 3 Uhr in der
Stadt-Waage eine Besprechung statt. Die-
jenigen, welche sich dafür interessieren, werden
ersucht, daselbst zu erscheinen.

**Wilhelm Himmeler. Carl Sprenger.
Fritz Müller. H. Müller. F. Sauer.
Carl Burgdorf. Ernst Heise. Wilh. Hoppe.
August Fahlbusch.**

*Gründungsaufruf im Osteroder Allgemeinen
Anzeiger vom 21. März 1868*

Aufstieg der Idee von der Gleichheit und
Freiheit aller Menschen, die Idee von der
menschlichen Solidarität schritt voran –
nun auch in Osterode. Deswegen feiern
wir in diesem Jahr das 150-jährige
Bestehen unseres Ortsvereins.

Dieser Aufstieg spiegelte sich auch in
den Wahlergebnissen wider. Die SPD
eroberte die nationalliberale Bastion
Osterode. Bei den Reichstagswahlen
1907 erhielt sie im ersten Wahlgang die
meisten Stimmen, wurde somit zur
stärksten Partei. Anders als unser
Bundestag heute wurde im Kaiserreich
der Reichstag nach dem Mehrheitswahl-

recht bestimmt. Um ein Mandat zu errin-
gen, benötigte der Bewerber im ersten
Wahlgang die absolute Mehrheit der
Stimmen. Wurde die nicht erreicht, kam
es zu einer Stichwahl zwischen den bei-
den bestplatzierten Bewerbern. Das Ver-
fahren erinnert an das, was heute in
Frankreich üblich ist. Allerdings waren
nur Männer ab 25 Jahren wahlberechtigt.
So konnte es geschehen, dass die SPD
zwar seit 1890 reichsweit die meisten
Stimmen erhielt, sich das aber zunächst
nicht in ihrer Fraktionsstärke ausdrückte,
denn bei Stichwahlen stand das bürger-
liche Lager in der Regel vereint gegen den
sozialdemokratischen Bewerber. Erst bei
den Reichstagswahlen 1912 wurde die
SPD auch stärkste Fraktion im Parlament.
Im hannoverschen Provinz-Wahlkreis 11
Einbeck-Northeim-Osterode-Uslar siegte
erstmals ein SPD-Kandidat. Der spätere
bremische Senator und Bürgermeister
Karl Diekmann wurde SPD-Reichstags-
abgeordneter. Auch im Stadtgebiet
Osterode konnte er sich durchsetzen.

Die SPD war rege in Osterode. 1907 berichtet Bürgermeister Hessel dem Regierungspräsidenten in Hildesheim von starken Aktivitäten des Sozialdemokratischen Wahlvereins, der erfolgreich neue Mitglieder werbe. Sogar einen Frauenverein habe man gründen wollen! Die Aufhebung des Sozialistengesetzes bedeutete offenbar keineswegs, dass die Oberen auch die Überwachung der Partei einstellten.

Und der SPD gelang es, Einfluss zu erlangen. Bürgermeister Hessel berichtet 1910, dass es der SPD gelungen sei, Vertreter in den Vorstand der Allgemeinen Arbeiterortskrankenkasse (AOK) Osterode / Freiheit zu entsenden. Vorsitzender und Rechnungsführer seien Sozialdemokraten. Die SPD näherte sich

zunehmend der Mittelschicht an. Als 1912 der Osteroder Konsum-Verein aus dem „Allgemeinen Verband“ austrat, um sich dem „Sozialdemokratischen Verbands Hamburg“ anzuschließen, hofften viele Konservative, dass nun eine Austrittswelle den Verein heimsuchen würde. Doch weit gefehlt. Auch kleine Beamte und Staatsdiener wussten die Vorteile zu schätzen, Mitglied in der Genossenschaft zu bleiben.

Gut 50 Jahre nach ihrer Gründung, am Vorabend des Ersten Weltkrieges, stand die SPD in Osterode gut da. Sozialistengesetz und staatliche Überwachung hatten ihren Aufstieg nicht verhindern können. Sie war auch in Osterode zur stärksten politischen Kraft geworden

DIE SPD IM ERSTEN DRITTEL DES 20. JAHRHUNDERTS

1. DIE SPD UND DER ERSTE WELTKRIEG

Es ist schon erstaunlich, dass noch Tage vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges der SPD-Parteivorstand zu Massenprotesten aufrief, um gegen den drohenden Krieg zu protestieren. Hunderttausende folgten dem Aufruf, verhindern konnten sie das jahrelange Blutvergießen nicht. Die SPD als stärkste Fraktion im Deutschen Reichstag stimmte sogar wenige Tage später den ersten Kriegskrediten zu. Jahrzehntlang als „vaterlandslose Gesellen“ beschimpft, verfolgt und ausgegrenzt, zeigte sie sich nun besonders staatstragend und patriotisch. Zwar hatte es zuvor fraktionsinternen Widerstand gegen die Bewilligung gegeben, doch die Fraktionsdisziplin verlangte ein einheitliches

Abstimmungsverhalten. Die SPD stimmte sogar dem so genannten „Burgfrieden“ zu. Damit verzichtete die Partei darauf, für die Dauer des Krieges politische Auseinandersetzungen mit den anderen Parteien und der Reichsregierung öffentlich auszutragen. Das nach außen hin einheitliche Auftreten konnte allerdings nicht verhindern, dass sich die Arbeiterschaft spaltete. Der radikale linke Parteiflügel um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wandte sich bereits am Jahresende 1914 gegen weitere Kriegskredite. Sie gründeten in der Folge den Spartakusbund, aus dem am Ende die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) hervorging. Als im Dezember 1915 weitere Ab-

geordnete Kriegskredite und Burgfriedenspolitik ablehnten, wurden diese zunächst aus der Fraktion und später auch aus der Partei ausgeschlossen. Die SPD zerbrach an ihrer uneinheitlichen Haltung zum Krieg. 1917 spaltete sich die USPD (Unabhängige SPD) von der MSPD

(Mehrheits-SPD) ab. Der größere Teil der USPD fand zwar nach wenigen Jahren wieder zurück zur SPD, die Spaltung der Arbeiterbewegung in einen sozialdemokratischen und einen kommunistischen Teil war aber dauerhaft vollzogen.

2. DIE SITUATION AM KRIEGSENDE

Noch am Anfang des Jahres 1918 lehnte es die deutsche Militärführung ab, in Verhandlungen mit den Westmächten einzutreten, um den Ersten Weltkrieg am Verhandlungstisch zu beenden. In Verkennung der wirklichen militärischen Kräfteverhältnisse plante die deutsche Oberste Heeresleitung (OHL) die Frühjahrsoffensive, die die Entscheidung im Westen bringen sollte. Die scheiterte aber schon im April, und Ludendorff verspielte wohl eine der letzten Chancen auf einen Verhandlungsfrieden. Diese politische Inkompetenz der militärischen Führung zeigte sich auch im Sommer 1918. Alle Versuche, zu einem Ausgleich

mit den Westmächten zu kommen, wurden von Hindenburg und Ludendorff verhindert.

Und die militärische Lage Deutschlands verschlechterte sich bis zum Herbst weiter. Schon im September 1918 konnte sie als hoffnungslos bezeichnet werden – die Kapitulation war nur eine Frage der Zeit! Und selbst in dieser Situation sollte nach dem Willen der Generäle das Blutvergießen fortgeführt werden. Als die Kriegsmarine in die letzte – militärisch sinnlose – „ehrenvolle“ Entscheidungsschlacht gegen die britische Flotte geschickt werden sollte, hatten die Matrosen genug: Sie verweigerten dem

unsinnigen Befehl den Gehorsam! Von Kiel ausgehend, sprang dieser Funke Anfang November auf das gesamte Reichsgebiet über, denn die Menschen waren kriegsmüde geworden.

Am 9. November 1918 rief dann der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann in Berlin die Deutsche Republik aus, und Friedrich Ebert trat die Nachfolge von Reichskanzler Prinz Max von Baden an. Kaiser Wilhelm II. musste abdanken und entzog sich seiner politischen Verantwortung, indem er nach Holland ins Exil ging.

Und noch eine weitere Gruppe stellte sich nicht ihrer Verantwortung: die

Militärs. Diejenigen, die für die militärische Situation Verantwortung trugen, diejenigen, die im Vorfeld jede politische Lösung verhindert hatten, weigerten sich, die Waffenstillstandsvereinbarung zu unterzeichnen. Und das, obwohl die OHL bereits am 29. September 1918 die sofortige Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen gefordert hatte. Für Deutschland unterzeichnete – übrigens auf Wunsch von Paul von Hindenburg - der Zentrums-Politiker Matthias Erzberger die Vereinbarung in Compiègne bei Paris. Rechts-extremistische Terroristen ermordeten ihn, auch dafür, im Jahr 1921.

3. DIE SPD IN DER WEIMARER REPUBLIK

Das Kaiserreich zerfiel ohne große Gegenwehr. Es stellte sich nun die Frage, wer dieses politische Vakuum ausfüllen würde. Die SPD hatte für sich eine grundsätzliche Entscheidung zu treffen. Wollte sie eine Rätediktatur nach sowjetischem

Vorbild wie die extreme Linke oder eine parlamentarische Demokratie? Sie entschied sich klar für die parlamentarische Demokratie, unterstützt von der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung und der Arbeiter- und Soldatenräte, die in der

Frühphase der Revolution dafür sorgten, dass die öffentliche Sicherheit und die notwendige öffentliche Infrastruktur aufrecht erhalten blieben. In Zeiten einer schweren Lebensmittelkrise war das überlebensnotwendig.

In dieser Phase stellte die SPD entscheidende Weichen: Sie setzte baldige Wahlen und die Erarbeitung einer neuen Verfassung durch. Aus der Wahl zur Nationalversammlung ging sie mit 37,9 % der Stimmen als klarer Sieger hervor. Sie stellte mit Ebert den Reichspräsidenten und mit Scheidemann den Regierungschef. Außerdem erfüllte die SPD zentrale Forderungen aus der Vorkriegszeit: Der Achtstundentag, das allgemeine, gleiche (Frauen-) Wahlrecht und die Volksschule für alle Kinder wurden Wirklichkeit.

Aber die Republik wurde vom ersten Tage an scharf angegriffen – von rechts und auch von links. Die KPD kämpfte weiter für ihre Revolution nach sowjetischem Modell und verunglimpfte die

Sozialdemokratie als „Arbeitverräter“ und „Sozialfaschisten“. Von rechter Seite her phantasierten Demagogen über den Reichstag als „Quasselbude“ und bastelten eifrig an der „Dolchstoßlegende“, allen voran Ludendorff, der als Mitglied der OHL doch die Verantwortung für die deutsche Niederlage trug. Bürgerkriegsähnliche Zustände waren die Folge. In ihren ersten Jahren kam die Republik nicht zur Ruhe. Putsch- und Umsturzversuche von links und rechts wechselten sich bis 1923 ab. Und die von weiten Teilen der Bevölkerung abgelehnten harten Bedingungen des Versailler Vertrags belasteten Politik und Wirtschaft immens. Nur durch die große Entschlossenheit der demokratischen Kräfte überstand die Republik die schwere Anfangszeit.

Im Juni 1920 zog sich die SPD, nach dem rechtsextremen Kapp-Putsch, nach der schweren Niederlage bei den Reichstagswahlen aus der Regierung zurück. Sie trat jedoch in den Folgejahren immer wieder in Koalitionsregierungen ein und

übernahm so Verantwortung, die andere nicht übernehmen konnten oder wollten.

1925 starb Reichspräsident Friedrich Ebert im Alter von 54 Jahren. Mit ihm ging ein Mann, der wie kein zweiter für die Republik einstand. Das machte ihn zum Ziel rechter und linker Agitation. Es ist bekannt, dass ihn diese wahrheitswidrigen Unterstellungen und Anfeindungen zum Teil schwer getroffen haben. Immer wieder versucht er, seine Ehre mit Hilfe der Gerichte wiederherzustellen. Aber auch in der Justiz sitzen viele Feinde der Demokratie! Nachfolger im Amt wurde der Kandidat der Rechten, Paul von Hindenburg, der ehemalige Chef der Obersten Heeresleitung.

Mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage nach 1923 verbesserte sich auch der Zustand der SPD. 1928 erreichte

sie bei den Reichstagswahlen mit 29,8 % ihr bestes Ergebnis seit 1919. Der Sozialdemokrat Hermann Müller wurde zum zweiten Mal Reichskanzler.

Aber dann führte die Weltwirtschaftskrise von 1929 zu Massenarbeitslosigkeit und Armut und zu einer politischen Radikalisierung der Bevölkerung. Zahlreiche Regierungskrisen schwächten die Verteidiger der Demokratie und trieben den Nationalsozialisten Stimmen zu. Die politischen Auseinandersetzungen eskalieren zunehmend und es kam immer mehr zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Wehrverbänden¹ der Parteien.

Im März 1930 trat die letzte vom Reichstag gewählte, stabile Koalitionsregierung unter Reichskanzler Müller zurück. Eine neue Koalition kommt nicht

¹ Zu diesen Wehrverbänden zählte neben den rechten Kampfbünden Stahlhelm und SA und dem KPD-nahen Roten Frontkämpferbund auch das von SPD, Zentrum und DDP gegründete Reichsbanner zum Schutz der demokratischen Republik.

zu Stande. Deshalb gibt es Neuwahlen. Bei den folgenden Reichstagswahlen verliert die SPD kontinuierlich, während die Extremisten gewinnen. Der Stimmenanteil der SPD fällt 1930 auf 24,5 % und im Juli 1932 auf nur noch 21,6 %. Der Anteil der NSDAP steigt hingegen. Während sie im Jahr 1928 nur 2,6 % bekam, erreicht sie 1930 schon 18,3 %, um bei den Juli-Wahlen 1932 auf 37,4 % zu steigen und größte Fraktion zu werden.

Die Republik gab sich in gewisser Weise schon 1930 selber auf. Von nun an regierten so genannte Präsidialkabinette auf der Basis von Notverordnungen. Das Parlament war faktisch entmachtet, denn es konnte jederzeit aufgelöst werden. Besonders 1932 nach dem Rücktritt Brüning's machten seine Nachfolger davon regen Gebrauch. Das Ende kennen wir. Reichspräsident Hindenburg ernennt am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler.

4. LOKALGESCHICHTE: DIE OSTERODER SPD BIS 1933

Die wirtschaftliche Lage in der Region Osterode war nach dem Ersten Weltkrieg sehr angespannt. Teile der Wollwarenindustrie und auch Gips verarbeitende Betriebe stellten in den späten Zwanzigern ihre Produktion ein. Entlassungen waren die Folge. Zwischen 1924 und 1930 schlossen im Kreis Osterode nicht weniger als 60 Betriebe ihre Pforten. Eine hohe Arbeitslosenquote war die logische Folge.

Die meisten Arbeiter wohnten nicht im Kernstadtgebiet Osterode, sondern im Umland. Freiheit, Katzenstein, Petershütte und Lasfelde hatten einen industriellen Charakter. Die Einwohnerschaft fühlte dementsprechend vorwiegend proletarisch. Das unterschied sie von den überwiegend agrarisch geprägten Orten Dorste, Ührde und Schwiegershausen. Auch die benachbarten Ortschaften im

damals Braunschweigischen wie Badenhäusern, Gittelde oder Teichhütte waren industriell geprägt und können als Arbeiterdörfer bezeichnet werden. Es ist jedoch zu kurz gedacht, nur die traditionellen Arbeiter der Sozialdemokratie zuzurechnen. Viele Handwerker, auch solche, die einen eigenen Betrieb besaßen und den Meistertitel führten, fühlten sich als Sozialdemokraten. Dabei waren sie aber nicht unbedingt auch Parteimitglieder.

Am Ende des Ersten Weltkriegs bildete sich am 10. November 1918 auch in Osterode ein Arbeiter- und Soldatenrat (ASR). Magistrat und Verwaltung unterstellten sich zunächst seiner Aufsicht, führten ihre Geschäfte aber weiter. Mitglied dieses Gremiums war Karl Schröder, der für die SPD von 1921-1933 Osterode im Preußischen Landtag vertrat. In dieser Zeit des Umbruchs war es sein erklärtes Ziel, die wilhelminisch geprägten Behörden daran zu hindern, eine Politik zu betreiben, die dem Volkswillen zuwiderlief. Wie auf

Reichsebene lehnte auch die Osteroder SPD eine Revolution nach russischem Vorbild ab. Eine Erweiterung des Arbeiter- und Soldatenrates um bürgerliche Mitglieder scheiterte aber, weil die Vorgeschlagenen eine Mitarbeit im Gremium ablehnten. Stattdessen gründete die bürgerliche Seite einen sogenannten Bürgerausschuss. Zwar wurde betont, dass dieser Ausschuss mit dem Arbeiter- und Soldatenrat kooperieren wollte, doch kann nicht bezweifelt werden, dass er auch als bürgerlicher Gegenpol zum proletarischen ASR gedacht war.

Bei den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung am 19. Januar 1919 erreichte die SPD 49 % der Stimmen und lag damit deutlich über dem Reichsdurchschnitt. Wenn man die Ergebnisse

der Parteien SPD, DDP² und Zentrum/DHP^{3 4} zusammenzählt, kommt man auf insgesamt 72,8 %. Die übergroße Mehrheit der Osteroderinnen und Osteroder wollte zu dieser Zeit die parlamentarisch-demokratische Republik. Allerdings ist beim SPD-Ergebnis zu berücksichtigen, dass die USPD 1919 in Osterode nicht kandidierte. Der Bruch der Arbeiterbewegung auf Reichsebene war auf der lokalen also noch nicht erfolgt.

Das geschah erst 1920 mit der Gründung eines Freiheits USPD-Ortsverbandes. Im Herbst 1920 schloss sich dann auch in Osterode der linke Flügel der USPD der KPD an.

Als am 2. März 1919 die Bürgervorsteherwahlen ausgezählt waren, hatte sich das Kräfteverhältnis deutlich geändert. Das bürgerliche Lager hatte sich im

Vorfeld auf eine gemeinsame Liste geeinigt. Die SPD erhielt nur noch 38,7 % (9 Sitze). Das bürgerliche Lager vereinte 61,3 % der Stimmen auf sich und errang 15 Sitze. Jeweils drei Kandidaten aus dem Arbeiter- und Soldatenrat und aus dem Bürgerausschuss konnten Mandate erringen, so dass es im neuen Bürgervorsteherkollegium eine gewisse personelle Kontinuität gab.

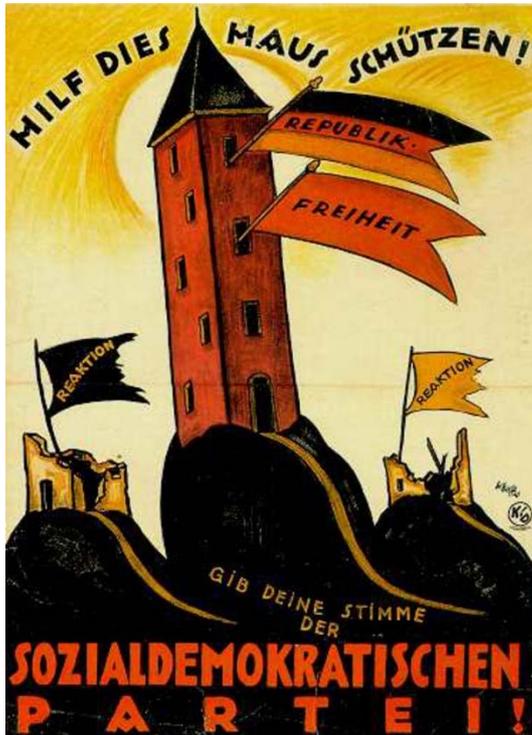
Doch auch die folgenden Wahlen brachten zunächst deutliche Verluste für die SPD. Bei den Reichstagswahlen erreichte sie in Osterode nur noch 32,6 %, während auf die USPD 12,3 % entfielen. Die KPD kandidierte nicht. Insgesamt mussten die Arbeiterparteien also einen deutlichen Stimmenrückgang hinnehmen. Bestätigt wurde dieser Trend auch

² DDP – Deutsche Demokratische Partei. Eine zunächst linksliberale Partei in der Weimarer Republik.

³ DHP – Deutsch-Hannoversche Partei. Im Wahlkreis 16 Hannover - Hildesheim - Lüneburg – Braunschweig, zu dem Osterode

gehörte, waren DHP und das Zentrum eine Listenverbindung eingegangen.

⁴ SPD, Zentrum und DDP bildeten die so genannte Weimarer Koalition, die für ein demokratisch-republikanisches Deutschland eintrat.



Wahlplakat der SPD zur Reichstagswahl 1920.
Deutsches Historisches Museum, Berlin

in den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus.

Auch bei den Kommunalwahlen des Jahres 1924 musste die SPD Verluste hinnehmen. Mit 23,8 % entsandte sie nur noch vier Vertreter ins Bürgervorsteherkollegium. Erst 1929 wurde sie mit

37,4 % in diesem Gremium wieder zur stärksten Fraktion. Die NSDAP kandidierte bei diesen Wahlen zum ersten Mal auf Ortsebene und erreichte mit einem Stimmenanteil von 5,9 % ein Mandat.

Die Schwierigkeiten der Sozialdemokratie auf Reichsebene schwächten auch die Osteroder SPD. Bei den Reichstagswahlen 1930 und 1932 musste die SPD auch in Osterode Stimmenverluste hinnehmen, wohingegen der Stimmenanteil der NSDAP anstieg. 1930 erreichte die SPD in Osterode 31,3 %, 1932 nur noch 24,7 %. Die NSDAP steigerte ihr Ergebnis in Osterode von 24,1 % 1930 auf 49,6 % im Juli und immer noch 44,1 % im November 1932.

Im Jahr 1929 waren sieben der 18 Osteroder Bürgervorsteher Sozialdemokraten. Nur ein einziger Bürgervorsteher war Nationalsozialist. Bis 1932 gab es jedoch durch Übertritte aus dem bürgerlichen Lager eine instabile nationalsozialistische Mehrheit. Damit stand eine immer noch einflussreiche Osteroder SPD einer gestärkten NSDAP gegenüber.

In den Jahren vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten engagierten sich viele Osteroder gegen Nationalismus und Faschismus. Als der sozialdemokratische Reichstagspräsident Paul Löbe bei einer Großveranstaltung des Reichsbanners im Februar 1932 in Osterode zum Widerstand gegen den aufkommenden Faschismus aufrief, jubelten ihm viele Osteroder zu. Immer wieder kam es auch in Osterode zu gewaltsamen Zusammenstößen. Am 18. Juni 1932 marschierten etwa 1.000 Sozialdemokraten und Kommunisten („Einheitsfront gegen den Faschismus“) durch Osterode und

Freiheit, um gegen eine gewaltsame Aktion der SA gegen Arbeiter in der Freiheit zu protestieren. Noch am Vorabend der nationalistischen Machtergreifung hatte die SPD in Osterode mehr Mitglieder als die lokale NSDAP.



SPD-Plakat zur Reichstagswahl am 31. Juli 1932

Jens Augat

DIE SPD IM NATIONALSOZIALISMUS - WIDERSTAND UND VERFOLGUNG

DIE MACHTÜBERNAHME DER NATIONALSOZIALISTEN (1933)

1. DEUTSCHLAND

Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Bereits am 4. Februar 1933 schränkte der Reichstag durch die „Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes“ die Grundrechte ein und ermöglichte Presse- und Versammlungsverbote. Nach dem Reichstagsbrand in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 gingen die Nationalsozialisten mit Hilfe der „Reichstagsbrandverordnung“ gegen ihre politischen Gegner vor. Kommunistische Abgeordnete und Funktionäre wurden verhaftet und zahlreiche Publikationen - auch von der SPD - verboten. Die Polizei konnte

nun u.a. ohne richterliche Kontrolle Hausdurchsuchungen durchführen, Briefe öffnen und Eigentum beschlagnahmen. Eine „faire“ Reichstagswahl war deshalb am 5. März 1933 schon nicht mehr möglich. Trotzdem erreichten die Sozialdemokraten noch 18,3 % der Stimmen.

Am 23. März 1933 bot sich in Berlin dann das paradoxe Schauspiel, dass sich die Demokratie mit Mehrheit selbst abschaffte. Das „Ermächtigungsgesetz“

bestimmte, dass die Reichsregierung ohne Zustimmung des Reichstages Gesetze erlassen durfte, deren Inhalte sogar von der Verfassung abweichen konnten. 26 Abgeordnete der SPD konnten aufgrund von Verhaftungen, Verfolgung und Flucht nicht mehr an der Reichstagssitzung teilnehmen. Dies traf auch für alle 81 Mitglieder der KPD-Fraktion zu. Allein das zeigt, dass das gesamte Abstimmungsverfahren widerrechtlich war.

Und nur die 94 verbliebenden SPD-Abgeordneten stimmten, trotz der im Saal aufmarschierten SA- und SS-Einheiten, gegen die Abschaffung der Demokratie.

Ungeachtet der Gefahr für das eigene Leben sprach der SPD-Fraktionsvorsitzende Otto Wels, direkt an Hitler

„(...) Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht (...) Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten (...)“.



*Otto Wels (*15.09.1873, † 16.09.1939).*

Foto: Deutsches Historisches Museum Berlin

gewandt, in der wohl mutigsten Rede des gesamten deutschen Parlamentarismus die geschichtsträchtigen Worte:

Nachdem die Parteien durch die Annahme des „Ermächtigungsgesetzes“ praktisch ausgeschaltet worden waren, erfolgte Anfang Mai 1933 auch die Zerschlagung der Gewerkschaften. Kurz danach, am 9. Mai 1933, wurden die Vermögen der SPD, der sozialdemokratischen Zeitungen und des Reichsbanners beschlagnahmt. Am 22. Juni 1933 wurde

2. OSTERODE

Viele der mit der nationalsozialistischen Machtergreifung zusammenhängenden Veränderungen erreichten Osterode erst durch Anweisungen von höherer Stelle.

Am 28. Februar 1933 waren erstmals Osteroder Sozialdemokraten vom Naziterror betroffen, der sich zunächst wie überall im Reich vor allem gegen Kommunisten gerichtet hatte. Bei den Genossen Karl Schröder, dem bekanntesten Osteroder Sozialdemokraten und Mitglied des Preußischen Landtags, und Herbert Sühlig, dem lokalen Führer des

die SPD verboten, nachdem die Parteileitung im Prager Exil zum Sturz Adolf Hitlers aufgerufen hatte. Alle sozialdemokratischen Parlamentsmandate wurden aufgehoben, die noch nicht emigrierten Parteiführer verhaftet. Mit dem Verbot der SPD war die letzte tragende Säule der Demokratie in Deutschland zerschlagen.

Deutschen Metallarbeiterverbands, wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt. Dabei wurde bei Schröder umfangreiches Wahlkampfmaterial beschlagnahmt.

Für die Reichstagswahlen am 5. März 1933 hatten alle Parteien in Osterode Kandidaten aufgestellt. Im Vorfeld der Wahlen waren in Osterode viele Kommunisten verhaftet worden. Der Wahlkampf der SPD wurde stark behindert und viele Zeitungen wurden verboten. Trotzdem veranstaltete die SPD am 17. Februar 1933 eine Großkundgebung

in Osterode. Sührig und der Bürgermeister von Hannover forderten ihre Anhänger auf, sich nicht einschüchtern zu lassen und die SPD zu wählen. Am 3. März 1933 traf sich die „Eiserne Front“⁵ wohl zum letzten Mal in Osterode. Eröffnet wurde die Versammlung ebenfalls von Sührig, der die Erfolge der Arbeiter in der Weimarer Republik herausstellte und die Nationalsozialisten mit Kriegsgefahr in Verbindung brachte. Die Osteroder Zeitungen schrieben zu diesem Zeitpunkt bereits nicht mehr über sozialdemokratische Betätigungen. Sie berichteten nur ab und zu über Hausdurchsuchungen oder von Verhaftungen politischer Gegner, die als Kriminelle dargestellt wurden. Trotz dieser schwierigen Lage erzielte die SPD in Osterode bei den Reichstagswahlen 1933 ein Ergebnis von 23,1 %.

⁵ Die Eiserne Front war ein Zusammenschluss der SPD, des Reichsbanners, des Allgemeinen

Am 9. März 1933 kamen noch beachtliche 200 Personen zu einer SPD-Wahlkampfveranstaltung für die Wahlen zum Provinziallandtag, zum Kreistag und zur Gemeindevertretung am 12. März 1933. Die SPD Osterode gewann in der Gemeindevertreterwahl fünf Sitze (26,3 %). In der ersten Versammlung der Bürgervorsteher am 24. März 1933 hatten die Nationalsozialisten nur eine Mehrheit, da sich der kommunistische Bürgervorsteher Albin Schweiker bereits in Haft befand.

Am gleichen Tag verfügte der preußische Innenminister Hermann Göring die „restlose Entfernung aller nicht den nationalen Parteien angehörenden Oberbürgermeister, Bürgermeister, Stadträte, Senatoren und Gemeindebeauftragten in Preußen bis zum 10. April.“ Diese Frist wurde in Osterode nicht eingehalten. Aber bereits am 27. März 1933 setzte der Landrat Wilhelm Velthaus, der erst am 28. Februar aus der

Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa-Bund) und des Arbeiter-Turn- und Sportbunds (ATSB).

SPD ausgetreten, aber nicht in die NSDAP eingetreten war, die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher mehrerer Dörfer ab. Einer davon war der Freiheits Sozialdemokrat Fritz Wedekind, der seit 1922 Gemeindevorsteher gewesen war. Auch seine Arbeitsstelle bei der Ortskrankenkasse wurde ihm wenig später gekündigt.

In vielen Gemeinden behielten SPD-Mitglieder noch für kurze Zeit ihre Ämter. Mit einer Mischung aus Einschüchterung, Terror, Demagogie und Korruptionsvorwürfen wurden Sozialdemokraten und andere jedoch aus ihren Positionen verdrängt. Bei einer Sondersitzung der Osteroder Bürgervorsteher am 11. April 1933 waren noch vier der fünf SPD-Mitglieder anwesend. Nur Fritz Hagenbuch, der Sekretär des Verbands der Fabrikarbeiter in Osterode, war zurückgetreten. Grund war offenbar ein neues

Gesetz, das die Entfernung aller Gewerkschaftsführer aus kommunalen Ämtern vorschrieb. Bei der Sitzung der Bürgervorsteher am 12. Mai 1933 waren keine Sozialdemokraten mehr anwesend.

Bereits am 13. Mai 1933, also noch bevor die SPD im Deutschen Reich verboten wurde, hatte der Hildesheimer Regierungspräsident angeordnet, das Vermögen der Osteroder SPD und des Reichsbanners zu beschlagnahmen. Alle im sozialen und kulturellen Umfeld der Osteroder SPD befindlichen Vereine und Organisationen wurden aufgelöst.

Damit hörte die Partei in Osterode bereits vor dem offiziellen Verbot der SPD vom 21. Juni 1933 praktisch auf zu existieren. Im Gegensatz zu vielen anderen Orten liefen in Osterode aber keine sozialdemokratischen Amtsträger zur NSDAP über.

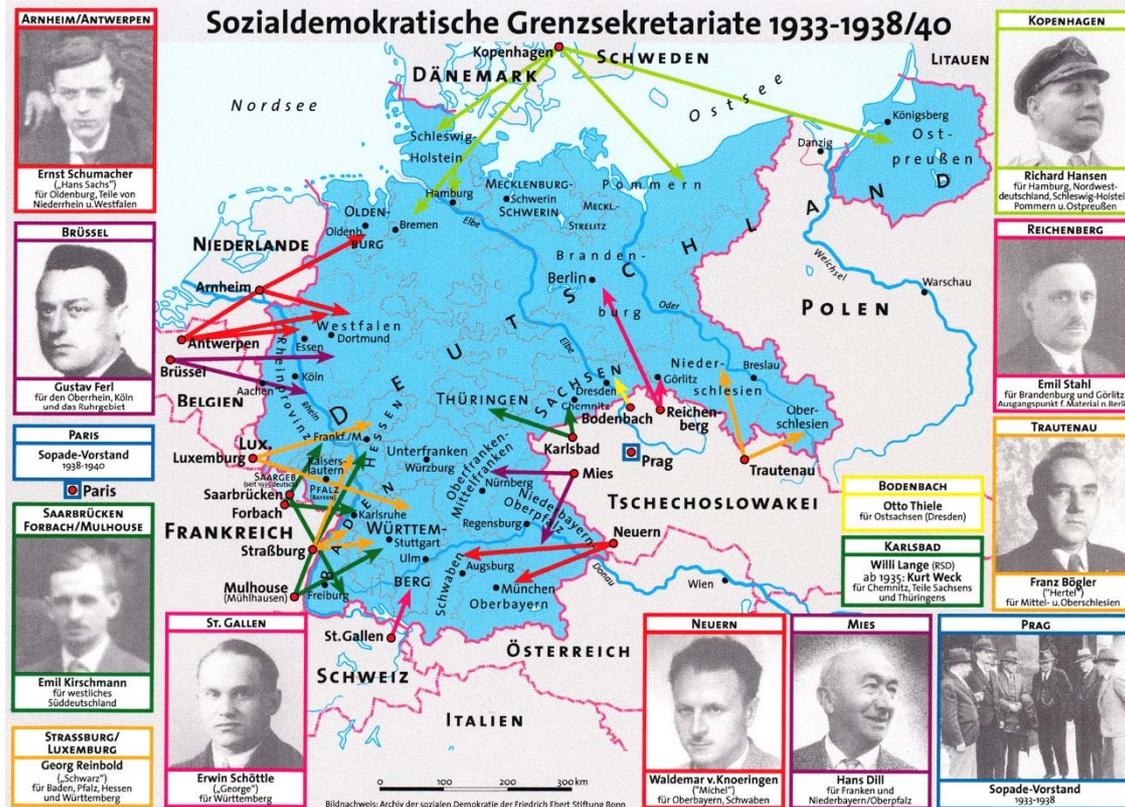
VERFOLGUNG UND WIDERSTAND (1933-1945)

1. DEUTSCHLAND

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten gingen zahlreiche SPD-Mitglieder ins Exil. Viele, die in Deutschland geblieben waren, sahen sich Verfolgungen ausgesetzt, wurden zeitweilig inhaftiert oder in Konzentrationslagern festgehalten, in denen nicht wenige auch ermordet wurden. Einige Führungskräfte der Sozialdemokratie bildeten ab Juni 1933 im Prager Exil die SOPADE⁶. Ziel war es, Kontakte zu erhalten und Widerstandszirkel zu organisieren, wo es möglich erschien. Mit dem Prager Manifest von 1934 versuchte die SOPADE erfolglos, alle demokratischen Kräfte in Deutschland zu bündeln. Sozialdemokratischer Widerstand entwickelte sich teils aus der getarnten Fortführung bereits bestehender Aktivitäten, aus Hilfsmaßnahmen für Verfolgte oder

durch die bewusste Schaffung illegaler Netzwerke. Wichtigstes Ziel war die Beschaffung und Verbreitung unzensurierter Informationen, um durch Aufklärung über das Hitler-Regime zum Sturz der Diktatur beizutragen. Zahlreiche Widerstandsgruppen der SPD wurden vom Ausland aus unterstützt. Andere Gruppen verteilten aus dem Untergrund selbstverfasste Schriften oder organisierten illegale Netzwerke in den Betrieben, zum Teil mit Hilfe von Gewerkschaften. Der größte Teil der sozialdemokratischen Widerstandsgruppen wurde jedoch bis 1936 zerschlagen.

⁶ Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Exil



Sozialdemokratische Grenzsekretariate 1933-38/40. Quelle: lzw-portal.de

Bis 1935 flohen 5.000 bis 6.000 Sozialdemokraten vor dem nationalsozialistischen Terror und vor drohenden Verhaftungen ins Ausland. Der Alltag der Flüchtlinge in den Zufluchtsländern war zumeist von wirtschaftlicher Not und der

Sorge um die drohende Abschiebung geprägt.

Die SOPADE musste 1938 ihren Sitz von Prag nach Paris verlegen, von dort 1940/41 nach Lissabon, wo sie sich de facto auflöste. Im weiteren Verlauf des

Zweiten Weltkriegs etablierten sich die German Labour Delegation in den USA sowie die Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien als bedeutende Exilorganisationen der deutschen Sozialdemokratie während der NS-Diktatur. Die Hoffnung der Exilgruppen, durch ihre politische Arbeit in den Gastländern auch die Politik der Alliierten gegenüber Deutschland beeinflussen zu können, erfüllte sich nicht.

2. OSTERODE

Nach der Machtergreifung wurden auch in Osterode die Sozialdemokraten aus dem gesamten öffentlichen Leben gedrängt. Der sozialdemokratische Bürgervorsteher Alfred Gehrman verlor zunächst seine Stelle als Lehrer und wurde später nach Peine versetzt. Der Bürgervorsteher Philipp Gackstatter wurde als stellvertretendes Mitglied des Sparkassenvorstands entlassen und der Bürgervorsteher Fritz Merten wurde aus dem städtischen Jugendamt gedrängt.

Aus dem Untergrund beteiligte sich nach 1936 nur eine Minderheit der SPD-Mitglieder am aktiven Widerstand gegen das Hitler-Regime. Aber einige Sozialdemokraten, die bereits seit Jahren gegen die Hitler-Bewegung gekämpft hatten, setzten ihren Kampf auch weiterhin fort. So beteiligten sich Julius Leber und Wilhelm Leuschner am Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 und wurden später hingerichtet.

Hagenbuch verlor seinen Posten im Schulausschuss der Berufsschule, ebenso der Zigarrenladenbesitzer Carl Rusteberg, der zwar nicht Bürgervorsteher war, aber ein SPD-Parteibuch besaß.

Immer wieder informierten Behörden in Berlin, Hannover und Hildesheim mit bedrohlich klingenden Meldungen den Landkreis und die Stadt Osterode über geplante Aktionen vermeintlicher Widerständler. Deshalb kam es seit Mitte März

1933 zu ständigen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen auch von Sozialdemokraten.

Der Genosse Hagenbuch wurde bereits im Mai 1933 als Sekretär des Verbands der Fabrikarbeiter in Osterode entlassen. Am 25. Juni 1933 wurde er inhaftiert und saß knapp zwei Monate im Konzentrationslager Moringen ein. Hagenbuch blieb bis 1939 arbeitslos und wurde später noch zweimal in Konzentrationslagern inhaftiert.⁷

Der Genosse Sühlig wurde aufgrund einer Reihe von Beschuldigungen ebenfalls am 25. Juni 1933 verhaftet. Auch er musste für knapp zwei Monate ins Konzentrationslager Moringen. Seine Ehefrau wurde kurz inhaftiert, weil sie beim Friseur einen Witz über Hitler erzählt hatte. Beide gingen später zu Verwandten in die Lausitz. Dort wurde er aufgrund des Vorwurfs des Hochverrats zu

acht Monaten Gefängnis verurteilt. Genau wie Hagenbuch wurde Sühlig später noch zweimal in Konzentrationslagern inhaftiert.

Viele SPD-Mitglieder zogen sich während des Dritten Reichs aus der Politik zurück und warteten in passiver Treue auf die Wiederkehr ihrer alten Partei. Dabei versuchten sie, den Kontakt untereinander aufrecht zu erhalten.

Ende Mai 1933 meldete der Osteroder Bürgermeister an den Landrat, dass die Lage in der Stadt Osterode ruhig sei. Einzelne Zeichen dafür, dass Sozialdemokraten und Kommunisten ihren Widerstand fortsetzten, gab es dennoch. So tauchten immer wieder Graffiti und Flugblätter auf. Am 11. November 1933, am Tag vor der Volksabstimmung über den Austritt aus dem Völkerbund, brachte der Osteroder Kreis-Anzeiger folgende Warnung:

⁷ Juni bis November 1941 in Sachsenhausen (Grund war der Überfall Nazideutschlands auf die

UdSSR) und August bis September 1944 in Neuengamme (Grund war das Attentat auf Hitler)

„SPD. Zur Beachtung! Wie wir hören, werden von vaterlandslosen Gesellen in Briefumschlägen Flugblätter ‚Neues Vorwärts‘ unauffällig in die Häuser geworfen. Es wird in diesen Flugblättern gegen die Wahl gehetzt. Wir machen hiermit auf dieses Treiben aufmerksam. Es ist Pflicht eines jeden, alles zu tun, um diese Verbrecher dingfest zu machen. Flugblätter gleicher Art sind sofort der Polizei zu übergeben.“

Offenbar gab es also auch nach 1934 noch eine recht starke SPD-Opposition,

die vereinzelte Widerstandsaktionen durchführte.

Nach dem Krieg spielten Sühlig und Hagenbuch dann eine wichtige Rolle beim Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung und der SPD in Osterode.

Der verbrecherische Nazi-Terror hatte es letztendlich doch nicht vermocht, die Ideen von Menschlichkeit, Gerechtigkeit, Freiheit und Sozialismus zu vernichten – und Otto Wels behielt Recht!

Reiner Lotze

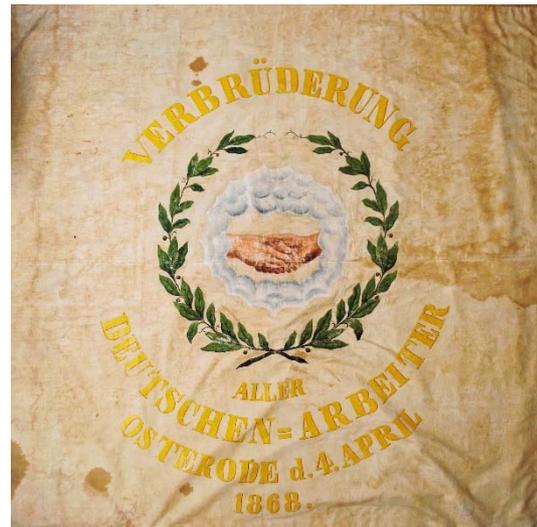
DIE RETTUNG DER OSTERODER SPD-TRADITIONSFAHNE



Original-Fahne. Foto: Angelika Pätzold

Die Osteroder SPD-Traditionsfahne ist eine der ältesten Fahnen der deutschen Arbeitervereinigungen. Auf abenteuerliche Weise wurde sie während der Nazi-Verfolgung unter lebensbedrohlichen Umständen von mutigen Genossinnen gerettet. Sie wird heute im Osteroder Museum aufbewahrt.

Schon während der Zeit des Bismarck'schen Gesetzes „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der



Original-Fahne. Foto: Angelika Pätzold

Sozialdemokratie“ versteckte der Genosse Lobert die Gründungsfahne des Osteroder Arbeitervereins von 1868 in

seinem Haus. Auch bei mehreren Hausdurchsuchungen wurde sie nicht entdeckt und blieb unversehrt.

Während der beginnenden Verfolgung der SPD durch die Nationalsozialisten bewahrte sie Franz Hagenbuch auf. Er war der damalige Sekretär des Verbandes der Fabrikarbeiter in Osterode. Hausdurchsuchungen und die Verhaftung von Franz Hagenbuch bedeuteten auch für die alte Traditionsfahne Gefahr und zwangen zum Handeln. Hagenbuchs Frau brachte die Fahne „zu unserer alten, treuen Genossin Friederike Schimmelpfennig in Sicherheit“, so steht es in den Aufzeichnungen der Zeitzeugin und Genossin Gustl Köhler. Friederike Schimmelpfennig putzte nach Feierabend bei der Firma Piller die Büros und Werkhallen, um damit den Lebens-

unterhalt für sich und ihre beiden Söhne zu sichern. Sie kam auf die abenteuerliche Idee, die Fahne unter Dachsparren bei der Firma Piller zu verstecken. Die Traditionsfahne blieb dort unentdeckt und sicher, denn Firmenchef Hans Piller wusste nichts davon. Vorerst war die Gefahr gebannt, dass die Fahne gefunden wurde. Als Friederike Schimmelpfennig schwer erkrankte, musste sie ihre Arbeit bei der Firma Piller aufgeben. Vorher holte sie aber noch die Fahne vom Dachboden und gab sie an Frau Hagenbuch zurück. Kurze Zeit später starb die Genossin Schimmelpfennig. Bei Hagenbuchs war die Fahne aber nicht sicher, da dort von Zeit zu Zeit immer noch Hausdurchsuchungen erfolgten. Deshalb wickelte sich Frau Hagenbuch die Fahne um ihren Körper, steckte sie

mit Sicherheitsnadeln fest, zog einen Mantel darüber und fuhr vom Osteroder Südbahnhof nach Herzberg am Harz zu ihrer Schwester. Diese hat die Osteroder SPD-Traditionsfahne dann, unter einem Faschingskostüm versteckt, im Kleiderschrank aufbewahrt. Nach Ende des Nazi-Terrors und des 2. Weltkrieges hat Frau

Hagenbuch die Fahne wieder nach Osterode am Harz gebracht. Diese Genossinnen haben ihr Leben riskiert, um die Fahne zu retten. Ihr Mut, ihre Tapferkeit und ihre Treue zur SPD bleiben für immer unvergessen. Wir verneigen uns vor ihnen in großer Dankbarkeit.

Sebastian Hahn

DIE SPD IN DER NACHKRIEGSZEIT (1945-1969)

EIN NEUER START IN WEST UND OST (1945-1949)

1. DEUTSCHLAND

Am 5. Mai 1945 ruhten die Waffen in Nordwestdeutschland. Noch während im Rest des Reiches weitergekämpft wurde, gründete sich am Tag darauf in Hannover der erste Ortsverein der SPD in der Nachkriegszeit neu. Nach der vollständigen Kapitulation der Wehrmacht am 9. Mai 1945 und der Verhaftung der amtierenden Reichsregierung unter der Führung von Dönitz zwei Wochen später stand das gesamte Deutsche Reich unter der Kontrolle der vier Besatzungsmächte.

Am 15. Juni 1945 nahm in Berlin der sogenannte „Zentralausschuss“ der Sozialdemokratischen Partei die Arbeit auf. Dessen Einfluss blieb jedoch nach

Intervention von Kurt Schumacher zunächst auf Berlin beschränkt. Als zentrales Organ der gesamten deutschen Sozialdemokratie sah sich nach wie vor der im Exil in London befindliche Parteivorstand.

Vom 5. bis zum 7. Oktober 1945 fand in Wennigsen bei Hannover die erste überregionale Konferenz der Sozialdemokratischen Partei nach dem Krieg statt. Kurt Schumacher hielt das Hauptreferat und definierte die SPD als Partei der Industriearbeiter und des demokratisch orientierten Mittelstandes. Auf der Konferenz wurde festgelegt, dass der im April 1933 gewählte Vorstand bis zum

ersten Parteitag der neugegründeten Partei ein gültiges Mandat hätte. Der Zentralausschuss sollte die Zuständigkeit für die sowjetische Besatzungszone und Berlin erhalten. Kurt Schumacher wiederum wurde zum „Beauftragten für die Westzonen“ ernannt. In der Folgezeit gründeten sich deutschlandweit regionale Gliederungen der Partei. In der sowjetischen Besatzungszone lehnten die SPD-Mitglieder eine Verschmelzung mit der KPD ab. Dennoch wurden SPD und KPD auf massiven Druck der sowjetischen Besatzungsmacht am 21. April 1946 dort zur SED zwangsfusioniert.

Vom 9. bis zum 11. Mai 1946 fand in den Westzonen der erste Nachkriegsparteitag der SPD statt. Die Partei sprach sich dafür aus, die Verbrecher der Nazizeit zu bestrafen und eine auf gegenseitiges Vertrauen begründete Freund-

schaft mit den Staaten Europas anzustreben. Zudem wurde der Beschluss gefasst, Jungsozialistengruppen in den Parteigliederungen zu gründen. Zum ersten Vorsitzenden der SPD in der Nachkriegszeit wurde Kurt Schumacher mit 244 von 245 Stimmen gewählt. Mit Elisabeth Selbert und Anna Beyer waren auch zwei Frauen im ersten Nachkriegsvorstand vertreten. Die Vereinigung von SPD und KPD in der sowjetischen Besatzungszone wurde nicht anerkannt.

Am 14. August 1949 fand die Wahl zum ersten Deutschen Bundestag statt. Mit 131 Sitzen verpasste man knapp das Ziel, stärkste Kraft im Parlament zu werden. Die CDU/CSU hatte 139 Sitze erreicht. Daraufhin wurde Konrad Adenauer (CDU) zum ersten deutschen Bundeskanzler gewählt.

2. NIEDERSACHSEN

Nach Bombenangriffen und Verteidigungskämpfen lagen viele Städte zwischen Harz und Nordsee in Trümmern, als im Mai 1945 endlich Frieden war. Ende 1945 bildete die britische Besatzungsmacht den „Gebietsrat Niedersachsen“. Sozialdemokraten nahmen entscheidenden Einfluss darauf, dass die Schaffung des Bundeslandes Niedersachsen in seiner heutigen Form erfolgte. Mit der Verordnung Nr. 55 der britischen Militärregierung wurde das Land aus den bisherigen Ländern Hannover, Oldenburg, Braunschweig und Schaumburg-Lippe gebildet.

Der erste niedersächsische Landtag wurde am 9. Dezember 1946 von der britischen Militärregierung eingesetzt.

3. OSTERODE

Die Nachkriegsjahre waren geprägt von den Folgen des Krieges. In Abwesenheit vieler namhafter Sozialdemokraten

Erster niedersächsischer Ministerpräsident wurde der Sozialdemokrat Hinrich Wilhelm Kopf. Der Osteroder Genosse Herbert Sührig, der während der Zeit des Nationalsozialismus mehrfach verhaftet und in Konzentrationslagern festgehalten worden war, wurde zum Mitglied des Landtages ernannt.

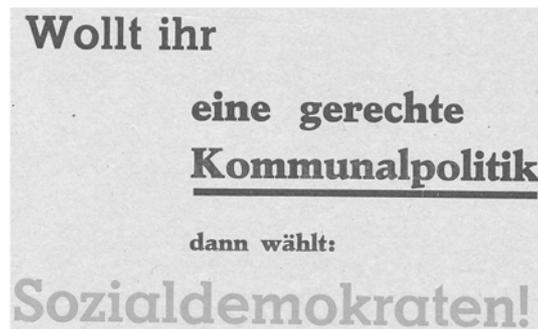
Aus der ersten demokratischen Landtagswahl am 20. April 1947 ging die SPD mit über 43 % der Stimmen siegreich hervor. In der Folge wurde eine Allpartei- enregierung unter der Führung von Hinrich Wilhelm Kopf gebildet.

gründete sich der Ortsverein Osterode unmittelbar nach Kriegsende neu. 1945/46 nehmen auch die Ortsvereine

der umliegenden Ortschaften ihre Arbeit wieder auf.

Im Landkreis Osterode übernahm nach Kriegsende die britische Kreiskommandantur unter Führung eines englischen Majors die Kontrolle. Der Philologieprofessor Konrat Ziegler aus Göttingen wurde von den Briten zum ersten Landrat des Landkreises ernannt und mit der Entnazifizierung der kommunalen Verwaltungen beauftragt. In der Stadt Osterode wurde der parteilose Dr. Karl Marwedel zum Bürgermeister ernannt. Auf Vorschlag Zieglers wurde am 31. Oktober 1945 von der Kreiskommandantur ein Kreistag ernannt, der aus 36 männlichen und zwei weiblichen Mitgliedern bestand und einen Querschnitt der Gesellschaft abbilden sollte. Am gleichen Tag fand nach demselben Prinzip die Berufung der ersten ernannten Ratsversammlung der Stadt Osterode am Harz mit 18 Ratsherren und zwei Ratsfrauen statt. Aus den Reihen der ernannten Vertreter bildeten sich Ausschüsse, die vorrangig

an der Bewältigung der nachkriegsbedingten Alltagsprobleme mitwirkten. Die Einflussmöglichkeiten der kommunalen Abgeordneten blieben zunächst begrenzt, was insbesondere vom



Wahlwerbung des SPD Ortsvereins Osterode im Jahr 1946

Genossen Herbert Sührig bemängelt wurde. Der Einfluss wuchs im Laufe des Jahres 1946, als die kommunale Zweigleisigkeit eingeführt wurde und Kreistag bzw. Stadtrat die Ämter des Oberkreisdirektors bzw. Stadtdirektors demokratisch wählten. Bereits zuvor konnten die ernannten Ratsherren bzw. Ratsfrauen Karl Rusteberg von der SPD zum Nachfolger Dr. Marwedels als Bürgermeister wählen.

Im Herbst 1946 erfuhren Kreistag und Stadtrat schließlich ihre demokratische Legitimierung durch die ersten freien Kommunalwahlen der Nachkriegszeit. Diese fanden unter dem von den Briten eingeführten Mehrheitswahlsystem statt. Es gelang der SPD, in beiden Gremien die absolute Mehrheit der Mandate zu erlangen. Daraufhin wurde der Sozialdemokrat Wilhelm Hohmann zum Landrat des Landkreises Osterode gewählt.

Am 28. November 1948 fanden die nächsten Kommunalwahlen statt, diesmal unter Anwendung des Verhältniswahlrechts. Wiederum ging die SPD als stärkste Partei hervor. Auf Kreisebene verlor sie jedoch die absolute Mehrheit und war fortan auf die eine Stimme der KPD angewiesen. Auf städtischer Ebene erzielten CDU und FDP eine Mehrheit, sodass Bürgermeister Rusteberg von FDP-Kandidat Karl Hermes abgelöst wurde.

Wer FDP wählt, macht sich zum Büttel des Besitzbürgertums;
Wer CDU wählt, bejaht die Preissteigerung von Frankfurt;
Wer DP wählt, verzichtet auf sein Lebensrecht im Lande
(Nieders. Landespartei) **Niedersachsen.**

Gebt ihnen am 28. November 1948 die eindeutige Antwort und wählt für die Gemeinde- und Kreistagsvertretung nur die

Kandidaten

der **- SPD - Liste 1 -**

Polarisierende Wahlwerbung der SPD im Kreis Osterode

WIEDERAUFBAU (1950-1959)

1. DEUTSCHLAND

Im Jahr 1950 wurde die SPD die größte politische Partei Westdeutschlands mit über 680.000 Mitgliedern, organisiert in 5.723 Ortsvereinen. Die zentrale Persönlichkeit des Wiederaufbaus der Partei in Westdeutschland, Kurt Schumacher, verstarb am 20. August 1952 nach schwerer Krankheit in Bonn. Schumacher hatte die Partei entschieden von der SED abgegrenzt und die Politik der Sozialdemokraten als Fraktionschef und Oppositionsführer im Deutschen Bundestag geprägt. Bundeskanzler Konrad Adenauer regierte derweil unangefochten und erreichte 1953 einen erneuten Wahlsieg. Bei der Bundestagswahl am 6. September erhielten CDU und CSU 45,2 % der Stimmen. Die SPD trat mit ihrem neuen Partei- und Fraktionsvorsitzenden Erich Ollenhauer als Kanzlerkandidat an. Programmatisch standen der Wunsch nach

einem friedlichen und freien Europa, eine Ablehnung des Wettrüstens, die Einheit



Plakat zum Godesberger Parteitag. Stiftung Haus der Geschichte; EB-Nr. 1987/2/010.26

Deutschlands und die Schaffung von sozialer Sicherheit im Fokus. Dennoch stagnierte die Partei bei 28,8 %. Vier Jahre später konnte die SPD bei der Bundestagswahl am 15. September 1957, ebenfalls mit Ollenhauer, zwar einen Zuwachs von drei Prozent verzeichnen, der CDU gelang es jedoch, die absolute Mehrheit der Stimmen zu erlangen. Auf einem außerordentlichen Parteitag vom 13. bis 15. November 1959 gab sich die

2. NIEDERSACHSEN

In der niedersächsischen Landespolitik blieb die SPD über das gesamte Jahrzehnt stärkste Partei. Bei der Landtagswahl am 6. Mai 1951 verloren die Sozialdemokraten jedoch fast zehn Prozentpunkte. Am Ende konnte die SPD 33,7 % verbuchen. Die Vertriebenenpartei BHE⁸ zog mit knapp 15 % der Stimmen in den Landtag ein. Aufsehen erregte die nationalsozialistisch geprägte SRP⁹, die 11 % der

⁸ „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“

SPD schließlich ein neues Grundsatzprogramm, das „Godesberger Programm“.

Es sprach sich klar gegen Krieg als Mittel der Politik aus, die Notwendigkeit der Landesverteidigung wurde gleichwohl anerkannt. Zudem wurde das Prinzip der Marktwirtschaft akzeptiert, gleichzeitig wurde jedoch die betriebliche Mitbestimmung und Demokratisierung gefordert. Mit Ergänzungen blieb das Programm bis ins Jahr 1989 in Kraft.

Stimmen erreichte. Bereits ein Jahr später verbot das Bundesverfassungsgericht diese Partei, sodass die 16 erzielten Mandate aberkannt wurden.

Bei der Landtagswahl am 24. April 1955 konnte sich die SPD auf 35,2 % verbessern. Dem Landesvorsitzenden der rechtsgerichteten Deutschen Partei, Heinrich Hellwege, gelang es jedoch, mit einer konservativen Koalition den SPD-

⁹ „Sozialistische Reichspartei“

Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm Kopf abzulösen.

Dank eines Zugewinns der SPD auf 39,5 % konnte Kopf jedoch in Folge der

Landtagswahl am 10. April 1959 das Amt des Ministerpräsidenten erneut erlangen, da er die FDP und die Vertriebenenpartei BHE für eine Koalitionsregierung gewinnen konnte.

3. OSTERODE

Im Landkreis Osterode wurde die SPD in den 1950er-Jahren endgültig zur führenden und prägenden Kraft. Bei den Gemeinde- und Kreistagswahlen am 9. November 1952 wurden die Sozialdemokraten im Landkreis Osterode mit 39,3 % Stimmenanteil mit Abstand stärkste Kraft. Dieses Ergebnis wurde bei der darauffolgenden Kommunalwahl 1956 sogar noch übertroffen. Die SPD kämpfte für einen ausgeglichenen Haushalt bei gleichzeitiger Unterstützung von sozial Schwachen wie Rentnern, Flüchtlingen, Witwen und Waisen. Zudem standen eine Verbesserung der prekären Schulsituation, eine Sanierung der Straßen, die Fertigstellung der Kana-

lisation Osterodes und die Verschönerung des Stadtbilds im Fokus. Weiterer Schwerpunkt war die endgültige Überwindung der Wohnungsnot. Einer Kaserne und Truppenübungsplätzen in Osterode standen die Sozialdemokraten noch kritisch gegenüber. Die Wahl zum Kreistag am 28. Oktober 1956 wurde mit 45,4 % der Stimmen deutlich gewonnen. Besonders in den traditionellen Hochburgen Katzenstein (71 %), Lasfelde (60 %) und Petershütte (61 %) konnte die SPD überzeugen. Auch bei der parallel stattfindenden Gemeindevwahl wurde die SPD mit 38,4 % stärkste Kraft.

Ergebnisse der Osteroder Gemeindevwahl

<u>Stimmbezirk</u>	<u>SPD</u>	<u>CDU</u>	<u>GB/ BHE</u>	<u>FDP</u>	<u>UWG</u>
Röddenbergschule I	530	317	127	418	106
Röddenbergschule II	713	520	323	325	107
Berufsschule I	736	276	171	421	103
Berufsschule II	720	302	199	347	121
Krankenhaus	9	16	7	14	1
Neust. Schule I	706	400	114	469	158
Neust. Schule II	728	429	195	325	217
Schule Uhrde	56	33	18	129	12
Luisenschule Scheffelst.	467	270	169	292	124
Jacobitorschule I	802	342	140	330	155
Jacobitorschule II	599	296	134	301	106
Turnhalle Bleichest.	869	611	232	590	156
Gasthaus Bonder I	296	184	220	186	44
Gasthaus Bonder II	887	304	195	197	163
Luisenschule II	451	423	197	526	168
Gesamtzahlen	8569	4723	2441	4870	1741

Ergebnisse der Gemeindevahlen in Osterode 1956

GESELLSCHAFT UND POLITIK IM WANDEL (1960-1969)

1. DEUTSCHLAND

Die 1960er Jahre waren gesellschaftlich und politisch äußerst ereignisreich. So nahmen beispielsweise die Flüchtlingsströme aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland zu Beginn des Jahrzehnts stetig zu, woraus im August 1961 schließlich der Berliner Mauerbau resultierte.

Bei der Bundestagswahl am 17. September 1961 verloren die CDU und ihr Spitzenkandidat Adenauer mit einem Anteil von 45,3 % ihre absolute Mehrheit. Die SPD verbesserte sich mit Kanzlerkandidat Willy Brandt auf 36,2 %, die FDP erreichte 12,8 %. Keine weitere Partei schaffte den Einzug ins Parlament. Eine CDU/FDP-Koalition setzte die Regierungsgeschäfte fort.

Nach dem Tod Erich Ollenhauers am 14. Dezember 1963 übernahm Fritz Erler den SPD-Fraktionsvorsitz im Deutschen

Bundestag. Willy Brandt wurde neuer Parteivorsitzender. Mit Brandt als Spitzenkandidat konnte sich die SPD bei der Bundestagswahl am 3. Oktober 1965 auf 39,3 % verbessern. Die Koalition zwischen CDU/CSU und FDP wurde fortgeführt. Im Herbst 1966 zerbrach diese jedoch, da keine Einigung über den Haushaltsentwurf für 1967 erzielt werden konnte und sie wurde erstmals von einer Großen Koalition unter der Führung von Kurt Georg Kiesinger (CDU) abgelöst. Für die SPD traten acht Minister und eine Ministerin in die Regierung ein. Willy Brandt wurde Außenminister und Stellvertreter des Bundeskanzlers. Helmut Schmidt übernahm im Jahr 1967 den Vorsitz der SPD-Bundestagsfraktion. Nach der Bundestagswahl am 28. September 1969, bei der sich die SPD abermals verbesserte und 42,7 % der Stimmen erlangte, gelang es Willy

Brandt, eine sozialliberale Koalition zu bilden. Damit wurde er der erste

sozialdemokratische Kanzler der Bundesrepublik Deutschland.

2. NIEDERSACHSEN

Nach dem Tod des Ministerpräsidenten Kopf übernahm der bisherige Sozialminister Georg Diederichs dessen Amt und führte die SPD in die nächste Landtagswahl. Diese fand am 19. Mai 1963 statt und bescherte der SPD mit 44,9 % der Stimmen den Wahlsieg. Die im Anschluss gebildete sozialliberale

Koalition zerbrach jedoch im Jahr 1965 und wurde von einer Großen Koalition abgelöst. Nach der Landtagswahl am 4. Juni 1967 wurde die Koalition fortgeführt.

3. OSTERODE

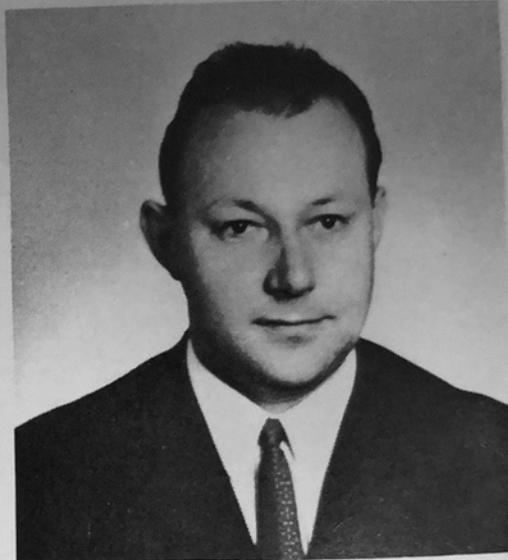
Bei der Kommunalwahl am 19. März 1961 verbesserte sich die SPD im Landkreis auf 47,8 % der Stimmen. In der Stadt Osterode konnte die SPD zwar stärkste Partei werden, jedoch lag der Vorsprung auf die CDU bei lediglich 34 Stimmen, sodass beide Parteien mit acht Ratsmitgliedern gleiche Fraktionsstärke erhielten.

Am 3. Oktober 1964 fanden die nächsten Kommunalwahlen statt. Die

SPD konnte auf Kreisebene 51,1 % der Stimmen erlangen und erreichte somit erstmals seit 1946 wieder die absolute Mehrheit der Stimmen im Kreistag. In der Stadt Osterode musste sich die SPD jedoch mit neun Sitzen im Stadtrat begnügen, während die CDU zehn Sitze erlangte.

Pünktlich zum 100-jährigen Bestehen des SPD-Ortsvereins Osterode im Jahr 1968 gelang es den Genossinnen und

Mit uns die Zukunft bauen



1. Dervedde, Wolfgang
Maschinenbautechnik.
Osterode

Wolfgang Dervedde auf Platz 1 der Liste zur Kreiswahl 1968

Genossen aus der Sösestadt, erneut stärkste Kraft im Rat der Stadt zu werden. Über 40 % der Stimmen reichten bei der Kommunalwahl am 29. September 1968 für neun Mandate. Mit den Stimmen der SPD und der FDP wurde mit Hans Joachim Refhus erstmals seit 1948 wieder ein Sozialdemokrat Bürgermeister der Stadt Osterode am Harz.

Mit 20 von 37 erzielten Sitzen und einem Ergebnis von 51,3 % der Stimmen konnte die absolute Mehrheit bei den Kreistagswahlen noch weiter ausgebaut werden. Damit konnte die SPD entscheidend an den wichtigsten kommunalen Weichenstellungen der Zeit mitwirken.

Die Feierstunde zum 100-jährigen Bestehen des SPD-Ortsvereins Osterode am Harz fand am 28. Dezember 1968 mit

vielen Gästen im städtischen Kurpark statt. Die Festansprache hielt der niedersächsische Sozialminister Kurt Partzsch.

Jens Augat, Sebastian Hahn, Karen Lotze, Rolf Lotze, Thorsten Preuß

DIE SPD GESTALTET DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND (1969 – 2018)

GESELLSCHAFTLICHER AUFBRUCH (1969-1982)

1. DEUTSCHLAND

Die Politik Brandts zielte besonders auf die Entspannung des Ost-West-Konflikts. Zunächst wurde eine Annäherung an Polen angestrebt. Der symbolische Kniefall Brandts und die Unterzeichnung des Warschauer Vertrages mit Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Staatsgrenze im Dezember 1970 waren wichtige Schritte zur Schaffung neuen Vertrauens. Im Oktober 1971 erhält Bundeskanzler Brandt den Friedensnobelpreis für seine Ostpolitik. Auch nach dem gewonnenen konstruktiven Misstrauensvotum bleibt Brandts Kurs in



*Wahlplakat Willy Brandt 1969.
Stiftung Haus der Geschichte, EB-Nr.
1995/12/0827*

der sozialliberalen Koalition nicht unumstritten. Nach dem Übertritt einiger Abgeordneter in die CDU/CSU-Fraktion beschloss Brandt, im September 1972 die Vertrauensfrage im Bundestag zu stellen, woraufhin ihm das Parlament – wie von ihm gewünscht – nicht das Vertrauen aussprach. Als Konsequenz daraus wurde der Bundestag aufgelöst und Neuwahlen abgehalten.

Die Bundestagswahl am 19. November 1972 brachte Stimmenzuwächse für SPD und FDP. Mit 45,8 % wurde die SPD stärkste Partei. Mit der Sozialdemokratin Annemarie Renger wurde erstmals eine Frau in das Amt der Bundestagspräsidentin gewählt.

Nachdem in seinem engsten Umfeld ein Agent der DDR enttarnt wurde, erklärte Bundeskanzler Brandt am 6. Mai 1974 seinen Rücktritt. Zwölf Tage später wählte der Bundestag Helmut Schmidt zu seinem Nachfolger. In seiner Regierungserklärung machte Schmidt

klar, dass er von der Richtigkeit sozialliberaler Politik überzeugt sei und ihre Leitlinien weiter konsequent verfolgen wolle. Willy Brandt blieb weiterhin Vorsitzender der SPD.

Eine der großen Herausforderungen für die sozialliberale Koalition unter Schmidt war der zunehmende Terror durch die Rote Armee Fraktion (RAF). Die Bundesrepublik Deutschland wurde durch Attentate und Entführungen erschüttert. Schmidt forderte in seiner Regierungserklärung im Jahr 1975, dass der Rechtsstaat das gesamte ihm zur Verfügung stehende Instrumentarium nutzen solle, um strikt und konsequent gegen die Terroristen und ihre Helfer vorzugehen.

Bei der Bundestagswahl am 3. Oktober 1976 verlor Bundeskanzler Schmidt gegen den CDU-Kandidaten Helmut Kohl. Die CDU wurde zur stärksten Partei, konnte jedoch im Anschluss keine Regierung bilden. SPD (42,6 %) und FDP (7,9 %) führten die sozialliberale Koalition fort.



Die Politik Schmidts war weiterhin vom Kampf gegen den Terrorismus der RAF geprägt. Eine weitere Herausforderung war die angespannte Lage der Weltwirtschaft.

Die Bundestagswahl am 5. Oktober 1980 wurde zum Duell zwischen Helmut Schmidt und dem CSU/CDU-Kandidaten Franz Josef Strauß. Die Wahl brachte Verluste für die Union und leichte Zugewinne für die SPD. Die FDP konnte deutlich zulegen. Schmidt wurde erneut zum Bundeskanzler einer sozialliberalen Koalition gewählt.

Zwei Jahre später kündigte die FDP die Koalition auf und wählte mit Hilfe eines konstruktiven Misstrauensvotums am 1. Oktober 1982 Helmut Kohl zum Bundeskanzler.

2. NIEDERSACHSEN

Im Jahr 1970 beschloss der niedersächsische Landtag seine vorzeitige Auflösung. Die Koalition zwischen SPD und CDU war zerbrochen, weil die CDU-



Wahlplakat Helmut Schmidt 1980

Fraktion ein Mitglied der NPD als Hospitanten aufgenommen hatte. Bei der Landtagswahl am 14. Juni 1970 lag die SPD mit 46,3 % knapp vor der CDU

(45,7 %). Da keiner weiteren Partei der Einzug ins Landesparlament gelang, konnte der Sozialdemokrat Alfred Kubel eine Alleinregierung der SPD mit einer Stimme Mehrheit bilden.

Bei der Landtagswahl am 9. Juni 1974 musste die SPD einen Verlust auf 43,1 % hinnehmen. Zudem gelang der FDP der Wiedereinzug in den Landtag. Gemeinsam mit der FDP konnte Kubel aber eine Koalition bilden, sodass Niedersachsen sozialdemokratisch regiert blieb. Im Koalitionsvertrag wurde festgelegt, dass zur Mitte der Legislaturperiode ein Generationswechsel im Amt des Ministerpräsidenten stattfinden sollte. Als Nachfolger wählte die SPD den

bisherigen Finanzminister Helmut Kasimier. Bei der anschließenden Wahl im Landtag gelang es Kasimier jedoch in zwei Wahlgängen nicht, die erforderliche Mehrheit der Stimmen zu erlangen. Auch der im dritten Wahlgang kurzerhand aufgestellte Bundesbauminister Karl Ravens erhielt nicht die notwendigen Stimmen der sozialliberalen Koalition. Stattdessen wurde CDU-Kandidat Ernst Albrecht zum Ministerpräsidenten gewählt. Dieser erhielt bei der folgenden Landtagswahl am 4. Juni 1978 die absolute Mehrheit der Stimmen. Auch bei der Wahl am 21. März 1982 gelang es Albrecht, trotz des Einzugs der Grünen in den Landtag, die absolute Mehrheit zu verteidigen.

3. OSTERODE

Im Landkreis Osterode konnte die SPD bei der im Zuge der Neugliederung der Kreisstruktur notwendigen Kommunalwahl am 22. Oktober 1972 ihre absolute

Mehrheit verteidigen und mit 57,1 % der Stimmen die CDU und FDP weit hinter sich lassen. Am 3. Oktober 1976 wurde

die Mehrheit mit 52,1 % abermals verteidigt.

In der Stadt Osterode dauerte die Zusammenarbeit mit der FDP nur zwei Jahre. Die FDP bildete ab dem 14. August 1970 mit der CDU eine Zählgemeinschaft. Der bisherige zweite stellvertretende Bürgermeister Heinz Hartmann (SPD) wurde daraufhin mit den Stimmen der Zählgemeinschaft abgewählt. Eine Abwahl des Bürgermeisters Hans-Joachim Rehfus war nicht möglich, da die Zählgemeinschaft nicht über die erforderliche Mehrheit verfügte.

Mit den Grenzänderungsverträgen 1970 schlossen sich die bis dahin selbstständigen Gemeinden Lasfelde, Petershütte, Katzenstein, Freiheit und Schwiegershausen auf freiwilliger Basis der Stadt Osterode am Harz an und wurden somit zu Ortschaften der Stadt. Dieser Zusammenschluss hatte auf Parteiebene zur Folge, dass sich die bisher selbstständigen Ortsvereine zu einer Einheit zusammenschlossen.

Bei der als Folge dieses Zusammenschlusses notwendigen Neuwahl des Rates errang die SPD mit zwölf Sitzen die absolute Mehrheit. Dies gelang auch in den jeweiligen Ortschaften. Bürgermeister blieb der Genosse Rehfus.

Durch die Grenzänderungsverträge von 1972 schlossen sich auch die Gemeinden Dorste, Förste, Lerbach, Marke, Nienstedt, Riefensbeek-Kamschlacken und Düna der Stadt Osterode an. Auch diesem Zusammenschluss folgte die Gründung eines Ortsvereins der SPD für das gesamte Stadtgebiet.

Bei der nach dem Zusammenschluss abermals notwendigen Wahl am 22. Oktober 1972 gelang der SPD ein überragender Wahlerfolg. Sie erzielte einen Stimmenanteil von 55,5 % und errang 23 von 39 Sitzen im Stadtrat. Bürgermeister Rehfus wurde erneut in seinem Amt bestätigt. Aus gesundheitlichen Gründen trat er jedoch am 30. September 1974 als

Bürgermeister zurück und schied aus dem Rat aus.

In der Ratssitzung am 15. Oktober 1974 wurde der Genosse Karl Koch zum Bürgermeister gewählt. Auch bei der Wahl am 30. Oktober 1976 konnte die SPD mit 51,2 % die absolute Mehrheit verteidigen und Koch wurde im Amt bestätigt.

In den siebziger Jahren legte die SPD durch zukunftsweisende Beschlüsse den Grundstein für die Weiterentwicklung unserer Stadt zum Mittelzentrum. Dazu zählen

- der Ausbau zum Kulturzentrum durch den Bau der Stadthalle,
- die Neugestaltung der Innenstadt durch den Bau der Fußgängerzone, des Innenstadtringes und des Parkdecks,

- der Ausbau des Schulwesens, u.a. durch den Bau der Grundschule und der Sporthalle Röddenberg,
- die Errichtung des Hallenbades und der Neubau des Freibades,
- die Ausweisung neuer Baugebiete, u.a. am östlichen Röddenberg und
- die Ausweisung des Gewerbegebietes Westharz.

Auch auf Grund der allgemeinen politischen Lage verlor die SPD bei der Kommunalwahl am 27. September 1981 nicht nur die absolute Mehrheit und wurde nur noch zweitstärkste Partei. Der bisherige Bürgermeister Koch wurde zum ersten stellvertretenden Bürgermeister gewählt.

Auch im Landkreis Osterode war dieser Trend zu spüren. Die SPD fiel auf 44,6 % der Stimmen und führte nur noch mit einem Zehntelprozentpunkt vor der CDU. Beide Parteien erhielten 19 Sitze.

OPPOSITION UND ERNEUTE REGIERUNGSÜBERNAHME (1982-1998)

1. DEUTSCHLAND

Bei der Bundestagswahl am 6. März 1983 fiel die SPD mit Hans-Jochen Vogel, dem ehemaligen Bundesjustizminister, als Kanzlerkandidaten auf 38,2 % der Stimmen. Die schwarz-gelbe Koalition unter Kohl blieb im Amt.

Bei der Bundestagswahl am 25. Januar 1987 errang die SPD mit Kanzlerkandidat Johannes Rau 37 % der Stimmen. Die CDU blieb stärkste Partei und konnte die Koalition mit der FDP fortsetzen.

Am 23. März 1987 trat Brandt vom Amt des SPD-Parteivorsitzenden zurück. Auf einem außerordentlichen Parteitag wurde er am 14. Juni 1987 zum Ehrenvorsitzenden der SPD auf Lebenszeit gewählt. Sein Nachfolger im Amt des Parteichefs wurde Hans-Jochen Vogel.

Am 7. Oktober 1989 gelang in Schwante bei Berlin die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP). Bereits kurz vor der Wiedervereinigung ging die SDP am 26. und 27. September 1990 in der SPD auf.

Die folgende Bundestagswahl am 2. Dezember 1990 stand ganz im Zeichen der Deutschen Einheit. Erstmals waren auch die Bürgerinnen und Bürger der DDR wahlberechtigt. Für die SPD trat der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine als Kanzlerkandidat an. Die SPD verlor an Stimmen und kam auf 33,5 %. Helmut Kohl blieb Kanzler einer schwarz-gelben Koalition.

Mit dem Kanzlerkandidaten Rudolf Scharping konnte sich die SPD bei der Bundestagswahl am 16. Oktober 1994

auf 36,4 % verbessern. Trotz Verlusten gelang es der CDU unter Helmut Kohl jedoch knapp, die schwarz-gelbe Mehrheit zu behaupten.

In der Folge wurde jedoch deutlich, dass diese Koalition keine neuen Impulse mehr setzen konnte. Eine Wechselstimmung ergriff das Land, sodass im Jahr 1998 eine erneute Zäsur erfolgen sollte. Nachdem Lafontaine in einer Kampfkandidatur am 16. November 1996 Scharping als SPD-Chef ablöste, wurde der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder als Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl am 27. September 1998 bestimmt. Bei der Wahl gelang es der SPD, sich auf 40,9 % der Stimmen zu verbessern. Gemeinsam mit den Grünen konnte eine Koalition gebildet werden, sodass Schröder zum dritten SPD-Kanzler der Nachkriegszeit gewählt wurde.



SPD-Wahlplakat 1994.

*Stiftung Haus der Geschichte; EB-Nr.
1997/12/0217*

2. NIEDERSACHSEN

Zuvor konnte Schröder bereits in Niedersachsen eine langjährige CDU-Herrschaft beenden. Bei der Landtagswahl am 14. Juni 1986 bewarb sich der spätere Kanzler erstmals um das Amt des Ministerpräsidenten. Trotz einer Verbesserung des SPD-Ergebnisses um 5,6 Prozentpunkte auf 42,1 % gelang es CDU-Ministerpräsident Albrecht, gemeinsam mit der FDP die Regierungsgeschäfte fortzuführen.

Im Jahr 1990 gewann die SPD mit 44,2 % die Landtagswahl und konnte gemeinsam mit den Grünen die Landesregierung übernehmen. Gerhard Schröder wurde am 21. Juni 1990 zum Ministerpräsidenten gewählt.

3. OSTERODE

Bei der Kommunalwahl am 5. Oktober 1986 eroberte die SPD auf Ebene des Landkreises Osterode mit 48,3 % und 22 von 43 Sitzen die absolute Mehrheit der

Vier Jahre später erreichte die SPD am 13. März 1994 mit einem Ergebnis von 44,3 % die absolute Mehrheit der Landtagsmandate und konnte eine Alleinregierung in Niedersachsen bilden.

Bei der Landtagswahl am 1. März 1998 gelang es der SPD nicht nur, diese absolute Mehrheit zu verteidigen. Sie wurde mit einem Stimmenanteil von 47,9 % und 83 von 157 Sitzen sogar ausgebaut. Mit dem Wahlsieg im Rücken wurde Gerhard Schröder noch am selben Abend von SPD-Bundesgeschäftsführer Franz Münterfering zum Kanzlerkandidaten ausgerufen, was Parteichef Lafontaine wenig später bestätigte.

Stimmen zurück. In der Stadt Osterode wurde die SPD mit 45 % zwar wieder stärkste Partei, konnte aber auf Grund

der Mehrheitsverhältnisse nicht den Bürgermeister stellen.

Dies gelang erst wieder mit der Wahl am 6. Oktober 1991, bei der die SPD 45,5 % der Stimmen und 17 Mandate errang. Durch Zusammenarbeit mit der FDP wurde Wolfgang Dervedde zum Bürgermeister gewählt. Bei der gleichzeitig stattfindenden Kreistagswahl verlor die SPD mit 48,4 % der Stimmen die

absolute Mehrheit jedoch knapp, da nur 21 der 43 Sitze im Kreistag gewonnen werden konnten. Fünf Jahre später wurden diese Mehrheitsverhältnisse am 15. September 1996 jedoch wieder korrigiert, da die SPD mit 50,2 % der Stimmen die absolute Mehrheit im Kreistag zurückgewann. Bei den Stadtratswahlen in Osterode ergaben sich keine wesentlichen Änderungen. Bürgermeister Dervedde wurde wiedergewählt.

DIE SPD STELLT DIE WEICHEN FÜR DIE ZUKUNFT (1998-2018)

1. DEUTSCHLAND

Das zentrale Thema der Regierung Schröder war aufgrund der hohen Arbeitslosenzahlen die Arbeits- und Wirtschaftspolitik. Wichtige, zum Teil auch schmerzhaft Reformen wurden auf den Weg gebracht, um die schwierige Situation auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern und dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Auch außenpolitisch war die rot-grüne Bundesregierung schnell gefordert. Als Reaktion auf serbische Menschenrechtsverletzungen im Kosovo stellte sich die Bundesrepublik ihrer internationalen Verantwortung. Auslandseinsätze der Bundeswehr sind seitdem möglich.

Nach dem Rücktritt Lafontaines übernahm Schröder auch den Vorsitz der SPD. Besondere Verdienste erwarb sich der



Wahlplakat Gerhard Schröder 2002

Kanzler durch die Ablehnung einer deutschen Beteiligung am Krieg gegen den Irak in Folge der Terrorangriffe vom 11. September 2001. Schröder gelang im Jahr 2002 die erfolgreiche Wiederwahl gegen den CSU-Kanzlerkandidaten Edmund

Stoiber. Mit jeweils 38,8 % lagen SPD und Union gleich auf. Starke Grüne sicherten die Fortführung der rot-grünen Koalition.

Die Koalition intensivierte die wirtschaftspolitischen Reformen mit der Agenda 2010. Die Folge waren Niederlagen bei mehreren Landtagswahlen. Daraufhin entschied sich Schröder, den Parteivorsitz an Franz Müntefering abzugeben und im Jahr 2005 vorgezogene Neuwahlen herbeizuführen. Bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 lag die SPD nach einer beispiellosen Aufholjagd am Ende mit 34,2 % nur einen Prozentpunkt hinter der Union. Die rot-grüne Koalition wurde abgewählt. Die SPD musste in eine große Koalition unter der Führung von CDU-Kandidatin Angela Merkel eintreten. Daraufhin übernahm Matthias Platzeck den SPD-Vorsitz, gab das Amt aber bereits ein Jahr später an Kurt Beck ab, der wiederum zwei Jahre später von Franz Müntefering abgelöst wurde.

In der großen Koalition hatte die SPD entscheidenden Anteil an der erfolgreichen Bewältigung der Euro- und Finanzkrise. Trotzdem begann nun eine Zeit, in der die SPD zunehmend schwächere Wahlergebnisse auf Bundesebene bei gleichzeitig starken Ergebnissen in den Ländern erzielte. Bei der Bundestagswahl 2009 stürzte die Partei mit Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier auf 23 % der Stimmen ab und wurde von der FDP als Koalitionspartner der Union abgelöst. Sigmar Gabriel wurde daraufhin zum neuen Parteivorsitzenden der SPD gewählt. Mit Peer Steinbrück gelang es der SPD am 22. September 2013 immerhin, einen Stimmenzuwachs auf 25,7 % zu erreichen. Erneut fand man sich jedoch in einer großen Koalition wieder. Es gelang Sigmar Gabriel, einen Koalitionsvertrag auszuhandeln, der stark sozialdemokratisch geprägt war. So wurde beispielsweise ein allgemeiner Mindestlohn beschlossen.

Doch die inhaltlichen Erfolge sorgten nicht dafür, dass die SPD stärker wurde. Mit Kanzlerkandidat Martin Schulz erlangten die Sozialdemokraten bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 lediglich 20,5 % der Stimmen. Nachdem der Versuch von Union, Grünen und FDP zur Bildung einer Koalition gescheitert war, fand in der SPD eine intensive Debatte darüber statt, ob eine weitere

2. NIEDERSACHSEN

Das Jahr 1998 war für die niedersächsische SPD von großer Bedeutung. Bei den Wahlen zum Niedersächsischen Landtag errang die SPD mit 47,9 % der Stimmen die absolute Mehrheit der Sitze. Den 83 Abgeordneten der Sozialdemokraten standen 62 der CDU und zwölf der Grünen gegenüber. Der Abgeordnete des Wahlkreises Osterode, Dr. Wolfgang Domröse, schaffte die Wiederwahl als Direktkandidat in den Landtag.

große Koalition eingegangen werden soll. Nach einem Mitgliederentscheid stand fest, dass die SPD auch in den kommenden Jahren in der Regierung vertreten sein wird. Mit Andrea Nahles wurde erstmals eine Frau in das Amt der Parteivorsitzenden gewählt.

Im Jahr 2003 musste die niedersächsische SPD eine Niederlage hinnehmen und den Weg in die Opposition antreten. Mit einem Stimmenverlust von 14,5 Prozentpunkten votierten nur noch 33,4 % der niedersächsischen Wählerinnen und Wähler für die SPD. Für die Osteroder Partei wog es besonders schwer, dass sie auch das Direktmandat des Wahlkreises Osterode an die CDU verlor. In Hannover regierte fortan ein Bündnis aus CDU und FDP, das auch bei den Wahlen 2008 bestätigt wurde. Allerdings gelang es der Osteroder SPD – aus

ihrer Oppositionsrolle heraus – das Direktmandat zurückzugewinnen. Karl Heinz Hausmann wurde direkt gewählter Abgeordneter in Hannover und vertritt seitdem die Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner des Wahlkreises Osterode.



Karl Heinz Hausmann

Denkwürdig waren die Wahlen zum 17. Landtag, die am 20. Januar 2013 stattfanden. Diese Wahl gehört wohl zu den spannendsten Wahlen der jüngeren Geschichte und das Ergebnis war äußerst knapp. Die SPD konnte zwar Stimmengewinne verbuchen, wurde mit 32,6 % allerdings nur zweitstärkste Kraft hinter

der CDU, die 36 % erreichte, aber deutliche Stimmenverluste hinnehmen musste. Die Grünen legten stark zu und bekamen 13,7 %. Die FDP verbesserte sich leicht auf 9,9 %, während die Linken aus dem Landtag herausgewählt wurden. Es standen sich also zwei fast gleich starke Lager gegenüber. SPD und Grüne erhielten allerdings landesweit 12.372 Stimmen mehr als CDU und FDP. Die schwarz-gelbe Koalition war abgewählt, und Stephan Weil wurde mit einer Einstimmen-Mehrheit zum neuen Ministerpräsidenten Niedersachsens gewählt. Seine Landesregierung schaffte u.a. die Studiengebühren ab und löste damit eines der großen Wahlversprechen ein. Im Wahlkreis Osterode gewann wiederum Karl-Heinz Hausmann das Direktmandat und setzte seine erfolgreiche Arbeit als Landtagsabgeordneter für Stadt und Region fort.

Die rot-grüne Landesregierung legte mit dem Südniedersachsenprogramm einen besonderen Förderschwerpunkt fest: Gelder in beträchtlicher Höhe

fließen seitdem in unsere Region. Bad Grund erhielt eine Entschuldungshilfe, Walkenried und Bad Sachsa bekamen vom Land Strukturhilfen in Millionenhöhe.

Auch die Stadt Osterode am Harz hat in hohem Maße von der neuen Förderpolitik profitiert, die die Landesregierung seit 2013 initiiert hat. Auf diese Weise konnte Osterode Baumaßnahmen wie die Sösebrücke im Gipsmühlenweg realisieren und die Sanierung der Schachtruppvilla in Angriff nehmen.

Auch im Jahr 2017 wurde Hausmann wieder für den Wahlkreis Osterode in den Landtag gewählt. Im Land hatten die Demoskopen Stephan Weil und der niedersächsischen SPD allerdings eine deutliche Niederlage vorausgesagt, doch es sollte völlig anders kommen. Offensichtlich waren die Wählerinnen und Wähler

zufrieden mit der Amtsführung ihres Ministerpräsidenten, denn die SPD wurde zur Überraschung vieler wieder zur stärksten politischen Kraft. Mit 36,9 % lag sie deutlich vor der CDU, die ein Ergebnis von nur 33,6 % erreichte. Allerdings führten die herben Verluste der Grünen dazu, dass die rot-grüne Koalition ihre Mehrheit verlor und nicht weiterregieren konnte. Unter Stephan Weils Führung



Wahlplakat Stephan Weil 2017

wurde eine große Koalition gebildet, die seitdem unser Land regiert.

3. OSTERODE

Auch nach 1998 blieb die SPD stärkste Kraft im Landkreis Osterode. Bei den Kommunalwahlen am 9. September 2001 erreichten die Sozialdemokraten 49,1 % der Stimmen und konnten gemeinsam mit ihrem Landrat Bernhard Reuter die Mehrheit im Kreistag sichern. Die Ergebnisse aus den Jahren 2006 und 2011 zwangen die SPD zur Zusammenarbeit mit den Grünen.

Ein Schwerpunkt der Arbeit unseres Landtagsabgeordneten Karl Heinz Hausmann war die viel diskutierte Fusion der Landkreise Osterode und Göttingen. Die SPD hat sich die Entscheidung nicht leicht gemacht. Und zur Wahrheit gehört, dass nachhaltige Politik immer auf die finanziellen Rahmenbedingungen zu achten hat. Wenn in öffentlichen Haushalten kein Geld vorhanden ist, verliert die Politik wichtige Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume, denn sie verwaltet dann nur noch den Mangel. Aus dieser Einsicht heraus hat die

Sozialdemokratie im Altkreis Osterode für ein Zusammengehen mit dem Altkreis Göttingen votiert. Denn erst durch die Entschuldungshilfen, die die beiden Altkreise vom Land erhalten haben, war es möglich, den neuen Landkreis Göttingen dauerhaft auf solide finanzielle Füße zu stellen. Als Entschuldungshilfen zahlte das Land Summen von 44 Millionen Euro für den Altkreis Osterode und 36 Millionen für den Altkreis Göttingen.

Ebenso wurde bei den Fusionsverhandlungen Wichtiges und Dauerhaftes für Osterode als nunmehr zweitgrößte Stadt des neuen Landkreises erreicht. Nach wie vor bleibt die Kreisverwaltung in Osterode präsent: Die Stadt bleibt ein Verwaltungssitz. Auch das Jobcenter bleibt vor Ort und wird gestärkt. Im Übrigen sei darauf hingewiesen, dass die Stadt Osterode durch die Fusion in jedem Jahr ca. 1,5 Millionen Euro an Kreisumlage spart. Das ist Geld, das

konkret an anderer, wichtiger Stelle eingesetzt werden kann.

In der Stadt Osterode konnte die SPD bei den Wahlen 2001, 2006 und 2011 jeweils die Mehrheit an Mandaten im Rat erringen. Eine Zäsur erfolgte im Jahr 2004. Mit dem Ende der Zweigleisigkeit aus Stadtdirektor und ehrenamtlichem Bürgermeister wurde erstmals ein hauptamtlicher Bürgermeister als Verwaltungschef und oberster Repräsentant Osterodes gewählt. Die SPD unterstützte Klaus Becker, der dieses Amt am 1. Juni 2004 antrat und seitdem gemeinsam mit der SPD die Geschicke der Stadt bestimmt. Im Jahr 2011 wurde Becker mit über 62 % der Stimmen wiedergewählt.

Unter Bürgermeister Becker konnten die Schulden der Stadt von 44 Mio. Euro auf etwa 26 Mio. Euro gesenkt werden. Gleichzeitig wurden viele Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt und kulturelle sowie internationale Kooperationen gestärkt.

Seit der Kommunalwahl 2016, bei der die SPD mit 47 % der Stimmen 16 der 34 Ratssitze erlangte, findet auch in der Stadt Osterode eine Zusammenarbeit mit den Grünen statt. Ziel ist es, die neuen Herausforderungen für unsere Stadt zu meistern, Osterode weiterhin fit für die Zukunft zu machen und die große Lebensqualität unserer Heimat zu sichern.

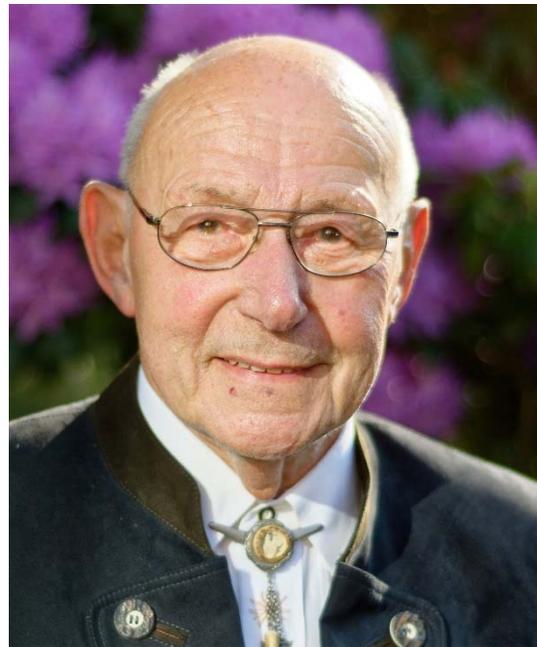
Christian Dolle

„ES WAREN IMMER PERSONEN, DIE INSBESONDERE DIE KOMMUNALPOLITIK, ABER AUCH DIE GROßE POLITIK FÜR MICH GEPRÄGT HABEN“

Interview mit Wolfgang Dervedde

**150 Jahre SPD – Wie lange sind Sie
dabei?**

Ich bin auf die SPD aufmerksam geworden, nachdem ich bei Piller in Osterode 1952 eine Lehre als Maschinenschlosser begonnen hatte. Dort waren damals schon viele Kollegen beschäftigt, die ehrenamtlich in ihren Gemeinden in Räten engagiert waren und natürlich auch darüber sprachen. Da wurde ich neugierig und hörte genau hin.



*Wolfgang Dervedde
Träger des Bundesverdienstkreuzes (1996) und
Ehrenbürgermeister der Stadt Osterode am Harz
(2008).*

Foto: Jörg Hüddersen

Also durch die Beobachtung, dass andere politisch aktiv sind, möchte man wissen, was es damit auf sich hat?

Genau. Dazu kam, dass ich sehr schnell Kontakt über mein Engagement in den Gewerkschaften zur SPD bekam – seit 1953 – und dann hatte ich damals sehr schnell Kontakt zu Gewerkschaftlern vor Ort wie Franz Hagenbuch, damaliges Ratsmitglied, und Kreisvorsitzender des DGB, Werner Glombowski von der IG Metall, sowie Herbert Sühlig. Dies waren die Ersten, zu denen ich Kontakt hatte und die mich aufgrund ihrer Lebensleistung, zum Teil ihren Erfahrungen, die sie während KZ-Aufenthalten machten, beeindruckt haben.

Wie ging es dann weiter?

Ich habe dann über verschiedene jüngere Mitglieder der SPD in Osterode Kontakt zu jenen bekommen, mit denen ich dann ab 1955 sämtliche Wahlkämpfe aktiv mitgemacht habe. Das waren insbesondere Heinz Hartmann, Hans Rehfus und Heinz Rühmann.

Es ging also vor allem über persönliche Kontakte?

Genau. Dadurch gewann ich sehr schnell die Überzeugung, dass es durch die SPD für die Gewerkschaften sehr viel einfacher war, Politik im Sinne der Arbeitnehmerschaft mitzugestalten. 1958 bin ich daher dann in die SPD eingetreten.

Warum die SPD und nicht eine andere Partei?

Ganz eindeutig waren es die handelnden Personen in der Politik. Ich hatte in der Zwischenzeit erkannt, dass es sehr große Unterschiede gab, wie Arbeitnehmerinteressen in der Politik vertreten werden. Wenn ich als Arbeitnehmer etwas erreichen wollte, musste es diese Partei sein.

Ohne zu viel vorzugreifen: Wäre die Entscheidung heute noch die gleiche?

Ja! Daran würde sich nichts ändern. Die Gründe dafür wurden mir später geliefert. Ich habe hier in Osterode

diverse Landtags- bzw. Bundestags-abgeordnete wie Karl Armbrrecht, Heinz Radloff, Wolfgang Domröse oder Karl Heinz Hausmann oder die Bundestags-abgeordneten Kurt Schröder, Dr. Martin Schmidt, Edith Niehuis oder Dr. Wilhelm Priesmeier erlebt. Sie alle haben mich durch ihr Engagement beeindruckt.

War es damals auch schon schwer, genügend Kandidaten für die Ratsarbeit zu finden?

Nein. Anfang 1961 sprach mich Kurt Schröder an, ob ich für den Rat kandidieren möchte. Es war eine komplett andere Situation als heute. Es waren deutlich mehr ältere Ratsmitglieder dabei als heute. Diese waren immer daran interessiert, jüngere Mitglieder nachzuziehen. Sie waren für uns Jüngere Vorbilder. 1964 kamen diese Persönlichkeiten dann auch wieder in den Rat, und ich erfuhr sehr spät, dass ich über meinen achten Listenplatz doch noch in den Rat kam.

Also haben Sie gar nicht damit gerechnet?

Nein, wir als SPD in Osterode waren froh, dass wir die sieben Sitze hatten, und ich hatte auch nicht damit gerechnet, dass es für mich gleich beim ersten Mal klappt. Aber ich war dann der Jüngste, und es hat mir sehr viel Spaß gemacht, auch weil ich als Sportler sofort in den Sportausschuss und dort zum Ausschussvorsitzenden gewählt wurde.

Man wurde also als Jüngerer durchaus ernst genommen?

Ernst genommen und gleich reingeschmissen in die Arbeit. Die Älteren sagten gleich: Sport ist was für jüngere Leute. Den Sportausschuss hatte bis dahin immer Dr. Dr. Krome beherrscht. Dies war für ihn ein herber Rückschlag. Er musste sich einem jungen Mann unterordnen, der von Ratsarbeit überhaupt aus seiner Sicht keine Ahnung hatte. Das hat ihm überhaupt nicht gefallen, aber später haben wir uns prächtig verstanden.

Mut und Selbstbewusstsein gehörte also dazu, vielleicht auch ein Stück weit Frechheit?

Mut und Selbstbewusstsein auf jeden Fall, Frechheit würde ich nicht sagen. Wir wollten im Rat einfach vieles anders machen, und es war eine Aufbruchstimmung in der Politik zu spüren.

Was waren dann die ersten großen Themen?

Das erste große Thema war die Schnellstraße. Also die Festlegung der Trasse für die Umgehungsstraße. In den Diskussionen ging es um die Frage, ob diese weit um Osterode herum oder ziemlich nahe an der Stadt liegen sollte. Schließlich entschied sich der Rat mit großer Mehrheit für die Trasse, die dann auch gebaut wurde, und ich glaube, wir können darüber heute noch froh sein, dass so entschieden wurde.

In solche Projekte muss man sich doch extrem einarbeiten, oder nicht?

Ja, innerhalb eines Vierteljahres, das war eine wahnsinnige Arbeit. Und natürlich ging es für viele nur um die eigenen Interessen, wobei ich damals noch so kindlich war zu glauben, dass das keine Rolle spiele. Doch ich merkte schnell, es ging vielen nur darum, wie gut sie ihre Grundstücke verkaufen können.

Würde man heute politisch noch genauso entscheiden wie damals?

Ich glaube, heute wäre es schwieriger, die Straße an dieser Stelle zu bauen. Zur damaligen Zeit waren Umwelt- und Lärmschutzbestimmungen bei weitem nicht so streng, und die städtische Bebauung war in weiten Teilen nicht so dicht an die Straße herangewachsen.

Was waren die weiteren großen Themen?

Der zweite Punkt trat ab 1965 immer mehr in den Vordergrund – wir hatten nur ein Freibad, das aber im Prinzip ein begrenztes Wasserloch war. Für Sportler war es völlig ungeeignet, doch der Rat hatte Angst vor den Investitionen. Dabei waren das damals ganz andere Hausnummern als heute. Es bildete sich ein Förderverein Hallenbad, der dann Druck machte, und wir konnten den Rat schließlich zu der Entscheidung drängen, ein Hallenbad zu bauen. Unmittelbar nach den Wahlen 1968 gab es dann den ersten Spatenstich. Den führte zum Glück dann unser neu gewählter Bürgermeister Hans Rehfus aus. Nach den Wahlen 1968 gab es eine Koalition aus SPD und FDP.

Weitere große Themen waren in diesen Jahren die Bereitstellung von Industrie- und Gewerbeflächen, die Gemeindezusammenschlüsse und immer wieder die Ausgestaltung der

Partnerschaft zu Armentières, die bereits seit 1963 bestand.

Also waren es im Grunde viele Entscheidungen, die sich bis heute auswirken?

Im Prinzip beschäftigen sie uns immer wieder, nur auf eine andere Art. Die Entscheidung, gemeinsam als eine Stadt diesen Weg zu gehen, war damals absolut richtig. 1972 und 1976 gab es die Gemeindezusammenschlüsse. Besonders froh bin ich noch heute über die Einrichtung der Ortsräte. Durch diese ist es bis heute möglich, die Menschen in den Ortschaften mitzunehmen. Nach meinem Dafürhalten dürften sie durchaus sogar etwas größere Gestaltungsspielräume haben.

Wie steht es um die Zusammenarbeit im Rat?

Für den Rat war es besonders wichtig, bei allen unterschiedlichen Meinungen immer wieder sinnvolle Lösungen in strittigen Fragen zu finden. Etwa um

1975 gab es eine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, z.B. in den Bereichen Bauhof, Abwasserbeseitigung oder Friedhöfe. Die Fraktionen standen sich unversöhnlich gegenüber. Letztlich entschied sich der Rat mit großer Mehrheit dahingehend, dass für alle über Gebühren abzurechnenden Bereiche eine jährliche Betriebskostenabrechnung vorzulegen sei. Damals war dies Neuland. Heute ist es allgemeines Recht.

Was hat sich denn in all den Jahren in der Ratsarbeit für die Mitglieder verändert?

Grundlegend anders für die einzelnen Mitglieder ist die Art, wie der Haushalt aufgestellt wird und sich gedruckt darstellt. Im Gegensatz zu früher erscheint mir der Haushalt heute für Ratsmitglieder weniger nachvollziehbar. Heute ist alles in vielen Bereichen sehr viel schwerer zu durchschauen und nachzuvollziehen. Das macht die Ratsarbeit nicht einfacher. Wir hatten damals viel mehr Gestaltungsspielräume. Sicherlich

auch, weil es auch weniger Bestimmungen zu beachten gab. Daher ist man heute beispielsweise beim Thema Schwimmbadbau viel abhängiger von Planern sowie technischen und gesundheitsrechtlichen Bestimmungen als beim Bau des ersten Hallenbades.

Spielte Bundespolitik eine Rolle?

Immer! Die größte Zerreißprobe für die SPD war es damals, als 1966 die große Koalition in Bonn beschlossen wurde. Aus ihr entwickelte sich aber auch die Zeit, in der die SPD um Willy Brandt, Herbert Wehner und Helmut Schmidt den größten gestalterischen Einfluss auf die deutsche wie europäische Geschichte nahm. Willy Brandt besuchte im Herbst 1969 als Außenminister und Vizekanzler auch Osterode.

Also ähnlich wie jetzt?

Das war damals noch viel konträrer. Damals wurde nicht erst lange debattiert, es gab keine Mitgliederabstimmung oder Ähnliches. Die Entscheidungen

hatten damals die Erfahrenen getroffen, und zwar diejenigen, die die Zwanziger Jahre miterlebt hatten und erlebt hatten, wie eine SPD sich selbst zerlegt, sich selbst schadet und der Demokratie noch dazu.

Müssen wir heute aufpassen, dass sich da Geschichte nicht wiederholt?

Da muss man höllisch aufpassen, dass es sich nicht wiederholt. Auch durch die Spaltung der Sozialdemokratie war es später leicht, das entstehen zu lassen, was 1933 zur Diktatur mit all ihren Folgen führte.

Also ist die aktuelle große Koalition für die SPD kein Fehler?

Nein. Ich halte sie für den Weg der politischen Vernunft. Man darf Wähler nicht so lange zur Wahl auffordern, bis das Ergebnis herauskommt, das man sich wünscht. Abgeordnete müssen aus der Verantwortung heraus, die die Wähler

ihnen übertragen, und auch aus der Zusammensetzung heraus dieser Verantwortung gerecht werden.

Der eigene Schaden muss also eventuell in Kauf genommen werden?

Der eigene Schaden muss im Interesse der Demokratie in Kauf genommen werden. Mir sagte schon damals noch in der Berufsschule ein Lehrer: „Ihr könnt nie das Ideal wählen, es gibt nur das kleinere Übel. Es gibt keine Partei, die eurem Wollen zu 100 % entspricht.“ Dieses Wort hat mich immer begleitet.

Also ist die SPD für Sie das kleinere Übel?

(lacht) Nein, nein, die SPD ist immer meine Überzeugung gewesen. Dass ich nicht immer mit allem einverstanden war, ist klar. Aber bei allen Abwägungsprozessen bin ich noch zu keinem anderen Ergebnis gekommen.

Wie lange braucht denn die Bundes-SPD, um aus dem momentanen Tief herauszukommen?

Ich bin davon überzeugt, dass sie aus dem Tief rauskommt, aber sie muss im sozialen Bereich engagierter ihre Dinge vorantreiben als bisher und dies auch deutlich machen. Natürlich immer vor dem Hintergrund der Gesamtverantwortung in der Regierung. Ich persönlich meine, man sollte sich mehr darauf konzentrieren, Hartz IV in die Gegenwart zu entwickeln und nicht immer nach Schuldigen zu suchen. Wichtig wäre es vor allem, die Arbeitsverhältnisse so zu regeln, dass es unmöglich ist, gesetzliche Bestimmungen und tarifliche Vereinbarungen mit Tricks auszuhebeln.

Welche Weichen muss die Kommunalpolitik denn heute stellen, um Osterode in eine Zukunft zu führen, die positiv für die Stadt ist?

Ich glaube, die Weichen sind gestellt. Wir müssen es nur umsetzen können und wollen. Dazu gehört, dass wir die Einrichtungen, die wir haben, zeitgemäß gestalten. Also das Schwimmbad, die Stadthalle und Projekte wie TRAFO¹⁰ in der Bücherei. Das große Hindernis ist nicht die Innenstadtgestaltung an sich, sondern die Kleinteiligkeit in der Innenstadt, die wir nicht aufheben können. Der Innenstadtbereich leidet u.a. darunter, dass die Geschäftsflächen häufig zu klein sind, um wirtschaftlich genutzt werden zu können. Aber auch die unterschiedlichen Ansprüche an die Nutzung der Innenstadt müssen bedacht werden. Eine „Flaniermeile“ allein kann es nicht sein.

Wir müssen unsere Einflussmöglichkeiten immer wieder nutzen, um unsere

¹⁰ Transformationsprojekt, das die Stadtbibliothek weiterentwickeln will

Stadt als einen wichtigen Industrie-, Gewerbe- und Handelsstandort, aber auch als Standort für Bildungseinrichtungen jeder Art zu sichern.

Sträflich vernachlässigt haben wir nun Ihre Zeit als Bürgermeister...

Ich bin erstmals 1991 als Bürgermeister gewählt worden und bin es bis zum Ausscheiden des Stadtdirektors Enno Mönnich 2004 immer geblieben. Danach endete die Zweigleisigkeit, und Klaus Becker trat als direkt gewählter Bürgermeister sein Amt an. Hinsichtlich der Einschätzung der Eingleisigkeit gab es durchaus unterschiedliche Meinungen zwischen dem Stadtdirektor und mir. Ich war für die Beibehaltung der Zweigleisigkeit, er war anderer Meinung. Der Grund war, dass er wohl im Kollegenkreis zu oft erlebt hatte, welche Probleme es gab, wenn ehrenamtliche Bürgermeister meinten, sie müssten in die Verwaltung hineinregieren. Ich war der Bürgermeister, der Repräsentant der Stadt, habe allen stets zugehört, habe Argumente

und Meinungen abgewogen und war immer um einen Ausgleich bemüht. Meist hatte ich Erfolg.

Bestand der Konflikt auch mit Ihnen?

Nein, ich war wie auch schon mein Vorgänger Siegfried Wendlandt immer der Meinung, ein Bürgermeister hat in der Verwaltung nichts zu suchen. Darum konnten wir auch gut mit Enno Mönnich zusammenarbeiten. Ich würde daher die Doppelgleisigkeit heute noch für besser halten, weil die Belastung für einen hauptamtlichen Bürgermeister und die Ansprüche an ihn viel zu groß sind und die Wahlzeit zu kurz ist. Eh der sich in die Verwaltung eingearbeitet hat, sind nämlich schon zwei Jahre rum. Daher wäre es meiner Meinung nach besser, wie bei uns früher vertrauensvoll mit einem Stadtdirektor zusammenzuarbeiten.

Also letztlich – und da kommen wir auf den Beginn des Gespräches zurück – sind es dann doch immer wieder einzelne Personen, die die politische Arbeit auf dieser Ebene ausmachen?

Ja, in Osterode waren es immer Personen und auch das Vertrauen untereinander, die die Kommunalpolitik für

mich geprägt haben. Es gab immer mal Meinungsverschiedenheiten, es gab immer mal unterschiedliche Ansätze, aber wenn man entschieden hatte, dann stand die Entscheidung und wurde auch vom Nächsten nicht wieder rückgängig gemacht. Das ist zum Glück bis heute so geblieben.

ANHANG

SPD-RATSMITGLIEDER 1945/1946

In der von der Militärregierung am 31. Oktober 1945 ernannten ersten Ratsversammlung nach Ende des 2. Weltkrieges waren folgende SPD-Mitglieder:

- Edith Bade
- Karl Gerlts
- Ernst Gräfe
- Herbert Hartmann
- Wilhelm Hohmann
- Gustl Köhler
- Georg Masendorf
- Willi Niemeyer
- Fritz Pinnecke
- Carl Rusteberg
- Herbert Sührig

Die ersten am 15. September 1946 frei gewählten Mitglieder des Rates, die der SPD angehörten waren:

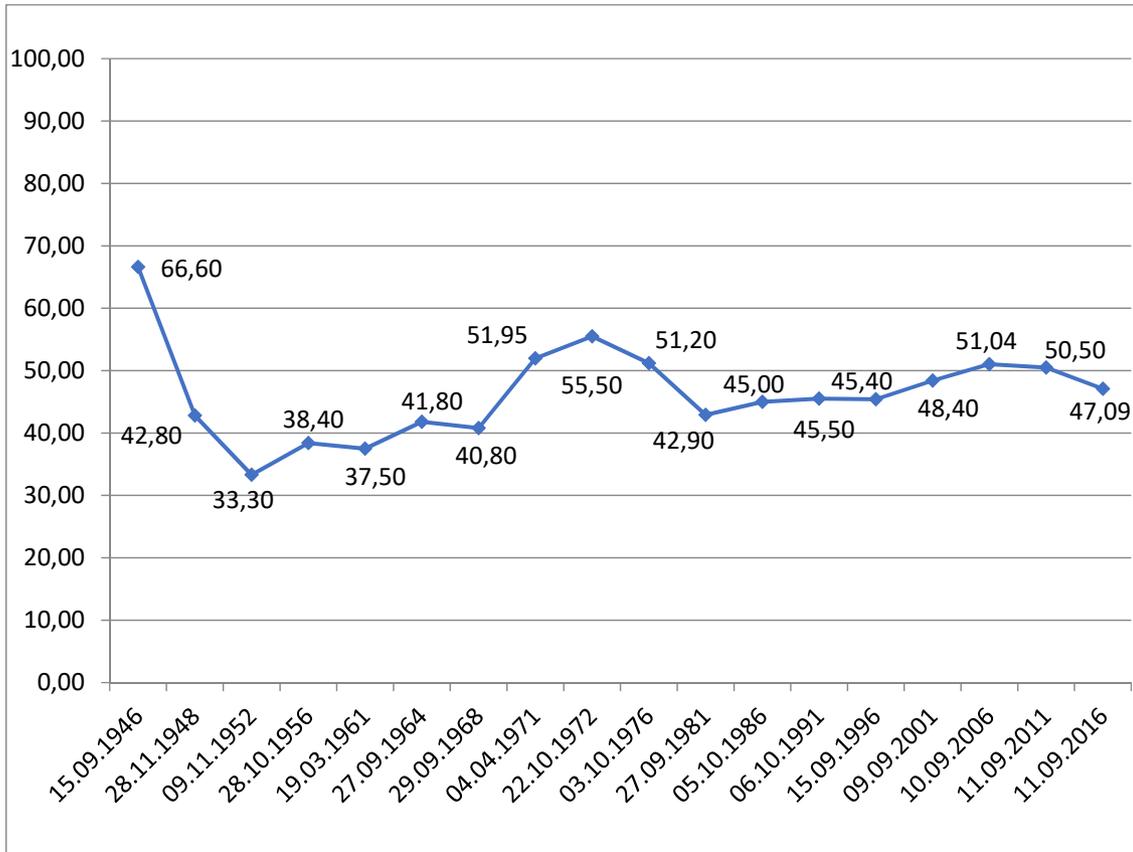
- Edith Bade
- Wilhelm Brandt
- Franz Hagenbuch
- Karl Gerlts
- Wilhelm Hohmann
- Georg Jaenichen
- Gustl Köhler
- Georg Masendorf
- Fritz Pinnecke
- Karl Ritzau
- Carl Rusteberg
- Herbert Sührig
- Mathias Schmid
- Wilhelm Vollbrecht

SPD-BÜRGERMEISTER IN OSTERODE AM HARZ NACH DEM 2. WELTKRIEG

SPD-Bürgermeister der Stadt Osterode am Harz während der Zweigleisigkeit von
Anfang 1946 bis zum 31. Mai 2004:

Carl Rusteberg	31.01.1946 bis 17.12.1948
	04.01.1951 bis 11.01.1952
Hans-Joachim Rehfus	17.10.1968 bis 30.09.1974
Karl Koch	15.10.1974 bis 31.10.1981
Wolfgang Dervedde	November 1991 bis 31.05.2004

WAHLERGEBNISSE DER SPD IN DER STADT OSTERODE AM HARZ



ORTSVEREINSVORSTAND 2018

Gewählt am 16. Februar 2018 für zwei Jahre:

Vorsitzender	Alexander Saade ¹³	
Stellv. Vorsitzende	Jens Augat ¹	Jörg Hüddersen ⁹
	Kathrin Schrader ¹⁷	
Kassierer	Uwe Schrader ¹²	
Schriftführer	Peter Ambrosius ¹⁵	
Medienbeauftragter	Sebastian Hahn	
Beisitzer	Christian-Magnus Dathe	Jonas Fröhlich ⁶
	René Hallbauer ¹⁰	Friederike Harms-Huchthausen ⁴
	Mike Jünemann ⁸	Sigrid Kesten ²
	Burkhard von Koppen	Axel Kruschwitz ⁷
	Wolfgang Leopold	Reiner Lotze ¹⁶
	Evelyn Müller ¹¹	Matthias Riehn ⁵
	Maren Saade ¹⁴	Peter Wendlandt ³



vgl. Foto S. 1

Montag, den 23. März 1868,
von Morgens 10 Uhr an,
in der Wohnung des Eigentümers (Johannis-Vorstadt) verkauft werden, wozu sich Kauf-
lustige einfinden wollen.

Osterode, 16. März 1868.

Bühre, Gerichtsvoigt.

Verkaufs-Anzeige.

Erbbteilungs halber soll der den Erben des
weil. Steuerdieners a. D. Zinnenhausen hie-
selbst gebürtig, beim Kupferhammer belgense,
mit Grüns- und Salzfässer's Gärten benach-
barte Grabgarten von pptr. 56 Ab. Größe
öffentlich meistbietend verkauft werden.

Ich habe zu diesem Zwecke folgende Ter-
mine angelegt:

ersten Termin

Sonnabend, den 21. März c.,

zweiten Termin

Sonnabend, den 28. März c.,

dritten Termin

Sonnabend den 4. April c.,

Nachmittags 6 Uhr,

im Köhler'schen Gasthause „zur Schweiz“
hieselbst, wozu Kauflustige hiezu eingeladen
werden.

Osterode, am 20. März 1868.

Bühre, Gerichtsvoigt.

Verkaufs-Anzeige.

Am

Montag, den 30. März d. J.,
sollen in der Wohnung des weil. Deconomen
Georg Bollmer hieselbst (Rathswagsstraße)
verschiedene Gegenstände, als:

Wagen, Ketten, Pferdgeschirre und son-
stige Ackergeräthschaften, Mobilien und
Haushaltungsgegenstände, darunter Sopha's, Tische,
Stühle, Schränke, Bettstellen; ferner
auch eine Quantität Dielen und Kuchholz
öffentlich meistbietend gegen **Barzahlung**
von Morgens 10 Uhr an
verkauft werden, wozu ich Kauflustige hie-
durch einlade.

Osterode, den 20. März 1868.

Bühre, Gerichtsvoigt.

Bekanntmachung.

Zum öffentlich meistbietenden Verkauf der
sämtlichen den Erben des weil. Eszibrowers
L. Bollmer alhier zugehörigen, in **Nr. 17,**
18 und 19 dieses Blattes näher beschriebenen
Grundstücke zc. steht

dritter und letzter Termin auf

Sonnabend, den 21. März c.,

Nachmittags 6 Uhr,

im Köhler'schen Gasthause „zur Schweiz“
hieselbst an, wozu Kauflustige sich einfinden
wollen.

Osterode, 17. März 1868.

W. Bähr, Auctionator.

Haus- und Garten-Verkauf.

Zu Auftrage des Herrn Particulier J.
Winter hieselbst soll das demselben zugehö-
rige, an der großen Bleichwelle alhier bele-
gene Wohnhaus mit dazu gehörigem 1 Morgen
großen Grab- und Baum-Garten öffentlich
meistbietend verkauft werden.

Zu diesem Zwecke steht dritter Termin auf
Sonnabend, den 21. März c.,

Nachmittags 6 Uhr,

im Köhler'schen Gasthause „zur Schweiz“
hieselbst an, wozu Kauflustige sich einfinden
wollen.

Osterode, den 17. März 1868.

W. Bähr, v. Auctionator.

Auction's-Anzeige.

Für Rechnung des Schmiedemeisters Andr.
Schaper hieselbst sollen

Montag, den 23. März c.,

Morgens 10 Uhr,

Eisen, Stahl, Koffer, 1 Kleiderschrank,
1 Zeugrolle, 1 großes Büfelfaß, 1 Fut-
terlade, 1 Seil, 1 Wagenwinde, so wie
verschiedene Schmiedegeräthschaften und
eine Quantität altes Eisen zc.

öffentlich meistbietend verkauft werden.
Kauflustige wollen sich zur angegebenen
Zeit im Schaper'schen Wohnhause bei der
Rathswaage einfinden.

Osterode, den 17. März 1868.

W. Bähr, Auctionator.

Zur Gründung eines

Arbeiter-Bildungs- u. Sparvereins

findet Sonntag Nachmittag 3 Uhr in der
Stadt-Waage eine Bepredung statt. Die-
jenigen, welche sich dafür interessieren, werden
ersucht, daselbst zu erscheinen.

**Wilhelm Himmler, Carl Sprenger,
Fris Müller, G. Müller, F. Sauer,
Carl Burgdorf, Ernst Heise, Wily. Hoppe,
August Fahlbusch.**

Die Hamburg=Bremer Feuer=Ver-
sicherungs-Gesellschaft sucht für hie-
sigen Platz und Bezirk einen thätigen Agenten
unter günstigen Bedingungen.

Franco-Offerten sind an Herrn Ad. Gal-
berstadt in Hannover zu richten.

C. Nöhden aus Göttingen

empfiehlt zum bevorstehenden Fabermarkt ein
großes Lager Herren- und Knabenmägen und
Hüte in Buckton, Seide, Tuch zc. zc. in den
neuesten Façons zu sehr billigen Preisen.
Stand kenntlich an der Firma.

Franz Käschagen aus Duderstadt,

welche sich schon seit **25 Jahren** einer all-
gemeinen Beliebtheit und bedeutenden Kund-
schaft hieselbst erfreut, empfiehlt dem geehrten
Publikum Osterodes und Umgegend zu dem
am 23. März d. J. bevorstehenden Jahrmarkt
ihre **Schuhwaaren** für Damen in allen Sor-
timenten, und bittet unter Zusicherung rechtlicher
Bedienung und möglichst billiger Preise um
zahlreichen Besuch und gefällige Abnahme.
Stand kenntlich an der Firma.

Franz Käschagen.

Wegen mehrfach vorgekommenen Miß-
brauchs meiner Firma erlaube ich meine ge-
ehrte Kundschaft, gefälligst auf die in **jedem**
Paar Schuhe befindliche Firma „**Franz Kä-
schagen aus Duderstadt**“ zu achten.

D. D.

Vorbereitung zur Gründung eines Arbeiter-Bildungs- und Sparvereins im
Allgemeinen Anzeiger vom 21. März 1868 (oben rechts)

Allgemeiner Anzeiger.

Dieses Blatt erscheint Mittwochs u. Sonnabends. Vierteljährlicher Abonnementspreis 1, allen Königl.

Grubenhagen'sche Zeitung.

lichen Postbureau 111 Egr. Anfertigung für die gesetzliche Preie oder deren Raum 1 Egr.

Expedition in Osterode: Lange Krumme-Bruch N. 3.

(Osteroder Wochenblatt, 48. Jahrgang.)

Expedition in Clausthal: Großeische Buchhandlung.

Allgemeiner Anzeiger.

Osterode, den 30. März 1868.

Gefundene Sachen.

Es sind daher 2 Regenpirmen als gefunden abgegeben.

Der Magistrat.

Brehl.

Schindler.

Verkaufs-Anzeige.

In Sachen, den Concurs der Gläubiger des Gastwirths August Scheller zum Nothenhause vor Osterode betreffend, ist auf den Antrag des zu diesem Concurs bestellten interimistischen Curators, Advocaten Heiliger hieselbst, zum öffentlichen meistbietenden Verkaufe folgender, zur Concursmasse gehörenden Grundstücke, als:

- 1) eines Wohngebäudes, das Nothehaus genannt, etwa 1/2 Stunde von Osterode entfernt, mit dem daran erbauten Tanzsaale,
- 2) eines Gras-, Baum- und Grabgartens mit zwei Kegelbahnen und zwei dazu erbauten Häuschen, auch verschiedenen Anlagen, Lauben etc., pptr. 2 1/2 Morgen groß,
- 3) eines Tagewerks Wiesen, unterhalb des Nothenhauses gelegen, benachbart mit Adam Ernst's Wiese und dem Wege, ein dritter Termin auf

Mittwoch, den 22. April d. J.,
Nachmittags 11 Uhr

Forstinspektion Westerhof. Holzverkauf.

Am Montag, den 6. April 1868,

sollen im königlichen Forstreviere Westerhof, Wegang Nienstedt, Forstförter Buchenberg, Gr. Gehren, Hoppenskamp, Goldbache, Langenthal etc., an Windfallbölgern:

62 Stück Fichten-Walzen, 30er bis 60er,
153 Stück Fichten-Sparren, 24er bis 55er,
586 Stück Fichten-3- bis 63dilige Lattenstämme,

10 Stück Fichten-Nugholz-Abschnitte,
2 Stück Eichen-Nugholz = 25 Cubikfuß,
10 Schock Fichten-Lattenstämme, 23dilig,
32 Kloster Fichten-Brennholz

öffentlich gegen Meistgebot verkauft werden.
Versammlung der Käufer auf der Abtriebsfläche des Forstorts Kublen, 10 Uhr Morgens

Verkaufs-Anzeige.

Ertheilungshalber soll der den Erben des weil. Steuerdieners a. D. Timmenhausen hieselbst gehörige, beim Kupferhammer belegene, mit Ernst's und Schloffer's Gärten benachbarte Grabgarten von pptr. 56 Mtb. Größe öffentlich meistbietend verkauft werden.

Ich habe zu diesem Zwecke dritten Termin angeiezt:

Sonnabend den 4. April c.,

Nachmittags 6 Uhr,
im Köbler'schen Gasthause zur Schwelzhieselbst, wozu Kauflustige hienit eingeladen werden.

Osterode, am 20. März 1868.

Hütte angeiezt, wozu Kauflustige hienit eingeladen werden.

Osterode, am 3. April 1868.

Bühre, Gerichtsvoigt.

Zu sicheren Capital-Anlagen empfehle ich und habe Vorrath von folgenden Staats-Papieren:

Amerikaner, Schweden, Hannoveraner, Preußen, Braunschweiger, Oldenburger, 4 % Landes-Credit-Obligationen, auch sind die gängigsten Eisenbahn-Prioritäten, Bonds und Bank-Actien vorrätzig und zum coursmäßigen Preise stets zu haben bei

Ernst Carl Otte.

Sonntag, den 5. April, Nachmittags 3 Uhr, findet im Saale der Stadtwaage die

Generalversammlung des Arbeiter-Vereins

statt.
Tagesordnung: 1. Antrag der Commission auf Fehllung der Statuten.

2. Wahl des Vorstandes und des Lehrercollégiums.

Es ist jedem unbefohlenen Mann der freie Zutritt gestattet.

Der provisorische Vorstand.

Allgemeiner Anzeiger vom 4. April 1868 mit Ankündigung der Gründung des Arbeiter-Vereins

(unten rechts)

N. 30.

Osterode, Sonnabend, den 18. April

1868.

Allgemeiner Anzeiger.

Dieses Blatt erscheint Mittwochs
u. Sonnabends. Vierteljährlicher
Abonnementpreis 6. allen König:

Expedition in Osterode:
Lange Krümme-Bruch N. 3.

Grubenhagensche Zeitung.

(Osteroder Wochenblatt, 48. Jahrgang.)

lichen Postbureauz 11 Sgr. In-
sertionstaxe für die gewöhnliche
Zeile oder deren Raum 1 Sgr.

Expedition in Clausthal:
Größe'sche Buchhandlung.

Arbeiter-Verein.

Nächsten Montag, Abends 8 Uhr, findet
der erste Vereinsabend in der Stadtwage
statt. Man wird vorläufig mit Uebungen
im Gesange, Rechnen, Schreiben und Zeich-
nen beginnen. Unbescholtene Männer werden
ersucht, dem Vereine beizutreten.

Der Vorstand.

Ankündigung des ersten Vereinsabends im Allgemeinen Anzeiger vom 18. April 1868

Arbeiter-Verein.

Morgen Sonntag, den 20. M.,

Kränzchen

Die Pausen nach den jedesmaligen beendigten Tänzen werden durch Gesang und Declamation ausgefüllt.

Fremde können gegen Zahlung von 7 $\frac{1}{2}$ H. Abends an der Cassé, dem Vergnügen beiwohnen. Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Der Vorstand.

Einladung zum Kränzchen des Arbeitervereins im Allgemeinen Anzeiger vom 19. April 1868

Arbeiter-Verein.

Nächsten Sonnabend, den 7. d. M.,
Abends 8 Uhr, Generalversammlung im Vereinslocale.

Tagesordnung:

- 1) Besprechung über Gründung einer Krankenunterstützungs- und Sterbecasse für Vereinsmitglieder,
- 2) Besprechung über Gründung eines Consum-Vereins für unsere Stadt,
- 3) Besprechung über Vereinsangelegenheiten.

Die Mitglieder werden gebeten, sich zahlreich einzufinden.

Der Vorstand.

Einladung zur Generalversammlung im Allgemeinen Anzeiger vom 7. November 1868

Arbeiter-Verein.

Sonnabend, 5. December, Versammlung.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Liederbücher mit der Bibliothek von Hannover und eine große Anzahl Bücher als Geschenk von unsern hannoverschen Brüdern angekommen sind. Ferner sind Musterstatuten für deutsche Gewerksgenossenschaften aus Leipzig bei uns angelangt; außerdem eine große und genaue Uebersicht über die hannoversche Baumwollspinn- und Weberei, wie auch über die hannoversche mechanische Weberei.

NB. Die Mitglieder werden gebeten, zahlreich und präcise 7 Uhr zu erscheinen.

Der Vorstand.

Allgemeiner Anzeiger vom 4. Dezember 1868

In Osterode Anfang der Arbeiterbewegung im und am Harz

Vortrag von Dr. Scheel (Hannover) im Heimat- und Geschichtsverein

OSTERODE. Der Heimat- und Geschichtsverein Osterode hatte Staatsarchivdirektor Dr. Günther Scheel (Hannover), der letzthin durch Forschungen über die Anfänge der Arbeiterbewegung in Hannover besonders hervorgetreten ist, zu einem Vortrag mit dem Thema: „Anfänge der Arbeiterbewegung in Osterode und im Harz“ verpflichtet. Zu dem Vortragabend im Saal der Scheeltrupp-Villa konnte der erste Vorsitzende des Vereins, Herbert Wagner, eine ansehnliche Zuhörergemeinde begrüßen, wenn man auch gewünscht hätte, daß gerade dieser Vortrag ein größeres Echo in Stadt und Land Osterode gefunden hätte.

Dr. Scheel überraschte seine Zuhörer im Laufe seiner Ausführungen durch die Bekanntgabe völlig neuer Tatsachen zur Arbeiterbewegung in Niedersachsen, vor allem aber im südlichen Niedersachsen, im Vorlande des Harzes und im Oberharz selbst. Ausgehend von der Tatsache, daß die Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch im alten Königreich Hannover nur im Rahmen der großen revolutionären Bewegungen des 19. Jahrhunderts zu sehen ist, erinnerte er an „das Aufkommen von Arbeiterbildungsvereinen in Stadt und Land Hannover als Vorläuferinnen späterer Arbeiterversammenschlüsse. Hannover selbst war dabei bis 1845 kaum als Industriestadt im heutigen Sinne zu nennen. War auch in der Landesregierung seit 1837 die Personalunion mit der englischen Krone erloschen, so erfolgte dann doch mehr und mehr eine Industrialisierung nach dem Vorbild der „Industriellen Revolution“ in England mit Aufkommen der Dampfmaschinen und einer sich mehr und mehr vervollkommnenden Technisierung.

Im alten Hannover war dabei immer noch die reiche Gewerbetätigkeit nach den Handwerken ausgerichtet. Das war auch in Osterode der Fall, das nach Meinung damaliger Reisebücher und Statistiken seit der Mitte des 19. Jahrhunderts als der „Größte Industrie- und Gewerbeort“ im Königreich bezeichnet wurde. So hatte noch am 28. 11. 1848 der Osteroder Magistrat an die zuständige Landdrostrei in Hildesheim geschrieben, daß man ein Industrieproletariat befürchtete, geht ebenfalls aus Verlautbarungen der Stadtverwaltungen oder aus Polizeiberichten hervor. So wurden, was bei der Sozialstruktur dieser „Fabrik- und Gewerbestädte“ nur natürlich war, die ersten eigentlichen „Arbeitervereine“ von Handwerkern begründet. Im April 1848 reichten sie auf dem hannoverschen Landtag eine Petition ein, die darauf hielte, ihren sozialen Forderungen endlich stattzugeben. Man wollte nicht länger von allen Vorzügen bürgerlichen Lebens abgeschnitten sein. Die Buchdrucker vor allem waren Vorkämpfer der neuen Ideale, die man in Bildung und verbesserter Bildungsmöglichkeit suchte. Aus diesen Arbeiterbildungsvereinen wurden dann

eigentliche „Arbeitervereine“, wie der „Allgemeine Arbeiterverein“ in Hannover 1845. Bezeichnend ist, daß sich in seiner 400 Bände umfassenden Bücherei noch nicht revolutionäres Schrifttum findet. Erst eine Nebenbewegung, von Frankreich beeinflusst, brachte frühsozialistische Ideen in Teile der Arbeiterschaft. Die „Norddeutsche Arbeitervereingung“, das 1850 aufgelöste Leipziger Zentralkomitee und ein erster Arbeiterkongreß in Hannover sind stark von der 48er Revolution beeinflusst.

Im Oberharz hatten sich in einer „Norddeutschen Arbeiterverbrüderung“ bereits sieben Arbeitervereine zusammengeschlossen. Nach großen und umfangreichen Polizeikaktionen waren 1853 die meisten der Arbeitervereine wieder eingegangen, sie bestanden als Bildungsvereine im Verborgenen weiter. Zu den Harz- und Oberharz-er Arbeitervereinen trat 1848 der „Osteroder Arbeiterverein“, sogar der älteste im Harz und am Rande des Harzes. An seine Spitze trat, und wurde bald als Führer und Leiter anerkannt, der Tischler August Wolf aus Oldershausen. Ihm ist auch eine erste größere öffentliche Kundgebung in Osterode aus Anlaß der Erschießung des Arbeiterführers und Revolutionärs Robert Blum (1848 in Wien) zu organisieren gelungen. Man veranstaltete einen Umzug mit Kränzen und pflanzte an die „Promenaden an der Söse“ eine Blum-Eiche. Der Osteroder Fabrikant Dieckhoff mußte Lohnforderungen der Protestierenden nachgeben. Auf einer Abendveranstaltung kamen revolutionäre Redner zu Wort. Nachdem der Bewegung andere Vereine im Oberharz sich angeschlossen hatten, fanden fortlaufend mit öffentlichen Aufrufen Kundgebungen statt. Sie sind meist aus Polizeiberichten bekannt.

Ein Aufruf des Osteroder Arbeitervereins von 1849 läßt jedoch erkennen, daß man auf dem Boden der Frankfurter Verfassung stand. Der Osteroder „Präsident“ Wolf wurde verhaftet und verhört. Jedoch hielt man nach wie vor an demokratischen Prinzipien der revolutionären Umwandlungen fest. Eingesetzte „Staatskommissare“ wie der Clausthaler Oberbergat v. d. Knesbeck, hatten die Vorgänge in Osterode zu beobachten und

fortlaufend der Regierung zu berichten. Der Osteroder Verein bestand noch bis 1853, Wolf erwarb im Krummen Bruch den Gasthof „König von Preußen“ und einen Steinbruch. Erst in den Jahren 1865 bis 1868 konnten sich die Bildungsvereine neu organisieren, in Osterode im Februar 1868. Eine von Lassalle und dessen Ideen und Bewegung stark beeinflusste neue Bewegung, die bereits eine sozialistische zu nennen ist, bildete sich in Harburg. Sie erfaßte bereits stark die Fabrikarbeiter in einer organisierten Bewegung.

Offensichtlich haben im Harz mit greifbaren Reformideen für die Bergmannsbevölkerung auch Fremde revolutionäre Ideen eingebracht. Insbesondere wandte man sich gegen die Frauen- und Kinderarbeit in den Bergwerken. Seit 1869 entstand eine starke Bewegung im Harz und seinen Randgebieten. Bezeichnend ist jedoch, daß bis zum ersten Weltkrieg der Harz keinen einzigen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten gestellt hat. Nachdem schon 1870 der Osteroder Bierhance als Lassalle-Anhänger in der Stadt einen Zusammenschluß der neuen Bewegung erreicht hatte, bildete sich 1875 in der Stadt ein sozialdemokratischer Arbeiterverein, 1877 ein „Wahlverein“ zur Erreichung von Parlamentssitzen. In der Arbeiterbewegung im Harz und Umgebung ist für die Anfänge die Bildung von Bildungsvereinen bezeichnend, an denen das Handwerk stark beteiligt war. Erst mit Lassalle erfolgte dann die Bildung einer politischen Emanzipation, wobei festzuhalten ist, daß mit Wolf als führendem Kopf in Osterode und einem ersten „Arbeiterverein“ als Vorbildlich für den Harz eine erste organisierte Arbeiterbewegung erreicht wurde.

Die mit großen Beifall aufgenommenen Ausführungen des Redners fanden in einer eingehenden Aussprache mit den Zuhörern einen Widerhall. Dabei wurde bekannt, daß die im Besitz der SPD in Osterode befindliche alte Fahne wahrscheinlich die von 1867/68 (Neuer Arbeiter- und Bildungsverein) ist. Aus dem Stadtarchiv Osterode sind alle auf die Bewegung von 1848 und folgende Jahre bezüglichen Vorgänge und Berichte in einer Papieraktion der NS-Zeit abgegeben und in der Papiermühle vernichtet worden. Daß der Vortrag neue Ansatzpunkte auch für die Osteroder Stadtgeschichte brachte, ging aus dem Wunsch der Versammlung hervor, insbesondere aus die Bewegung von 1830/31 (Göttingen-Osterode) sorgfältig zu erforschen. — Schließlich will man auch jetzt sehr genau noch vorhandene Zeitungsberichte dieser Jahre der ersten Arbeiterbewegung in Osterode und im Harz auswerten. Mit einem besonderen Dank an den Redner und einem Hinweis auf die Jahreshauptversammlung des Vereins am 22. März in der Stadthalle schloß der Vorsitzende die ergebnisreiche Veranstaltung.

Dr. G.

Dr. Günther
Scheel
Vortrag von Staatsarchivdirektor Dr. Günther
Scheel aus Hannover über die Anfänge der Arbeiterbewegung im und am Harz

VERWENDETE LITERATUR

Ekkehard Eder: Osterode am Harz im Jahr 1868

- CUNZ, REINER: Vom Taler zur Mark – Einführung in die Münz- und Geldgeschichte Nordwestdeutschlands von 1500 bis 1900, Hannover 1998
- EDER, EKKEHARD: Vor 125 Jahren wurde Osterode preußische, in: Heimatblätter für den südwestlichen Harzrand, Heft 47 (1991)
- EDER, EKKEHARD: 125 Jahre Eisenbahnstrecke Seesen – Osterode – Herzberg, Osterode 1996
- EDER, EKKEHARD: Aus der Geschichte des Osteroder Krankenhauses, in: Heimatblätter für den südwestlichen Harzrand, Heft 52 (1996)
- FREIWILLIGE FEUERWEHR OSTERODE (HRSG.): 90-jähriges Stiftungsfest der Freiwilligen Feuerwehr Osterode (Harz), Osterode 1952
- GESETZSAMMLUNG FÜR DAS KÖNIGREICH HANNOVER 1858
- DE GRAIS, HUE: Handbuch der Verfassung und Verwaltung in Preußen und dem Deutschen Reiche, Berlin 1900
- GRANZIN, MARTIN: Die Amtleute des Amtes Osterode (Harz), in: Unter dem Harze – Blätter des Osteroder Kreisanzeigers für Heimatpflege und Heimatkunde Nr. 256 vom 5. November 1955
- HIRSCHFELD, PAUL: Hannovers Großindustrie und Großhandel, Berlin 1891
- HUBATSCH, WALTER (HRSG.): Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe: Preußen, Band 10: Hannover, Marburg 1981
- HUCKER, BERND ULRICH; SCHUBERT, ERNST; WEISBROD, BERND (HRSG.): Niedersächsische Geschichte, Göttingen 1997
- LEUSCHNER, JÖRG: Osterode – Politisches, verwaltungsmäßiges und wirtschaftliches Zentrum des Südwestharzes von 1807 bis 1918, in: LEUSCHNER, JÖRG (HRSG.): Osterode - Welfensitz und Bürgerstadt im Wandel der Jahrhunderte, Hildesheim 1993
- MAß- UND GEWICHTSORDNUNG vom 17. August 1868 (Bundesgesetzblatt des Norddeutschen Bundes Nr. 28/1868)
- MTV OSTERODE (HRSG.): Jubiläumsschrift – 150 Jahre Männer-Turnverein von 1858 Osterode am Harz, Osterode 2008
- MTGV OSTERODE: 100 Jahre Männer-Turn-Gesang-Verein Osterode 1860-1960, Osterode 1960
- MÜLLER, HELMUT: Schlaglichter der deutschen Geschichte, Mannheim 1990
- OEHLKERS: Die alte Harzchaussee im Laufe der Zeiten, in: Kalender für den Kreis Osterode 1911
- OSTERODER ALLGEMEINER ANZEIGER Nr. 1, 2, 3, 6, 9, 13, 14, 15, 23, 25, 26, 30, 32, 33, 37, 39, 40, 43, 46, 51, 52, 54, 55, 58, 59, 60, 62, 64, 65, 66, 68, 69, 73, 74, 77, 79, 80, 87, 88, 94, 95, 96, 97 (alle 1868), 109 (1912)
- OSTERODER KREISANZEIGER vom 4. Mai 1951, 23. Februar 1963
- PEINEMANN: Geschichte der Industrie der Stadt Osterode a. Harz, Osterode 1895

- PRANGE, ELSE: Osterode am Harz – eine siedlungsgeographische Studie, Diss. (maschinenschriftlich), Hannover 1943
- PREUß. GESETZSAMMLUNG, 1. Abteilung, Heft 63
- PREUßISCHE GESETZSAMMLUNG Nr. 85: Verordnung betreffend das Münzwesen in den neuerworbenen Landesteilen vom 24. August 1867
- RITTMANN, HERBERT: Deutsche Münz- und Geldgeschichte der Neuzeit bis 1914, Solingen 2003
- SCHEEL, GÜNTER: Die Anfänge der Arbeiterbewegung im Königreich Hannover – Zwischen Integration und Emanzipation, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Band 48, Hildesheim 1976
- SCHIMPF, FRANZ: Casino-Gesellschaft zu Osterode – jetzt Union Protokollbuch 1853-1884
- SCHIMPF, FRANZ: Fabriken und fabrikähnliche Betriebe in und um Osterode um die Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Heimatblätter für den süd-westlichen Harzrand, Heft 14 (1963)
- SCHÜTZE, ALBRECHT: Soziale Pionierarbeit: Die Kinderbewahranstalt, in: Unter dem Harze – Blätter des Osteroder Kreisanzeigers für Heimatpflege und Heimatkunde, Nr. 991 vom 2. Oktober 1993
- SCHÜTZE, ALBRECHT: 200 Jahre Osteroder Schulgeschichte 1800-2000, Osterode 2002
- SCHÜTZE, ALBRECHT: Das Tilman-Riemenschneider-Gymnasium Osterode am Harz, Osterode 2006
- SIEFERT, KURT: Alte Maße und Gewichte, Beerfelden 1994
- STADTARCHIV OSTERODE, Bestand 1A I Nr. 17, Ortsstatut der Stadt Osterode von 1852
- STADTARCHIV OSTERODE, Best. 1A I Nr. 17, Ortsstatut der Stadt Osterode vom 24. Juni 1858
- STADTARCHIV OSTERODE, Bestand 1A A III Nr. 12, Nachweisung der Bildung der Wahlbezirke am 31. August 1867
- STADTARCHIV OSTERODE, Bestand 1A A III Nr. 12, Zählliste der Wählerstimmen, undatiert (wohl 12. Februar 1867)
- STADTARCHIV OSTERODE, Bestand 1A A III Nr. 12, Preußisches General-Gouvernement Hannover an Ämter und Magistrate vom 17. August 1867
- STADTARCHIV OSTERODE, Bestand 1A D III Nr. 3, Generaldirektion der Eisenbahnen und Telegraphen an den Magistrat Osterode vom 4. Februar 1859
- STADTARCHIV OSTERODE, Bestand 1B VII Nr. 5 mehrere Plenarsitzungsprotokolle von 1867 und 1869
- STADTARCHIV OSTERODE, Bestand 2 Nr. 428
- STADTARCHIV OSTERODE, Bestand Kammereirechnungen 1868
- WEHBER, THORSTEN: Zwischen Hannover und Preußen – Politische Parteien in Göttingen 1866-1890, Göttingen 1995
- [WWW.WIKIPEDIA.ORG/wiki/Reichstagswahl_August_1867](http://www.wikipedia.org/wiki/Reichstagswahl_August_1867) vom 6. September 2017
- WITTHÖFT, HARALD: Industrie- und Handelskammer Hildesheim 1866-1966, Göttingen 1966

Thorsten Preuß: Zur Lage der Arbeiterschaft im 19. Jahrhundert

- GURLAND, ARCADIUS RUDOLF LANG: Wirtschaft und Gesellschaft im Übergang zum Zeitalter der Industrie. In: Golo Mann (Hrsg.): Propyläen Weltgeschichte. Eine Universalgeschichte, Band 8. Das neunzehnte Jahrhundert, Frankfurt am Main 1986.
- LEUSCHNER, JÖRG: Osterode – Politisches, verwaltungsmäßiges und wirtschaftliches Zentrum des Südwestharzes von 1807 bis 1918. In: LEUSCHNER, JÖRG (HRSG.): Osterode. Welfensitz und Bürgerstadt im Wandel der Jahrhunderte. Hildesheim 1993
- KOCH, KARL UND STESCHULAT, ERNST: 120 Jahre SPD in Osterode am Harz. Ohne Verlag, Osterode 1988.
- WWW.BPB.DE/geschichte/deutsche-geschichte/kaiserreich/139649/industrialisierung-und-moderne-gesellschaft
- WWW.BPB.DE/apuz/169567/das-individuum-und-die-proletarische-kollektivitaet
- WWW.150-JAHRE-SPD.DE/meilensteine/85948/1863_gruendung_des_adav.html
- WWW.LASSALLE-KREIS.DE/sites/default/files/Lassalle%20Biographie.pdf
- WWW.DHM.DE/lemo/kapitel/kaiserreich/innenpolitik.html
- WWW.DHM.DE/lemo/kapitel/kaiserreich/innenpolitik/sozialistengesetz.html
- WWW.DHM.DE/lemo/kapitel/kaiserreich/innenpolitik/arbeiterbewegung.html
- WWW.DHM.DE/lemo/kapitel/kaiserreich/innenpolitik/arbeiterfrage-und-streikbewegung.html
- WWW.DHM.DE/lemo/kapitel/kaiserreich/innenpolitik/parteien-und-wahlrecht.html
- WWW.DHM.DE/lemo/kapitel/kaiserreich/innenpolitik/allgemeiner-deutsche-arbeiterverein-adav.html
- WWW.DHM.DE/lemo/kapitel/kaiserreich/innenpolitik/sozialdemokratische-arbeiterpartei-sdap.html
- WWW.DHM.DE/lemo/kapitel/kaiserreich/innenpolitik/gothaer-einigungskongress.html
- WWW.DHM.DE/lemo/kapitel/kaiserreich/innenpolitik/sozialistische-arbeiterpartei-deutschlands-sap.html
- WWW.DHM.DE/lemo/kapitel/kaiserreich/innenpolitik/sozialdemokratische-partei-deutschlands-spd.html
- WWW.OSTERODE.DE/portal/seiten/stadtgeschichte-912000017-21351.html

Thorsten Preuß: Die SPD im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts

- EDER, EKKEHARD: Osterode zwischen Monarchie und Diktatur in der Weimarer Republik. In: LEUSCHNER, JÖRG (HRSG.): Osterode. Welfensitz und Bürgerstadt im Wandel der Jahrhunderte. Hildesheim 1993
- HERZFELD, HANS: Erster Weltkrieg und Friede von Versailles. In: MANN, GOLO (HRSG.): Propyläen Weltgeschichte. Das zwanzigste Jahrhundert, Band 9. Frankfurt/M. u.a. 1986
- HILLEGEIST, HANS-HEINRICH UND LEUSCHNER, JÖRG: Osterode unter dem Hakenkreuz von 1933-1945. in LEUSCHNER, JÖRG (HRSG.): Osterode. Welfensitz und Bürgerstadt im Wandel der Jahrhunderte. Hildesheim 1993
- STRUVE, WALTER: Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus in einer industriellen Kleinstadt. Osterode am Harz 1918-1945. Essen 1992
- WWW.150-JAHRE-SPD.DE/meilensteine/85968/1918_kriegsende.html
- WWW.150-JAHRE-SPD.DE/meilensteine/90532/August_1914_billigung_der_kriegskredite.html
- WWW.DHM.DE/lemo/kapitel/kaiserreich/innenpolitik/sozialdemokratische-partei-deutschlands-spd.html
- WWW.FES.DE/archiv/adsd_neu/inhalt/stichwort/wels.htm

Jens Augat: Die SPD im Nationalsozialismus - Widerstand und Verfolgung

- HILLEGEIST, HANS-HEINRICH UND LEUSCHNER, JÖRG: Osterode unter dem Hakenkreuz von 1933-1945, in LEUSCHNER, JÖRG (HRSG.): Osterode. Welfensitz und Bürgerstadt im Wandel der Jahrhunderte, Hildesheim 1993
- STRUVE, WALTER: Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus in einer industriellen Kleinstadt. Osterode am Harz 1918-1945, Essen 1992
- WWW.FES.DE/hfz/arbeiterbewegung/themen/exil-und-widerstand-im-nationalsozialismus
- <http://WWW.BPB.DE/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/spd/42082/geschichte>
- <https://WWW.VORWAERTS.DE/rezension/spd-abgeordneten-wurde-hitler-widersetzten>
- https://WWW.FES.DE/archiv/adsd_neu/inhalt/stichwort/wels.htm
- <http://WWW.GESCHICHTE-DER-SOZIALDEMOKRATIE.DE/chronik/#jahr-1933>
- <http://WWW.GESCHICHTE-DER-SOZIALDEMOKRATIE.DE/chronik/#jahr-1930>

Reiner Lotze: Die Rettung der Osteroder SPD-Traditionsfahne

- KOCH, KARL UND STESCHULAT, ERNST: 120 Jahre SPD in Osterode am Harz. Ohne Verlag, Osterode 1988.

Sebastian Hahn: Die SPD in der Nachkriegszeit (1945-1969)

- KNOBLAUCH, MATTHIAS: Die Nachkriegszeit in Stadt und Landkreis Osterode (Demokratischer Neuaufbau und Bewältigung des Alltags), Hausarbeit im Rahmen der 1. Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien, 1990.
- FESTSCHRIFT DES SPD ORTSVEREINS ZUM 120-JÄHRIGEN BESTEHEN 1988
- WWW.NIEDERSACHSEN.DE/land_leute/geschichte/geschichte_landes_niedersachsen/von_weimarer_republik_zur_gegenwart/19815.html
- WWW.GESCHICHTE-DER-SOZIALDEMOKRATIE.DE
- DEUTSCHE-WAHLEN.DE/Wahlen/frames/niedersachsenbez.htm

Jens Augat, Sebastian Hahn, Karen Lotze, Rolf Lotze, Thorsten Preuß: Die SPD gestaltet die Bundesrepublik Deutschland (1969 – 2018)

- MICUS, MATTHIAS: Die SPD in Niedersachsen. Rote Bastion auf tönernen Füßen. In: NENTWIG, TERESA & WERWATH, CHRISTIAN (HRSG.): Politik und Regieren in Niedersachsen. Springer VS, Wiesbaden 2016
- DEUTSCHE-WAHLEN.DE/Wahlen/frames/niedersachsenbez.htm
- WWW.GESCHICHTE-DER-SOZIALDEMOKRATIE.DE
- WWW.NIEDERSACHSEN.DE/land_leute/geschichte/geschichte_landes_niedersachsen/von_weimarer_republik_zur_gegenwart/19815.html

VERBRÜDERUNG



DEUTSCHEN-ARBEITLER
OSTERODE d. 4. APRIL
1868.